

SEIT 2008

JEX

Journal EXIT-Deutschland
Zeitschrift für Deradikalisierung und
Demokratische Kultur



Ausstiege aus dem Extremismus im Prisma diverser Perspektiven

Dr. Bernd Wagner | Dr. Michail Logvinov | Fabian Wichmann | Felix Benneckenstein |
Lauren Manning | Aktionskreis ehemaliger Extremisten / EXIT-Deutschland

Impressum JEX Journal EXIT-Deutschland

ISSN: 2196-8136

www.journal-exit.de

Herausgeber

Dipl.-Krim. Dr. Bernd Wagner

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Ebertystr. 46 | 10249 Berlin

Verlag

edition widerschein

Widerschein ibbm UG

Bürogemeinschaft | Ebertystr. 46 | 10249 Berlin

Telefon: +49 (0)176 41646019

Fax/Voice: +49 (0)3212 1745890

E-Mail: info@widerschein-ibbm.com

Bildnachweis / Copyright

Das Bildmaterial auf dieser Seite ist Urheberrechtlich geschützt.

Quellen: ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH / Widerschein ibbm UG

Links, Werbebanner, Produktgrafiken, Cover und Grafiken in den Journalen werden separat in den jeweiligen Ausgaben benannt und/ oder wurden zur Veröffentlichung von den Urhebern genehmigt.

Grafik und Layout des Journals

Lucas Dietrich

E-Mail: post@lucasdietrich.com

Redaktion

Dr. Bernd Wagner, Fabian Wichmann, Stefan Rochow

Narrationen und Radikalisierungen - Relevanz und Möglichkeiten der Erwiderung

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Dr. Bernd Wagner

Der Weg zurück – Deradikalisierung in Deutschland

4

Dr. Bernd Wagner

Du bist schuld: Implizite Verbkausalität in Argumentationsstrukturen
ehemaliger Neonazis

30

Eva Irene Mac Lean

Don't trust anyone: Verschwörungsdenken als Radikalisierungsbeschleuniger?

69

Pia Lamberty

Von T-Shirts und unfreiwillig spendablen Neonazis –

Erfolgreiche Gegenstrategien in der Auseinandersetzung mit freiheitsfeindlichen Ideologien

78

Fabian Wichmann

4 Ways To Turn The Neo-Nazi Agenda On Its Head

91

Fabian Wichmann

Rezension: Grauzonen Rechte Lebenswelten in Fußballfankulturen
Schnittstellen zwischen unpolitischen und extrem rechten Szenen

97

Dr. Bernd Wagner

AK-Exit. Eine Website als Chance für außen und innen.

101

Maik Scheffler

EXIT-Deutschland Botschafter und 20 Jahre Zentrum Demokratische Kultur

103

EXIT Deutschland

Meinen eigenen Weg gehen

108

Marius Augustin

Editorial

Dr. Bernd Wagner

Die Zeit bleibt hoch dynamisch und in vielen Punkten dramatisch, ein Epochenwandel ist erkennbar. Die Bedrohung der Demokratie kommt nicht nur von außen, von Extremisten und Terroristen vorgetragen. Vielfältige Vorgänge trüben die Stabilität der Lage, wenngleich die demokratische Grundordnung im Alltag stabil erscheint. Eine Aufzählung der unzähligen Ereignisketten erübrigt sich, quellen sie doch auf allen Medien, aus TV's den sozialen Medien oder mobilen Endgeräten.

Der Fall AMRI, der nicht nur eine Erzählung des islamistischen Anschlages auf dem Berliner Breitscheidplatz in der Weihnachtszeit des Jahres 2016 ist, sondern ein Zeichen der ‚Unmäßigkeit‘ staatlicher Ethik, der faktischen Rechtsleere trotz ungekannter Normenvielfalt und der Unfähigkeiten von Krisenbewältigungen im Sinne humanistischer Kategorien. Zeitgleich werden durch eine Anzahl staatlicher Sicherheits- und anderer ‚Staatswohl‘ – Stellen, so von Medien und Wissenschaftseinrichtungen Schläge gegen nichtstaatliche Organisationen geführt, die sich mit praktischem Engagement im Interesse von Deradikalisierungen von Personen, Gruppen und freiheitsfeindlichen Bewegungen befassen und das mit Erfolgen, die staatliche Stellen vergleichsweise nur selten erzielen konnten, wenn, dann mit erheblichen Aufwänden und Mitteln. Nicht selten ist Unkenntnis anzutreffen, die sich ihrer nicht hinreichend bewusst ist und sich umgekehrt als brillante Kompetenz deutet.

Es gilt neuerdings als unschicklich, Menschen vor dem Werfen von Bomben zu bewahren, wie die vorgeblich liberale Süddeutsche Zeitung jüngst meinte. Wir leben in einer schrägen Welt. Das gleiche Blatt weint sonst große Tränen angesichts von bekannten Funktionären der AfD. Auch der Mitteldeutsche Rundfunk zieht in die gleiche Richtung, NGO's, die sich gegen Islamismus wenden, mit Falschmeldungen zu überziehen, zu diffamieren, statt sich im Sendegebiet - wirklich gekonnt berichtend - auf die undeckelten ‚national befreiten Zonen‘ zu konzentrieren, die dort das soziale Leben wie Löcher einen Schweizer Käse durchziehen. In das gleiche Horn stößt der Focus. Auffällig ist, dass alle die gleichen falschen „Fakten“ in Kette abschreiben, das zeigt das Dilemma des modernen Abschreibe und Kopie-Journalismus, der ohne akribische und kenntnisreiche

Recherche auskommen und Kasse machen möchte. Wir leben in einer schrägen Welt. Trump wird wegen seiner „Fakenews“ verlacht, gleiches jedoch vollzogen.

Zwar ist der Islamische Staat militärisch als Kriegsmacht besiegt, die gleichartigen Kriege, ihre asymmetrischen und ubiquitären, offenen und subversiven Gefechte jedoch nicht und nicht die anderen youth-bulge-Angriffe auf demokratische Ordnungen und Lebensweisen, in den verschiedenen Begründungsverkleidungen. Es bleibt eine integrierte Aufgabe, die demokratische Qualität zu bewahren und das sozioökonomisch, wertreal und lebenssicher. Dazu müssen Migrationen gestaltet werden und extremistische Kampfstrukturen und die Virulenz ihrer Milieus verhindert oder reduziert werden. Dazu reicht nicht nur das Strafrecht, die Überwachung durch Geheimdienste und ideologische Parolen zur Integration aus. Eine Ansicht, die zumindest das Bundesinnenministerium in einer aktuellen Verlautbarung teilt.

Der Rechtsradikalismus als Bewegungsstruktur mit seinen Parteieneinsprengseln hat sich trotz der langen Warnungen - auch des Zentrums Demokratische Kultur - seit 2010 komplett im Alltag normalisiert, ausgebreitet und spitzt die Lage zu, zugleich wird seine alte und neue Militanz verniedlicht, andere Phänomene zum Faschismus stilisiert und eine neue Militanz im Namen von 'Wehrhaftigkeit' des 'Demokratischen' kreierte, als gäbe es das Grundgesetz nicht. Ein Mann wie Timothy Garden Ash, nimmt sich davor wie eine Reliquie des Altertums aus. Der Linksextremismus nimmt in diesem Aka rasant neue Fahrt auf, oft mit Unterstützung anders berufener Stellen und Kräfte. Es gilt eher die plakative Umstellung, weniger die tiefer wollende Intervention.

Der Islamismus, der Rechtsradikalismus und der Linksradikalismus reagieren immer heftiger aufeinander. Nicht zuletzt deshalb aber auch weil jede Erscheinungsformen Schwerpunkte im internationalen Geschehen und interagierend auch in Staaten bilden, sich spezielle Milieus herausbilden, Sicherheitsrelevanz entwickeln, die Freiheitsqualitäten in der Bevölkerung einschränken kommt es auf eine Zusammenarbeit auf übernationaler Ebene an, sowie zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, bei klarer Verantwortlichkeit, Unabhängigkeit und auf gleicher Augenhöhe. Das ist nicht immer so. Ein positives Zeichen ging aus der Polizei dafür aus: die Gdansk-Gespräche im Mai 2017, nunmehr schon eine Institution geworden, von Polen und Deutschen getragen, international besucht. Das Zentrum Demokratische Kultur hatte die Gelegenheit einen Beitrag dafür zu leisten.

Verschwörungen und geschichtliche Konstruktionen der Hintergründigkeit, inszeniert von ‚mächtigen Gruppen‘, werden überall vermutet und für alles Geschehen verantwortlich gemacht. Seit Urzeiten gibt es diesen Trend, Instrumente von Kämpfen aller Art, die Moral heischend daherkommend, Empörungen lodern lassen. Manche Konstruktionen sind keine erfundene Geschichte, sie von den mythologischen zu trennen, ist nicht immer leicht oder im Mythischen reale Gehalte zu erkennen. Gerade in den letzten dreißig Jahren ist den Verschwörungserzählungen die Rolle zugefallen als Trigger neuer synkretischer und oft totalitärer Ideologien zu fungieren.

Extremismus versus demokratische Kultur ist ein Grundwiderspruch der Gegenwart und wird es in Zukunft verstärkt sein. Deshalb kommt den Counteraktivitäten als Interventionsformat in die extremistische Welt hinein eine wachsende Bedeutung zu, ein Feld das noch viel Luft nach oben kennt, obwohl die vielfältigen Kriege und Auseinandersetzung der Geschichte viele Lernstoffe bereithalten, denn auch großer und kleiner Terror sind Kriegsformen extremistischer Bewegungen für ihre Missionen, wie die der russischen Volkstümer, die zu kennen auch heute Hilfen gibt.

Vielfältige Erkenntnisse und Schlaglichter des Extremismus vermitteln immer wieder ehemalige Extremisten, die über die Gründe Auskunft geben, solche geworden zu sein und über die, sich aus

den Bewegungen auszugliedern und die Folgen dessen auf sich zu nehmen. Das ist auch für den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn von Bedeutung, wenn ein ehrliches Interesse darstellt, was auch Aussteigende und ihre Helfer wahrnehmen können, jenseits von Profilierungssucht und Elfenbeinturmdenken, an Menschen-Schicksalen interessiert. Es gibt eine angewachsene Anzahl dieser Menschen, die sich aktiv für eine demokratische, menschenrechtlich-freiheitliche Kultur einsetzen und sich in einem AKTIONSKREIS EXIT-Deutschland zusammenfinden, der verschiedene Aktivitäten im Countersinne entwickelt. Sie betreiben in Deutschland seit dem Frühjahr 2017 eine eigene Homepage unter der Adresse www.ak-exit.de, an denen auch Aktive aus anderen Ländern, so den USA beteiligt sind, die dem dort wachsenden Extremismus den Rücken kehrten. Neu ist, dass im AKTIONSKREIS auch ehemalige Islamisten beginnen wollen mitzuwirken. Erst vor kurzem gab es ein öffentliches und fachöffentliches Zusammentreffen von 15 Aktiven des AK – ehemalige Rechtsextremisten besonders der militanten Front und der NPD - in Berlin mit Vertretern von NGO'S, den Medien und Wissenschaftlern. Politiker zeigten dagegen kein Interesse, was ihren Zustand sehr genau abbildet und den Mangel an Strategie kontrastiert. Sie sind ebenso Botschafter wie die der Initiative EXIT-Deutschland, die sich um die Idee in der Vergangenheit und in der Gegenwart verdient machten.

Vor einigen Jahren hatte die Initiative den Botschafter aufgerufen um Engagierte zu Ehren und zugleich damit Zeichen zu setzen, was Sinnreich und erforderlich ist, gute Praxis eben. 2017 sind es mit langem und verdienstvollen Schaffen der ehemalige Bundesinnenminister und Rechtsanwalt Gerhard Baum und der engagierte Schauspieler Steffen Schröder (u.a. SOKO Leipzig) der einen bei EXIT-Deutschland angesiedelten aussteigenden Hammer-Skinhead-Mörder im Justizvollzug betreut, der eines Tages wieder unter uns leben wird. Es ist mir persönlich eine Ehre!

Der Weg zurück – Deradikalisierung in Deutschland

Der Sektor der ideologisch-politischer Radikalität und

Deradikalisierung als gesellschaftliches Erfordernis

der Demokratie

Dr. Bernd Wagner

Vorbemerkungen

Die Gegenwart ist mit einem möglichen Circulus vitiosus behaftet. Der Kampf zwischen antidemokratischen und totalitaristisch angelegten Potentialen und der demokratischen Kultur unter den Bedingungen der Globalisierung hat an Schärfe zugenommen, treibt auf weitere Kriege und Barbareien zu.

Die demokratisch wehrhafte Auseinandersetzung mit *Freiheitsfeindlichkeit*¹ und ideologisch-politischer Radikalität und Extremismus - in Deutschland mit *Grundrechtsfeindlichkeit* - ist kein historischer Atavismus, sondern ist in der Gegenwart und zukünftig eine Aufgabe ersten Ranges mit Systemrelevanz für die Demokratie als Gesellschaftsordnung. Sie zeigt sich in allen Dimensionen als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, so auch im Bereich der Bekämpfung der Kriminalität die ein Ausdruck von *Grundrechtsfeindlichkeit* ist.

Die Lage gestaltet sich politisch, ideologisch und organisatorisch zunehmend unübersichtlich und wird in grundrechtsfeindlicher Weise nicht nur aus dem rechtsradikalen Raum heraus zugespitzt. Zugleich reagieren verschiedene alte und neue freiheitsfeindliche politisch radikale Bewegungen und ideologische Formate aufeinander und generieren neue Auseinandersetzungen und vitalisieren ältere.²

¹ Bernd Wagner (2012): *Freiheitsfeindliche Gewalt*. München: Grin Verlag

² Bernd Wagner (2016): Extremismus und Deradikalisierung – Innere Sicherheit und Innerer Friede. Eine Programmatik des Kompetenzverbundes Extremismus und Deradikalisierung. Journal EXIT. Zeitschrift für Deradikalisierung und

1. Ideologisch-politischer und kultureller Antagonismus in der Demokratie

Die politische und soziale Lage hat sich in Deutschland und nicht nur dort merklich verändert. Es erscheinen verstärkt politisch und kulturell radikale und direkt extremistische Kräfte auf der Bildfläche und versuchen das politische System und die Machtverhältnisse im Kleinen wie im Großem zu verändern. Es geht gegen das Paradigma *der menschenrechtlichen Freiheit*, als jedem Menschen zugänglich zu machende vieldimensionale Fähigkeit dar, die Umstände und das Handeln als Praxis von Veränderung und Existenz gestalten zu können, im gesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Maßstab im Ensemble der zeitaktuellen entfalteten *menschlichen Wesenskräfte*.

Im Sektor der *ideologisch-politischen Radikalität*, in dem analytisch gesehen, die Kräfte zusammengefasst sind, die sich gegen die *freiheitlich-demokratische Grundordnung*, ihre *Grundwerte* der Artikel 1-19 des *Grundgesetzes* des deutschen Staates in Gänze oder Teilen wenden, verstärkt sich der Wille und die Kraft zu Aggression und Gewalt, was an anderen Stellen in graduerten Hysterien und realer Furcht vor der *Freiheitsfeindlichkeit*, in unsäglichen Angriffen auf *Leben und Gesundheit, Freiheit und Würde*, die allgemeinen Rechtsnormen und darauf basierender Sittlichkeit widerhallt.

Die *Freiheitsfeindlichkeit* und der sich darin widerspiegelnde *Grundwertenihiilismus* sind der Hauptfeind der *Demokratie* als staatliche Ordnung, zugleich als kulturelle Lebensweise und Lebensform. Sie ist der Limes der die Menschen- und Gesellschaftsverständnisse (politische Weltanschauungen, Religionen und andere Ideologien) trennt in jene der Kompatibilität mit der *menschenrechtlich verfassten Demokratie* und in die der Ablehner der menschenrechtlich verfassten Demokratie als affirmativer und normierende Staats-Macht, die keinen Gott über und neben sich kennt und *in der* jeder nach den Regeln des staats-gesetzlichen Zusammenlebens Gott sein oder anbeten und nach seinen Regeln leben darf.

Politisch/religiöse *Radikalität* und ihr eigene *expressive Missionarität* der verschiedenen Richtungen eskaliert derzeit verstärkt in schwerer Kriminalität und destabilisiert die allgemeine Sicherheitslage und die um opferprädestinierten Gruppen und Milieus herum, die ihr Opferstigma den ideologischen Konstruktionen der radikalen und extremistischen Gruppen, Netzwerke und Bewegungen und ihrer Umfelder zu verdanken haben. Zugleich entwickelt sich eine gegen den Staat, Teile der Bürger und gegeneinander gerichtete Gewalt- und Ideologiespiralen.

Die aktuellen relevanten medialen Stichworte sind *islamistischer Terror, Rechtsextremismus* und *Linksextremismus*, die das Geschehen der *Militanz* und der *politisch-motivierten Kriminalität* in Deutschland prägen. Terrorhandlungen der verschiedenen Formate, von Bombenanschlägen bis zu messerangriffen, andere Gewalttätigkeiten auf Personen und Gruppen, Brandangriffe und Angriffe auf Wohnungen, Wirtschafts- und Verwaltungsgebäude, Verkaufseinrichtungen, Banken, Fahrzeuge u.a., aggressive methodische Auftritte in öffentlichen und sozialen Räumen und vielfältige rhetorische Aggressionen und Feldzüge, Straftaten in den und über die Medien, besonders im Internet, Cyberkriminalität sind die Palette sichtbarer Radikalität und zeigen das *gesellschaftliche Gefechtsfeld* an auf dem sich der *asymmetrische Krieg* der gesellschaftlichen Verständnisse, Interessen und Missionen abspielt.

Der *demokratische Verfassungsstaat* bewertet in Gestalt der zuständigen Behörde, dem *Verfassungsschutz*, derartige *radikale Kräfte und Strukturen* und belegt im Falle der Identifikation als *verfassungsfeindliches Potenzial* jene mit dem Rechtsbegriff *Extremismus*³ und veröffentlicht

demokratische Kultur.

³ Vgl. Backes, Uwe (1989): *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten - Elemente einer normativen Rahmentheorie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

die Feststellung in den jeweiligen amtlichen *Verfassungsschutzberichten* in den Ländern und auf Bundesebene. Dabei handelt es sich um eine Teilmenge der *Radikalität* im ideologischen Sinne. Das Kriterium, *aktiv kämpferisch* gegen den *demokratischen Verfassungsstaat als Staatsordnung* vorzugehen, muss erfüllt sein, um in *diesem Sinne* als *extrem* zu gelten.⁴ Die jeweilige Entscheidung kann gerichtlich angefochten und überprüft werden.

Radikalität ist somit die Grundeigenschaft des *Extremismus* als angreifendes Handlungsformat in Bezug auf den *demokratischen Verfassungsstaat* und seiner Grundwerte. Sie verläuft in verschiedenen und zugleich verzahnten Dimensionen.

2. Funktions-Dimensionen der ideologisch-politischen Radikalität:

Es gibt nach vorliegenden Fall-Analysen zu radikalen Straftätern und deradikalisierten Personen aus zwei Gesellschaftssystemen, der DDR und der BRD drei wesentliche Funktions-Dimensionen der ideologisch-politischen Radikalität:

- a) Gewalt ist neben der Ideologie und der Dynamik dieser Bewegung nur eine der Dimensionen der Radikalität, allerdings eine die gemeinhin als das Zentrum der Radikalität angesehen wird, was der Realität nur bedingt entspricht.
- b) Im Zentrum der Radikalität und ihres Werdens, so der Rechtsradikalität, steht eine Ideologie von Welt und Mensch als Werte- und Orientierungssystem die davon ausgeht, dass der Mensch in seiner inneren und äußeren Wertigkeit nach einem Entitätenkatalog biologisch-natürlich oder kulturell variabel hierarchisiert ist, die Welt von Artkampf (Identitäten, rassische, gentile, kulturelle, ideologische, religiöse) geprägt wird.
- c) Die Ideologieträger, die Akteure befinden in Gedanken, Wort und Tat in einem dynamisierten Modus, in einem gesellschaftlich artikulativen, faktensetzendem, überindividuellen und zugleich individuellen Bewegungskampf: Missions-, Auslese-, bestrafungs-, Reinigungs- und Überlebenskampf befinden.

Der Maßstab, auf den sich die Radikalität bezieht, sind für die Gegenwart die 1948 deklarierten und in Demokratien zumeist gesetzlich anerkannten allgemeinen Menschenrechte die in ihrer normativen Bedeutung negiert oder gar bekämpft werden. Diese ideologische Grund-Konstruktion bestimmt das Wesen des Rechtsradikalismus und auch des Rechtsextremismus, der in der Staatsfrage den Artkampf zuspitzt und die menschenrechtliche Demokratie direkt und unmittelbar angreift.⁵

Ideologisch- politische Radikalität ist also ein Zustand von Personen, Gruppen, Bewegungen und anderen Organisationen, der als Gestus wahrnehmlich ist, ideologisch-politische Missionarität ausweist, einen kollektiven Bezug besitzt und Gewaltorientierungen enthält, was in Verhalten und Verhaltensweisen objektiviert wird, um gesellschaftliche Veränderungen hereinzuführen und dabei die Grundrechte und Grundfreiheiten des staatlichen Systems, seiner Teile und von darin Agierenden aktiv negiert.⁶

In allen existierenden *demokratischen Verfassungsstaaten*, bestehen zwei Machtsysteme, deren Kräfteverhältnis unterschiedlich ausfällt und die unterschiedliche Quellen und Machtinstrumente

⁴ Es ist klar, dass die landläufigen Begriffe des Radikalen und des Extremismus hier nicht gemeint sind und nur unter ihren definitiven Voraussetzungen zu lesen und zu verstehen sind. Der Begriff des Extremismus wird hier nur für Personen und Organisationen verwandt, die vom Verfassungsschutz in ihren Berichten als extremistisch rechtsfest verzeichnet sind.

⁵ Die Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckehard Jesse haben mit der, auf den demokratischen Verfassungsstaat und seine juristischen Grundwerte konzentrierten, Extremismus-Theorie eine profunde Arbeitsgrundlage geschaffen, die zusammen mit der Radikalitätstheorie von Michael Minkenberg eine kulturtheoretisch orientierten und die staatlich einbegreifenden Radikalitätsbegriff stützt.

⁶ Vgl. Bernd Wagner (2013): *Rechtsradikalismus in der Spät-DDR*. Berlin: edition widerschein

entwickeln. In stabilen *Demokratien* menschenrechtlicher Prägung dominiert die *demokratische Kultur* als Alltagswelt und ihr historisch gegenwärtig auf politische Repräsentativität aufgebautes Staatssystem nach dem Prinzip der *Gewaltenteilung* organisiert (*repräsentative Demokratie*). Dagegen stehen Bewegungen, die die Demokratie und ihre politischen Grundwerte und Gesetzlichkeit verwerfen und einen alternativen Gesellschaftsentwurf und eine andere Art der Staatlichkeit oder Organisationsweise der Gesellschaft als missionarische Aufgabe anstreben, das auch, je nach Art der Bewegung, mittels Gewalt und Autoritarismus. Sie zeigen sich als ideologisch-politisch radikale Kräfte, die demokratisch menschenrechtlich konstituierte Gesellschaft und Staatlichkeit sowohl politisch als auch kulturell umwälzen, revolutionieren wollen. Dabei treten alternative Staatsvorstellungen, Vorstellungen der Eigentums- und Wirtschaftsordnung, kulturelle Bilder und solche von einem *Neuen Menschen* besonders hervor. In Deutschland lassen sich radikale Kräfte (Personen, Gruppen, Bewegungen, Organisationen) anhand ihres Verhältnisses zum *Grundgesetz* des deutschen Staates und seinen Bestandteilen, die der *Ewigkeitsklausel* unterliegen, identifizieren.

Der Sektor der *ideologisch-politischen Radikalität*, der *radikalen Bewegungen* befindet sich mit dem Sektor der *demokratischen Kultur* in einem permanenten, alle gesellschaftlichen Sphären erfassenden *Kampf* um die gesellschaftliche, kulturelle *Hegemonie* und in letzter Instanz um die *politische Macht*.

Der Sektor der demokratischen Kultur entwickelt dabei an den *Rechtsstaat* gebundene Instrumente der *Wehrhaftigkeit*, die zugleich Ausdruck des *Prinzips der Gewährleistung von Freiheit und Würde jedes Menschen*, auch der *ideologisch-politischen Radikalen* normativ zu sichern hat, um nicht selbst dem politisch-ethischen Verfall preisgegeben zu sein. Die *Deradikalisierung* entspricht dem in ihrem gesellschaftlichen Wesen.

Auf der erlebbaren Alltagsebene zeigt sich die gelebte *demokratische Kultur* in diesem Sinne als ein Sektor der *Non-Radikalität*. Daraus entwickelt sich eine zentrale Aufgabe: die Sicherung der *Resilienz vor Radikalität* durch die Gestaltung der *demokratischen Kultur* als lebenswerter sozialer Raum der *Freiheit und Würde*.

Als Zustand und Prozess zeigt sich die *demokratische Kultur* mit ihrem ökonomischen Unterbau und staatlich-rechtlich-sittlichem und medialen Überbau, zumindest dem Anspruch nach, als Förderer persönlicher, kollektiver und gesellschaftlicher *Freiheit* als historischer und aktueller Prozess, der sich gefährdungs- und störungsfrei entfalten sollte. Ideologisch-politische *Radikalität*, *Kriminalität*, *Gewalt* sowie andere soziale *Dysfunktionen* aller Art als Schadensprozesse an der der rechtlich garantierten *Freiheit* sind die Hauptfaktoren der *Unfreiheit* der einzelnen Menschen und der Subversivität in der *demokratischen Kultur*.

Das Ringen um *demokratische Resilienz / Resilienz vor Radikalität* zugleich auf als *präemptive Vorbeugung vor Radikalität* betrachtet werden und Handlungsformate entwickeln, die Personen, Gruppen politische, geistig-kulturelle und soziale, ökonomische Prozesse erfassen.

Als Widerpart *demokratischer Kultur* sowie von *Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit* tritt die *Radikalität* mit seinen qualitativ und in ihrem Maß der Entfaltung höchst verschiedenen Phänomenbereiche auf den Plan, die sich alle im Missions- und Kampfmodus um Hegemonien, Einfluss und Macht befinden und sich dabei verschiedene Bündnisse mit Kräften und Milieus bedienen, die auch im kriminellen Spektrum verortet sind.

3. Taxonomie des radikalen Sektors

Der ideologisch-politische radikale Sektor ist in der gesellschaftlichen Wirklichkeit als antidemokratischer, grundgesetz-freiheitsfeindliche Praxis und organisationaler Dasein-, Artikulations- und Handlungsstruktur in ideologisch-politische Strömungen und Bewegungen differenziert, die in großen Teilen auch als Politikfamilien in Erscheinung treten können. Sie zeigen

sich in der Lage des ‚Inneren Friedens‘ und der ‚Inneren Sicherheit‘ in der *Bundesrepublik Deutschland* derzeitig schwerpunktl. in drei bedeutenden Phänomenbereichen,

- Rechtsradikalismus
- Islamismus,
- Linksradikalismus

die innerhalb der Wesensverwandtschaft in Bezug auf das *Grundgesetz* und seine freiheitlichen Werte als *ideologisch-politisch radikale Bewegung* jeweils einem spezifischen *ontologischen Profil*⁷ und einer *politischen Familie* zugehörig sind. Daneben gibt es eine Anzahl weiterer Phänomenbereiche, die mit anderen Leitideologien verbunden sind und die zu einem Teil mit den genannten Phänomenbereichen verbunden sind und Schnittmengen aufweisen können. Zumeist handelt es sich um Leitideologien aus dem Spektrum von religiösen Vorstellungen, der Lebensweise-, Ziel- und Weltbestimmtheitsphilosophien, einer spezifischen ontologischen Konstruktion (*ontologistische Profile*) darstellen und daraus entwickelte Verhaltensprofile ausbilden, die einer Wahrheits- und Zielformel von vorgeblich allgemeingültiger Natur folgen. Sie können durch Personen, Gruppen und Bewegungen und ihre Organisationen zelebriert werden und werden in ein Weltanschauungs- und gesellschaftspolitisches Einflussringen umgelegt werden. Der Philosoph Zygmunt Baumann bezeichnet solche *ontologistischen Profile* beiläufig als ‚Gärtnerideologien‘.⁸ Sie sollen als Ideologien und Praxis einen dekultivierten Zustand (Wildnis) in einen erwünschten vorkomponierten Zustand (Kultur, Zivilisation, Freiheit, Gemeinschaft, Himmel, Garten Eden ...) durch radikale Tat zu verwandeln.

Die *ontologistischen Profile* setzen sich wiederum aus verschiedenen Strömungen und Teilbewegungen zusammen., die ihrerseits in einem unterschiedlichen Radikalitätsverhältnis zur *freiheitlich-demokratischen Grundordnung* und ihren *Grundwerten* stehen und je eigene erscheinungsweisen der Radikalitätsdimensionen, Ideologien, Missionen und Handlungsdynamiken, die auch unterschiedliche Organisationstypen der Akteure und Akteursgruppen einschließen. entwickeln.

Die neben den Hauptbereichen bestehenden weitere Phänomenbereiche, die eigene *ontologistische Typen* abbilden, können Mischwesenheiten aufweisen. Ein Teil davon ist mit Phänomen der *Organisierte Kriminalität* verbunden, die in alle ideologisch-radikalen Texturen osmotische und diffundierende soziokulturelle Texturen bilden. Auch staatsverbrecherisch angelegte Strukturen als (teil)illegale Derivate der *Demokratie* als Macht-Sektor eines ‚*Tiefen Staates*‘ muss in Rechnung gestellt werden. So hat der *Rechtsradikalismus*, der auf einer lebenswirklichen *völkischen Textur*⁹ aufsetzt und sich als politisches Artikulations- und Revolutionssystem versteht und als *Kontrastgesellschaft*¹⁰ funktioniert, Schnittflächen in Ideologie und Handeln mit Deep-State-Strukturen entwickelt ebenso wie mit denen der *Organisierten Kriminalität*.

3.1 Phänomenbereich Rechtsradikalismus

Rechtsradikalismus als gesellschaftliche Praxis geht darauf aus, eine biologistisch grundierte phänomenale Kulturalität als identitäre Aufhängung und sich darüber als *Gemeinschaft*, zu postulieren. Dabei herrscht die Annahme, dass die *Gemeinschaft* ein natürliches historisches

⁷ Mike Uschold, Michael Grüninger (1996): *Ontologies: principles, methods, and applications*. In: *Knowledge Engineering Review* 11/2, S. 93–155.

⁸ Siehe u.a. Zygmunt Bauman, (2002): *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*. Hamburg: Europ. Verl.-Anst).

⁹ Vgl. Bernd Wagner (2013): *Rechtsradikalismus in der Spät-DDR*. Berlin: edition widerschein.

¹⁰ Vgl. Wagner, Bernd (1997): *Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Bundesländern*. Berlin: Zentrum Demokratische Kultur (Bulletin Zentrum Demokratische Kultur, Sonderheft).

Kontinuum darstelle, dass einen archetypischen *Volkscharakter* generiere, die sich auch in der arteigenen Staatlichkeit zu zeigen habe. Der deutsche *Rechtsradikalismus* sieht in der *menschenrechtlichen Demokratie* der *Gewaltenteilung* nicht das adäquate Modell des *deutschen Volkstums*, allenfalls im *Volkstum als Demokratie* gefasst. Darauf beruht die *nationale Identität*, die für die individuelle Identität konstitutiv und normativ ist und sich an die erwünschte Reinheit der *weißen Rasse* binden soll, in Deutschland, zugleich mit dem *Deutschtum*¹¹. Gleichwertigkeit bestehe von daher nur für die wirklich gleichen *Völker (Nations)*. Daneben gibt es analoge Völker, die sich im Modus der Ähnlichkeit befinden, etwa in der Entitäten Stärke und Identitätsglaube. Alle Völker/Nationen befinden sich nach diesem Modell zugleich in Konkurrenz, sprich im Kampf um Sicherung der völkischen Substanz und um Macht im Weltgeschehen, zumindest als Schutz vor Untergang, was Staat, Kultur und biologische Zusammensetzung betrifft. In diesen Annahmen und Bestimmungen sind schon alle basalen Momente des *Rechtsradikalismus* als Ideologie und als handlungsleitender missionarisch-kämpferischer Gestus/*Radikalität* eingespeist.

Zu unterscheiden davon sind andere Fassungen von identitären kulturellen, staatlichen Konstruktionen, die sich mit den *universellen Menschenrechten* verbinden und vereinbaren lassen. Auf diesen sind die gegenwärtigen Formate vieler *Demokratien* als *Nationalstaaten* aufgebaut, in den die Nation ethnisch und nicht multiethnisch verstanden wird. So hat das ‚*Selbstbestimmungsrecht der Völker*‘ in Bezug auf totalitäre Systeme historisch eine befreiende Wirkung entfaltet, wie in Bezug auf die *Sowjetunion*, was von der *westlichen Wertegemeinschaft* der *Demokratie* forciert und gefeiert wurde.

Die geschichtlich erzeugten Konstruktionen (Memplexe und Realverhältnisse) sind geeignet, diese zu sichern und zu fördern, beachten dabei die Maßmöglichkeiten gesellschaftlicher Freiheitsniveaus, um diese angesichts von objektiven Niveaugefällen als entwicklungsfördernde Sektoren nicht zu zerstören. Daneben zeigen sich kosmopolitische Konstruktionen von ethno-, kulturdifferenzieller und staatlicher Grenzenlosigkeit, die in letzter Instanz auf ein atomistisches existenzielles Menschenbild zufälliger Freiheit, ohne überindividuelle kulturell-normative Würdedimension und gleichzeitige neue Künstlichkeit eines deregulierten *Hyperkapitalismus* hinauslaufen. In dieser Polarität bewegt sich der *Rechtsradikalismus* mit seinen Bewegungen, Gruppen und Personen als Machttakeur.

Der *Rechtsradikalismus* wird von den Narrationen zu Formaten des demokratiefeindlichen *Nationalen* als *Ultranationalismus* bestimmt, der seine offene oder verdeckte Wurzel in einem rassistisch verstandenen Ethnos, eines bio-kulturellen Volkes hat, das als *Blut-, Ahnen- und Schicksalsgemeinschaft* seine Staatlichkeit jenseits der *menschenrechtlichen Demokratie* sucht. Dabei zeigen sich verschiedene Variationen und ideologische, politische und kulturelle Ausformungen., die jeweils in Bezug auf die Art und Weise besonders bedeutsam sind und jeweils eigene Wirkungen und Zustände entfalten, die sich auf die Erfordernisse der *Deradikalisierung* niederschlagen, trotzdem eine wahrnehmbliche *Kontrastgesellschaft* zur *demokratischen Gesellschaft und Staatlichkeit* darstellen, die in Unterschied zum Verständnis der bisherigen Aktionswelt *Alternative für Deutschland* als Parteiencluster eine *andere Alternative für Deutschland* anstreben.

In Deutschland zeigen sich derzeitig der *Nationalsozialismus (Hitlerismus, Autonome Nationalisten)* als bedeutsam, auch in Zusammenhang mit Gewaltprozessen als *nationaler Widerstand* gegen *Volkstod, Überfremdung, Demokratie* und *Finanzkapital* und seine Träger insbesondere das *Judentum*. Eng verbunden damit ist die Parteienwelt der *NPD*, der Partei *Die*

¹¹ ‚Deutschtum‘ wird durch die Protagonisten dieser Narration direkt rassistisch-kulturalistisch besetzt, als ein Bilderwerk von Zuschreibungen des ‚Hervorragenden‘ und des ‚Arteigenen‘ als einer inhärenten Substanz und nicht aus der Entfaltung von historisch akkumulierten Wesenskräften, die in menschlichem Handeln, die eine kulturelle Qualität erlangt haben.

Rechte und *III. Weg*, die verschiedene Schwerpunkte in Ideologie und Aktivität setzen, sich auch in Konkurrenz befinden, aber auch partiell in Verbänden kooperieren.

NS-ler und polit-ideologisch-kulturelles Umfeld, einschließlich der *Skinheads* (*Hammerskinheads*, *Blood & Honour*) wie rechtsradikale *Hooligans*, agieren auch in den Strukturen der völkisch-nationalistischen Gruppen und Netzwerke, so der *Identitären* oder nationalistischen Strukturen ähnlicher Provenienz, wie Teile der *Burschenschaften* und Parteien, wie die *PRO-Bewegung*, *Republikaner (REP)*, *Deutsche Soziale Union (DSU)* u.a. – oft als *Neue Rechte* bezeichnet – die partiell auch mit demokratiegebundenen national-konservativen Kräften politisch und ideologisch kommunizieren und partiell zusammen agieren, wie in der *PEGIDA-Bewegung* und in der *AfD*.

Eine zunehmende Konturierung und Bedeutung erlangen die Gruppen und Netzwerke, die als *Reichsbürger* bezeichnet werden. Ihre verschiedenen Strömungen vollziehen nicht nur Kritik an der Staatlichkeit der *BRD*, die sie als Ergebnis des vom *Deutschen Reich* 1939 angezettelten und verlorenen *II. Weltkrieg* 1949 entstanden, die ebenfalls in diesem Jahr gegründete *DDR* 1990 assimilierend, für historisch illegitim hält. Das kann noch als Ausdruck von Meinungsfreiheit gelten.

Rechtlich und politisch problematisch wird es dann, wenn sich derartige Meinungsträger zusammenschließen, um einzeln und kollektiv, gegen die für illegal etikettierte politische und Rechtsordnung aktiv-kämpferisch vorzugehen und das Grundgesetz des Staates delegitimiert und missachtet. Dabei entwickelt eine anwachsende Zahl von Personen und Gruppen einen erheblichen energetischen und finanziellen Aufwand und es kommt zu rechtswidrigen und auch darin spektakulären Aktionen, so in Gerichten und Behörden und auch zur rechtlich gestützten langanhaltenden Auseinandersetzungen auf der Ebene des Kampfes mit der Staatsbürokratie und ihren rechtskonformen oder auch rechtswidrigen Entscheidungen. Das Handeln des Staates, gesehen im Kleid der vorgeblich illegalen/illegitimen *BRD*, die das bestehende *Deutsche Reich* als Rechtskörperschaft substituiert hat.

Nicht selten ist im Nachgang oder auch schon im Verlauf der Konfliktbewegung festzustellen, dass es eher simple und auflösbare Anlässe eines feindlichen Prozesses, der nicht selten beidseitig aufgeschaukelt wird. In den letzten Jahren nicht das militante Element in den Kreisen der *Reichsbürgerei* gepaart mit teils rechtsradikalen und Variationen von neuen Weltanschauungsideologien, die medienpopulistisch oft als ‚Verschwörungstheorien‘ bezeichnet werden, um sie wirksam stigmatisieren zu können. Es kam zum Einsatz von konspirativen Verhaltensweisen und zum Einsatz von Waffen gegen Amtsträger, so die Polizei mit Todesopfern, ihre Beschaffung zuzüglich von Sprengmitteln, militärischer Logistik und Überlebensmittel, um die Partisanenschaft gegen die *BRD* und einen Umsturz bewältigen und Überleben zu können.

Militanz und *Subversion* sind die Hauptsäulen der Aktivitäten, die die heutige *grundgesetzliche Staatsordnung* und die *demokratische Kultur* aufbrechen wollen. Sie sind konkret funktionalisiert ablaufende Bestrebungen, die in allen gesellschaftlichen Sphären (Lebensweise, Kultur, Medien, Wirtschaft, Staat) und auf allen politisch relevanten Gebieten gegen die *demokratische Kultur* entfaltet werden, sofern die Kapazitäten und gesellschaftlichen Bedingungen dafür vorhanden sind und die Widerstandsfaktoren nicht hinreichend ausgebildet sind. Solche Faktoren und Umstände sind insbesondere: delegitimierte und ineffiziente Demokratie, postdemokratische Zustände, barbarisierende Zustände, wirtschaftlich-sozialökonomische Dysfunktionen, Klassenkampf, desolate Faktoren der Lebensweise, gesellschaftliche Stagnation und verfall Stagnationen. Diese Faktoren bilden ein stochastisches Möglichkeitsfeld für radikale Kräfte, die die Möglichkeiten erkennen und zu nutzen können oder auf spontane Entwicklungen aus dem gesellschaftlichen Raum warten, da sie keinen ausreichenden Einfluss ausüben können, die Entwicklungen gezielt zu treiben.

(Rechts) Radikalität ist nicht nur an *ideologisch motivierte und politikorientierte Gewalt* (einschließlich *Terror als Bewegungsform und Methode*) gebunden, wenngleich sie eine grundlegende Bedeutung als Kampfinstrument besitzt und als Geburtshelfer der erstrebten *missionarischen neuen Ordnung*, in diesem Fall speziell der *arteigenen Volksgemeinschaft* fungieren soll.

3.2. Phänomenbereich Linksradikalismus

Linksradikalismus als Ideologie und Praxisfamilie gesellschaftspolitischen Handel ist auch nach dem staatlichen und gesellschaftspraktischen Niedergang der real-sozialistischen Staaten kein toter Hund der Geschichte, wenngleich er weltweit reduzierter als noch vor 1990 entfaltet ist und neue Entwicklungen nimmt, die vor allem aus der Globalisierung resultieren.

Linkes Gesellschaftsdenken und Handeln, als politische Kategorie, ist mit *Linksradikalität* nicht identisch, sondern teilidentisch. Es gibt Schnittmengen der Memplexe der zur Familie zugehörigen Weltanschauungssysteme, Menschenbilder, politischer Zielkriterien, Visionen, Utopien sowie der Analyse von Wirtschaft, Kultur, Mensch und Natur sowie zur Ontologie, der Geschichte. Das Bild vom Menschen erscheint in der Vorstellung und Anmaßung als ein ‚emanzipatorisches‘, indem die jeweilige Utopie die Wirklichkeit missionarisch (*historische Missionen*) und das auch *revolutionär* zu zwingen hat, ein Ansatz, der über ein bloßes Gestalten gesellschaftlicher Lebensbedingungen und existenzieller Möglichkeiten weit hinausgeht und auf der Ebene der gesellschaftlichen Organisations- und Normen-, und Sittlichkeitssysteme angesiedelt ist, in der die Wirtschaftsweise eine zentrale Rolle spielt und der gesellschaftliche Überbau eine neue systemische Qualität über die ‚bürgerliche Demokratie‘ hinaus erlangen soll. Soweit so gut.

Für die heutige *demokratische Kultur*, auf der Grundlage der konstruktiven rechtlich gesetzten *Grundgesetzlichkeit* des Staates als *Grundordnung* einer gesellschaftlichen und institutionalisierten Rechtsstaatlichkeit, ist es bezogen auf jene missionsgeleiteten linken oder linksradikalen Vorstellungen und Praktiken des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens relevant, ob sich die Akteure per ideologischer und praktisch-tätiger Übereinkunft, über Bewegungen, Gruppen, Netzwerke, Diskurse entschieden haben, die *Grundordnung* der demokratischen Staatlichkeit und die Rechte und Freiheit der Person zu negieren, zu alternieren, aufzuheben, indem sie überwunden werden, in wessen Namen auch immer. Emanzipation, freies Individuum, *Sozialismus, Kommunismus, Anarchie, Diktatur des Proletariats*, gender-, rassefreier, neuer, entkolonisierter Mensch und andere Konstruktionen einer eschatologischen Zielsetzung sind Ideologiemarkierungen einer Zukunft, die in linksradikal-extremistischer Variation gegen *freiheitlich-demokratischen Grundordnung* als revolutionäre Aufgabe gilt.

Linkextremismus ist eine rechtliche ebenso wie der *eine staatliche* Zuschreibung durch Verwaltungs- oder Gerichtsentscheid, welche Akteure und welche ideologischen-politischen Konstruktionen und Missionen in den Kreis der *Gefährder der demokratischen Kultur und Staatlichkeit* verwiesen wird und den Mechanismen der *Wehrhaftigkeit der Demokratie* in Deutschland ausgesetzt werden soll.

In den heutigen Debatten wird sehr oft die ‚revolutionäre‘ Blutspur des *Linksradikalismus*, die der des *Rechtsradikalismus* in der jeweiligen Wirkung auf die Betroffenen in nichts nachsteht, aus der Geschichts- und Gegenwartsdarstellung herausgehalten, gar gezeugnet oder als missionsangemessen alternativlos verklärt.

In der Gegenwart spielen die verschiedenen Variationen des *Antifaschismus* eine herausragende und anwachsende gesellschaftliche Rolle, nachdem der *Linksradikalismus* mit den Jahren 1989/90 historisch deutlich in das Hintertreffen geriet und die schon vorher stark abnehmende Anziehungskraft auf größere Teile der Bevölkerung bis auf Restposten sehr deutlich einbüßte und

Teile der einstmals revolutionär anspruchlich auftretenden Strukturen auf einen Reformkurs gingen, die soziale Fortschrittseffekte eher zu verteidigen als sie zu erweiterten oder gar politische Machfragen zu stellen hatten.

Der *Antifaschismus* durchlief in Deutschland seit den 1980er Jahren als Kaskade verschiedener linksradikaler Bewegungsprojekte mit dem Erstarren des rechtsradikalen Sektors einen neuerlichen Aufwind und radikalisierte sich in sich noch einmal besonders in der Gewaltdimension und in der Bewegungsdynamik. Dazu wurden die entsprechenden theoretischen und politisch-normativen Postulate bereitgestellt, die zumeist nicht aus dem linksradikalen Spektrum heraus generiert wurden, sondern auch in einem neuen Kontext mit ‚bürgerlich-demokratischen‘ neoreligiös aufgebauten Vorstellungslinien und Projekten entstanden und dort neue Anziehungskräfte aus verschiedenen Betroffenheiten heraus erzeugten. Insgesamt gelang es einen neuen Bündniskontext zu schaffen, der als Leitideologie die Orientierung auf den *Globalismus* als kulturelle Erscheinung (*antideutsche Bewegung* im Linksradikalismus) der in dem dort herrschenden Verständnis strikt gegen die Vorstellung und Praxis des Nationalstaats gerichtet ist, Nation und biologisch-ethno-kulturelles ‚Volkstum‘ als identisch betrachtet, staatsbürgerationale Konstruktionen und Verständnisse nur als Ausnahme für Auserwählte zulässt, letztlich dem *freiheitsschaffenden Finanzkapital* Grenzenlosigkeit einräumt, die den *doppelt freien Lohnarbeiter* als Wanderarbeiter oder *Pauper* einschließt, da dies das konsequenteste *antirassistischen Handeln* darstelle und von daher einen unübertroffenen sittlichen Wert darstelle.

3.3 Phänomenbereich Islamismus

Der *Islamismus* gewinnt seit den 1990er Jahren eine stark anwachsende Bedeutung für das Gesellschaftsleben in den *westlichen demokratischen Verfassungsstaaten*, die ein ambivalente Migrationspolitik verfolgen.

Die Öffnung der Staatsdoktrinen in Richtung Migration, Grenzöffnung und Einwanderung sowie grundlegende Auflösung des *Nationalstaats*¹² und der Umbau auf *Demokratien*, die *menschenrechtlichen Grundwerten* gemäß der *UN-Menschenrechtskonvention*, die 1948 verabschiedet wurde, bewirkte die Möglichkeit der Migration von Muslimen in das ursprünglich als *abendländisch* gedeutete Kultur-, Rechts- und Sittlichkeitssystem.

Mit dem Ende des Kolonialsystems klassischer Form und der Arbeitsmigration aus muslimischen Ländern kam es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu Entwicklung von Siedlungsstrukturen von *Migranten* resp. *Muslimen*, die sich teilweise parallelweltlich, zumeist in Städten oder ihren Peripherien strukturierten. Sozialökonomisch dem (Industrie-) Proletariat, dem Handelskleinbürgertum oder pauperisierenden Milieus (besonders in Asylanten und Flüchtlingsmilieus) zugehörig, entwickelten sich teilweise in Richtung Säkularität tendierende Milieus und Lebenskulturen, die sich in den politischen Kontext der Aufnahmegesellschaft einfügten und migrantischen Pendanten hervorbrachten und andererseits Tendenzen der Verschottung, der religiösen und gentilen Isolation entwickelten oder auch kriminelle Cluster ausbildeten, wie sie sich als *Clanbanden* und *Gangs* erweitert reproduzierten.¹³ In diesen Vorgang eingeschlossen, entwickelten sich Milieus, in denen die (militant) puristische Islamdeutungen zunahmten und in ihrer Bedeutung als Lebensorientierung, oft in an den saudischen *Wahabismus* gebundene muslimischen Strukturen, in und um *Moscheen* herum.

Ab den 1990er Jahren, nach dem Fall des ‚realsozialistischen‘ *Kommunismus* und den Sieg des *Islamismus* in Afghanistan, verstärkte sich auch im Zusammenhang mit den *Golfkriegen* und dem

¹² Siehe Hagen Schulze (2004): *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*. München: Verlag C.H. Beck

¹³ Vgl. Olaf Sundermeyer (2017): *Bandenland. Deutschland im Visier von organisierten Kriminellen*. München: Verlag C.H. Beck.

Rückzug des *Sozialismus* aus dem muslimischen Raum, die Tendenz im *Islam* zum Rigorismus in Gestalt des in Deutschland so benannten *Islamismus*, der damit in seiner *Grundrechts- und Freiheitsfeindlichkeit* als kultureller Gestus und Ideologie-Systematik etikettiert wird.

In Teilen der Städte veränderte sich der kulturelle Gestus in den muslimischen Milieus und die Zahl radikaler Gruppen wuchs in den 990er Jahren an, verbunden mit dem System *Al-Kaida*. Im Jahr 2001, am 11. September - 9/11 - fand diese Entwicklung einen vorläufigen Höhepunkt. Mit dem ‚*Krieg gegen den Terror*‘, in den USA im Unterschied zu Deutschland nach dem *Kriegsrecht* geführt, waren Wirkungen auch in Deutschland und Europa festzustellen und eine Radikalisierung von *Muslimen* und Selbstzuweisung in islamistische Strukturen festzustellen, die sich im *Krieg* für die *Umma* wännen, vollzogen im *Dār al-Harb*, dem *Gebiet des Krieges* oder *Dār al-Kufr*, *Gebiet des Unglaubens*, womit alle Gebiete in denen der *Islam* nicht Staatsreligion ist, gemeint sind, um die Ausweitung des *Dār as-Salām*, des islamischen *Paradieses* anstreben.¹⁴ Dazu gehören auch direkte kriegerische Handlungen - *Dschihad* - wie Terroranschläge von *Mudschahidin* ausgeführt und auch die Strategie des *Taqiyya* (Täuschung / Verschleierung / Blendwerk) und ihre jeweiligen situativen Taktiken und Präferenzen. Diese Strategie ist nicht nur dem *radikalen Islam* eigen.

Das auf diesen Prämissen aufgebaute Handlungs- und Ideologiesystem ist nach den Kriterien der *wehrhaften Demokratie* als *islamischer Extremismus* zu bewerten und zu behandeln, sowohl in rechtlicher Form als auch im Sinne der Zurückweisung aus dem Raum demokratischer Kultur als Ausdruck einer *offenen Gesellschaft*, der *menschenrechtlichen Demokratie* in Deutschland und vieler anderen *demokratischer Verfassungsstaaten*.¹⁵ Das Bedeutung zugleich die Freilegung menschenrechtlicher Essenzen dieser Religion und ihrer Interpretationsmodell in Geist und Tat, ein sicher kultureller langer Prozess, der nicht dem selbstlauf überlassen bleiben kann, wenn die menschenrechtliche Demokratie nicht selbstzerstörerisch umgehen möchte.

In Deutschland wird der Prozess zunehmender Ausbreitung des *Islams* und besonders der Ausbreitung *islamistischer Strukturen und Denkweisen* nicht mehr nur in einigen urbanen Zentren des westlichen Teils wahrgenommen, sondern der Vorgang ist allgegenwärtig, auch im ehemals dominant säkularen und wenn religiös, christlichen Gebieten der *neuen Bundesländer*. Die Etablierung und zunehmende Normalisierung der extremstich-radikalen Variationen des *Islam* vollzieht sich nicht nur im religiösen, ideologischen und meditativen Überbau, sondern auch im kulturellen *Alltag* als kultureller Prozess. Die Entwicklung erweiterte und vertiefte die charismatische Wirkung von religiös radikalen Leadern und religiösen ‚Kulturpropheten‘, die auch neue kulturelle Verankerungen setzen und neue Milieubindungen erzeugen konnten. Immer wieder entstanden gesellschaftliche Debatten um ‚*Hassprediger*‘, wie die Personen genannt wurden, die ihre grundgesetzfeindliche Propaganda besonders auffällig und drastisch in Moscheepredigten und in der Öffentlichkeit und im islamistischen Medien-System einschließlich dem Internet vortrugen.

So nimmt seit den 2000er Jahren die *islamistische Transformation* besonders migrantischer ‚Jugendkulturen‘ zu, die schon einen eigenen ideologisch-religiösen Kanon ausbilden und enorme *Militanz* von Gruppen und Personen erzeugt. Herausragend ist dabei die Tendenz zur Kombination eines *Traditions-Salafismus* und eines primär soziokulturellen lebensreformerischen *Neo-Salafismus* der auf saudisch-wahabitischen Grundlagen, wobei die letztere Strömung die wesentliche Nährquelle und das soziokulturelle Entwicklungsterrain des heutigen *Dschihadismus* - zumindest in Deutschland - ist. Die Analogie im Vergleich mit der seit den 1980er Jahre

¹⁴ Vgl. Koran (Sure 6, Vers 127 und Sure 10, 25).

¹⁵ Vgl. Horst Poller (2006): *Frei sein und dienen*. München: Olzog Verlag

Entwicklung des *Nationalsozialismus* (*Altnazismus* und *neue Strömungen*) als memetischer, als Ideologiekomplex, Bewegungssystem und Kultur- und Alltagsentwicklung ist augenfällig, wenn auch zeitversetzt.

Die *islamistische Transformation* erstreckt sich seit den 1990er Jahren nicht nur auf die männlichen Vertreter, sondern auch auf das weibliche Geschlecht. Zugleich ergibt sich angesichts der schillernden und medial wirksamen Debatten, auch durch Terrorakte erzwungene Aufmerksamkeit und emotionale >Impression ein Attraktions- und Sog-Effekt des *Islamismus* auf Nichtmuslime anderer Religionen, wie *Christen* oder *Areligiöse*, die in einen Konversions- und Radikalisierungsprozess einsteigen. Eindrucksvoll ist die Kapazität schneller *Radikalisierung durch Mission*, was auf einen gesellschaftlichen Bedarf an militanter und freiheitsfeindlich-lebensreformerischer Orientierung und Bewegtheit hinweist.

Gemeinhin wird derzeit von einer Differenz zwischen *Islam* als religiöser Ideologie und *Islamismus* ausgegangen, viele sehen *Islamismus* als Anschauungs- und Verhaltenssystem außerhalb des *Islam* als Religion. Andere wiederum sind der Auffassung, dass es keinen *Islamismus* gebe und Kritik an dieser Erscheinung ein sittenwidriger Akt islamophober Reaktion sei. ‚*Islamistischer Terror*‘ hätte mit dem *Islam* als religiöser Weltanschauungskonstruktion und Sittengesetzlichkeit nichts zu tun.

Es gibt Ableitungen, die festhalten, dass der *Islam* insgesamt als Ideologie und Praxis äußerlich politisch gesehen eine Formation des *Faschismus* darstellt, was nicht selten zu heftigen Reaktionen von Muslimen der verschiedenen Schattierungen und auch von Toleranzlern aller Art führt.¹⁶

Die dargestellten Bilder einer Differenz von *Islam* und *Islamismus* sind zuerst in der Absicht politische geschaffen worden, moderierende Hantierungen von Konflikten, Aversionen und auch Vorurteilen im Zwang nach *Innerem Frieden* in der Gesellschaft zu bearbeiten. Sie sind von daher grundlegend verstehbar, keine Stigmatisierungsfronten aufzubauen und Radikalisierungen in offene Konflikt- und Gewaltzustände hinein nicht zu forcieren Gleichwohl treffen sie aber nicht den Kern der gegenwärtigen Problemlagen. Daraus entsteht die Situation, dass mit guter Absicht, Radikalisierungen zumindest bis auf eine Ebene vollständiger Unverträglichkeit geduldet und nicht strategisch demokratisch-wertnormativ bearbeitet wird. Das gehörte nach den Erfahrungen aus den zwei letzten deutschen Diktaturen jedoch zum Konzept der *wehrhaften Demokratie* in Deutschland, die im Vergleich mit anderen *westlichen Demokratien* anderswo keinen Kulturwert darstellt und der bürgerliche Staat dort einem anderen strukturellen Selbstverständnis nachgeht.

Entscheidend in Sachen *Islamismus* und *Islam* – wenn schon eine Differenz postuliert wird - ist die Feststellung derjenigen *islamischen Memplexe*, die in ihrer Gesamt- und Teilkomposition *gegen das Grundgesetz aufgestellt* sind, auf der Verhaltensebene vorsätzlich aktiv und per ideologisch-religiöser Konstruktion, also als abgrenzende und eingreifende ‚Gärtner-Ideologie# und im vorsätzlich umgestaltenden und postulierende-missionarischem Handeln, in Moralvorstellungen, Sittlichkeitspostulaten, Rechtsauffassungen, Politikbildern quer durch das Alltagsleben, in der Politik, in der Religion, im Familien- und Gentesleben artikuliert wird und damit strukturelle Wirklichkeit – *Sein für andere* – manifestiert wird, dass gegen den menschenrechtliche Freiheit wirksam wird und eine Struktur praktisch setzender Kritik darstellt. Das sind Wirkungen, die zu kontrastgesellschaftlichen und parallelgesellschaftlichen Wirkungen führt, analog des *Rechtsradikalismus* als *Bewegung*.

4. Deradikalisierung in Deutschland

4.1 Deradikalisierungsinitiativen nach 1990

¹⁶ Siehe Abdel-Samad, Hamed (2014): *Der islamische Faschismus. Eine Analyse*. München: Droemer Knauer.

Die Ausprägung von *Extremismus* und daraus erwachsenem *Terrorismus* sind erstrangige Faktoren der *Allgemeinen* und *Inneren Sicherheit* und des *Inneren Friedens* von Staaten, allgemein der Lebensqualität und der Grade der Freiheit, in denen Menschen leben können.

Die Phänomene der *Radikalität* besitzen ihre Grundlage in Ideologien weltlicher oder religiöser Natur, die in einen allgemeingültigen Missionsanspruch münden. Die *Mission* leitet sich aus einer Vorstellung von Verderbnis, Apokalypse, Dekadenz, Verfall, Satan ... ab, die eine *Gemeinschaft* oder die Menschheit insgesamt betrifft, die es zu retten, zu schützen und in eine *neue Zukunft* zu führen gilt. Dazu bedarf es einer treibenden *radikalen Bewegung*, die allem Widerstand trotzt und überwindet, die die Macht erringt und die *Herrschaft der neuen Zeit* -des neuen Zustandes der Gesellschaft - errichtet.

Freiheit und Menschenrechte, wie sie seit 1948 Leitgedanke demokratischer Politik sein sollen, spielen in der radikalen Ideologie und Bewegung keine oder wenn, dann nur eine untergeordnete, partielle und tolerierende Rolle. Ziele und Praxis sind grundlegend *freiheitsfeindlich*, in Deutschland *grundrechtefeindlich*. Deshalb werden derartige Organisationen in Deutschland auf Kriterien basierend staatlich nachrichtendienstlich überwacht, ggf. Verboten unterzogen und extremistische Straftaten spezialisiert durch den Staatsschutzkomplex (Staatsschutz-Kriminalpolizei und spezialisierte Justiz sowie Inlands-Nachrichtendienste – Bund – Länder - Militär-) aufgeklärt und sanktioniert. Darin enthalten ist die Gefahrenabwehr besonders der weltanschaulich/religiös/politisch intendierten gewalthaften und auch methodisch terroristisch angelegten Angriffe auf die politische Ordnung, die gesellschaftlichen Abläufe, stigmatisierte als Feinde stigmatisierte Gruppen, Organisationen, Netzwerke und Personen.

Das radikale, extremistische, terroristische Handeln soll mit allen Mitteln die vermeintliche Not wenden und einen neuen gesellschaftlichen Zustand (Staatsordnung, Leitideologie, Machtstruktur, sittlich-kulturelle Orientierung) herbeiführen, den es dann zu sichern oder gar zu erweitern gilt. Der polnische Philosoph Zygmunt Bauman sprach in diesem Zusammenhang von ‚Gärtnerideologien‘. Extremistisches, terroristisches Handeln ist Bestandteil und teilweise auch Ziel der *Mission*. Terroristisches Handeln ist janusköpfig: es ist instrumentell auf (Massen)-Bewusstsein wirkend und zugleich mehr oder minder stark eliminatorisch Personen, Gruppen und Massen betreffend ausgeprägt.

Radikalität ist ein Ausdruck der schon grundlegend dargestellten Verschränktheit und spiralwirkenden Dynamik dreier Dimensionen, die unterschiedlich ausgeprägt sind und in verschiedenen Erscheinungsformen auftreten:

- extremistische Ideologie
- Bezug zu extremistischen Bewegungen
- extremistische Gewalt

Personen und Gruppen, die diese Merkmale tragen, gelten als *radikalisiert* – auch als Masse - und fordern Staat und Zivilgesellschaft wegen der Gefährdungen des menschlichen Lebens und der Gesundheit, der Freiheit und Würde sowie der Stabilität demokratischer Kultur und Staatlichkeit heraus, zumal die daran geknüpfte ideologisch-politisch intendierte Kriminalität Seriencharakter besitzt und Großverbrechen generiert, wie im Falle des methodischen Terrorismus.

Die Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung richtet sich wegen der basalen Relevanz für die Demokratie als System und Lebensform in einem besonderen Maße auf die ideologisch/religiöse/politische *Radikalität* als Voraussetzung von Missionsverbrechen und dazu dienlicher anderer Straftaten und Rechtsverletzungen.

Deradikalisierung soll die *Radikalität* aufheben und radikale Gruppen und Personen oder Bewegung zur Beendigung ihrer ideologischen Mission motivieren. Entscheidend ist in letzter Instanz nicht allein das Aufgeben von militantem Kampf und methodischer Subversion (als ein zentraler Zwischenschritt), sondern die Lösung der Missionsfrage, die einen hinreichenden Grad der *Deradikalisierung* anzeigt.

Das bewusste Aufgeben der *Mission* ist zugleich das Aufgeben der *Freiheitsfeindlichkeit* und die Anerkennung der Gleichwertigkeit und Schutzwürdigkeit Andersdenkender und des Grundrechtssystems und der Rechtsstaatlichkeit der Demokratie und ihrer Wertekultur.

Ein Deradikalisierungsprogramm in diesem Sinne stellte in Deutschland, in Ost und West - im Modus des Kalten Krieges - von unterschiedlichen Standpunkten und Zielvorstellungen aus die „Entnazifizierung“ dar, mit unterschiedlichen Effekten.

Ein anderer Ansatz von ideologisch-politischer Abrüstung in Kommunistischen Parteien wurde in den 1970er Jahren mit der Ostpolitik der SPD und der Bundesregierung, verbunden mit dem Namen Egon Bahr, umgesetzt. Dieser Ansatz war auf die Entwicklung von Dissidenzen gerichtet und spezifizierte den allgemeinen Kalten Krieg.

In den 1970er und 1980er Jahren wurden Deradikalisierungsvorstellungen entworfen, um den Linksextremismus und -terrorismus einzudämmen, wie er u.a. mit der RAF sowie anderen deutschen und internationalen Gruppen aktiv war. Ein Aspekt war die Anwendung einer „Kronzeugenregelung“. Die Bemühungen waren nicht erfolgreich, Aussteiger aus der linksterroristischen Szene blieben Marginalien, wenngleich auch aus der linksextremistischen Szene ohne nennenswerte staatliche Maßnahmen ungeordnete Konversionen erfolgten. In der sicherheitspolitischen „Abteilung“ der liberalen FDP um den Bundesinnenminister Gerhart Baum gab es auch die Bemühung, mit RAF-Terroristen in das deradikalisierende Gespräch zu kommen. Eine Deradikalisierungsleistung stellte die streng geheime Aufnahme und verdeckte Integration von 10 RAF-Terroristen in der DDR durch das damalige Ministerium für Staatssicherheit dar, die mit der Verhaftung der Personen im Jahre 1990 endete.

Im Phänomenbereich *Rechtsradikalismus* gab es bis 1990 nur in der DDR bei starkem Aufkommen einer neonazistischen Bewegung 1988¹⁷ erste Ansätze gezielter *Deradikalisierung*, die jedoch im Keime stecken blieben.

In Deutschland gab es in den 1980er Jahren Versuche über die ideologische und sozialpädagogische sowie polizeiliche Intervention Radikalitätsprävention allgemeine Vorbeugung und Deradikalisierung besonders bezogen auf die seit 1990 rasant ansteigende rechtsradikale Gewalt und andere einschlägige Straftaten theoretisch und sozialpraktisch zu etablieren.

Gezielte *Deradikalisierung* im kriminalpolizeilichen Handeln als Kriminalitätsbekämpfungsstrategie wurde erst nach der politischen Wende in der Kriminalpolizei der DDR (Zentrales Kriminalamt) und im Gemeinsamen Landeskriminalamt der neuen Bundesländer (GLKA) aufgesetzt und mit verschiedenen Initiativen in Spektrum der Sozialarbeit ergänzt. Es waren in diesen Bereichen die lebenspraktischen Erfahrungen und die realen alltäglichen harten Wirkungen der zunehmenden Radikalisierung in nazistische Richtung, die nicht nur in Ostdeutschland um sich griff. Es entstand die Vorstellung zu beeinflussen, im territorialen Maßstab und personenbezogen zu stoppen.

Der *Kriminalpolizeiliche Staatsschutz des Gemeinsamen Landeskriminalamts der Neuen Bundesländer (GLKA)* war schon 1990 konzeptionell und faktisch damit befasst, radikale

¹⁷ Vgl. Bernd Wagner (2013): *Rechtsradikalismus in der Spät-DDR*. Berlin: edition widerschein

Bewegung als ein Teil der Gesamtintervention entgegenzusetzen und dort involvierten Akteuren Deradikalisierungsangebote zu unterbreiten.

Im Jahr 1990 wurden erste *Ausstiege aus militanten nazistischen Gruppen* polizeimethodisch im GLKA aufgegriffen und mit zivilgesellschaftlicher Hilfe umgesetzt. Die Auflösung des Dienststelle 1991 löste diese Ansätze im staatlichen Sektor für mehr als 10 Jahre wieder auf. Erst ab 2001 kam es zu neuen Konstruktionen der *Deradikalisierung* in der Sicherheitsapparatur des Bundes und verschiedener Bundesländer.

Ab 1992 wurden Deradikalisierungsformate im zivilgesellschaftlichen Bereich entwickelt und realisiert. So wurden Segmente ausstiegsorientierter Tätigkeiten im Bundesprogramm der damaligen Jugendministerin und heutigen Kanzlerin Angela Merkel namens „*Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt Jugendlicher in den neuen Ländern (AgAG)*“ unter der Flagge der Sozialpädagogik experimentiert und segmentarisch mit höchst unterschiedlichen Effekten etabliert.

Negativ wirkte sich in diesem Programm gegen *Rechtsradikalismus* und auch am Rande *Linksradikalismus* vor allem in der ehemaligen DDR die einseitige Orientierung auf die individuumsbezogenen pädagogischen Modelle aus, die den systemischen und kommunal-/sozialraumintegrativen Ansatz unter Einschluss sozialer Primärgruppen wie Familien weitgehend aussparte, ein noch bis heute nachwirkendes Problem.

Der Deradikalisierungsansatz geriet nach der Beendigung des *AgAG* ab 1996 ins Hintertreffen – nicht ganz zu Unrecht - da die sozialpädagogische Distanz zu extremistischen Gruppen insgesamt nicht ausreichend ausbalanciert werden konnte und in einigen Territorien eine unzulässige, unprofessionelle Nähe zu diesen Gruppen entstanden war, die eine den Nazistrukturen zuträgliche ‚Schutzraumwirkungen‘ analog den sogenannten ‚Honigtöpfen‘ im nachrichtendienstlichen Sektor verursachte. Das lässt sich u.a. im Falle der nazistischen Terror-Täter des *Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)* neben anderen Entfaltungsbedingungen der Gruppe und ihrer Umfeldler rekonstruieren.

Trotzdem wurden Deradikalisierungsfunktionen in der Auseinandersetzung mit dem *Rechtsradikalismus* immer wieder im Bereich der Zivilgesellschaft platziert, qualitativ höchst unterschiedlich bewusst und methodisch ausgereift. Deradikalisierung im extremistischen Feld hat sich dadurch allerdings nicht überflüssig gemacht, sondern sich mit dem Ruf nach Professionalisierung verbunden, dem einige Träger gefolgt sind, die heute z.T. im Kern des gezielten Deradikalisierungshandelns aktiv sind.

Mit der Gründung des *Zentrums Demokratische Kultur* in Berlin – heute *ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH* - wurde der Kripoansatz neu verarbeitet und in die Mechanismen kommunaler, sozialräumlicher sowie diskursiv-medialer Zusammenhänge integriert. Daraus entstand als Teil des zivilgesellschaftlichen *Community Coachings* das methodisch spezifische Format und Label *EXIT-Deutschland*, das die erste deutsche, professionell angelegte Organisation abbildet, die Angebote des *Ausstiegs* aus rechtsextremen Gruppen und der Integration von Extremisten und Terroristen in die demokratische Gesellschaft anbietet.

Im Jahr 2001 wurde eine Familienberatung entwickelt, 2008 eine Fachzeitschrift *Journal EXIT – Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur*¹⁸ und ein *AKTIONSKREIS ehemaliger Extremisten* gegründet, der sich mit *Counter Activity* beschäftigt und seit kurzem eine eigene Internetseite¹⁹ unterhält, die international vernetzt ist und begonnen hat, auch ehemalige *Islamisten* zu integrieren.

¹⁸ <http://www.journal-exit.de>

¹⁹ <http://ak-exit.de>

Das Portfolio des *Zentrums Demokratische Kultur* mit *EXIT-Deutschland* wurde angesichts der Lageentwicklung im Jahr 2001 – zunächst bis 2010 ohne Label – auf den Phänomenbereich *Islamismus* erweitert, was öffentlich weitgehend ignoriert wurde. Nach Anregung durch das Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend (BMFSFJ), wurde eine Struktur und eine auf dem Community Coaching aufbauendes Projekt entwickelt, die als *Arbeitsstelle Islamismus und Ultranationalismus (AStIU)* figurierte, die im Rahmen eines drei Jahre währenden Bundesmodellprojekts agierte, mit den Schwerpunkten in Bundesländern Berlin und Bayern. Nach Ablauf des Projekts konnte dieser Ansatz leider aus dezidiertem und bürokratischen Desinteresse und gravierender Lagekenntnis in der Politik und ihrem dortigen etatistischen Bereich, trotz fachlicher Erfordernisse der strukturellen Implementierung – wie viele ihrer Art seit 1990 im Bereich Extremismus und Terrorismus – sträflich nicht erfolgreich gesichert werden, gleichwohl die ideelle Kompetenz jetzt noch vor dem Verfall bewahrt konnte.

Ab dem Jahr 2001 zogen andere – neben staatlichen - zivilgesellschaftliche Träger im Aufbau von Angeboten der *Deradikalisierung* zunächst im Phänomenbereich *Rechtsradikalismus* nach, die bis heute von Bund und Ländern trotz verschiedenlichem Einsatz von einigen Politikträgern vergleichsweise karg oder nicht finanziert werden.

4.2 Deradikalisierung – Phänomenbereich Rechtsradikalismus

Angesichts der Veränderungen in der gesellschaftspolitischen Lage und des Aufwindes rechtsradikaler Aktivität gilt es im Bereich der demokratischen Kultur, die Auseinandersetzung damit weiter zu entwickeln. *Deradikalisierung* ist dafür ein in seiner Bedeutung deutlich anwachsendes Format.

Um die Potenziale besser gestalten zu können und um Synergien freizusetzen galt es, ein aktuelles Monitoring der Entwicklung einzurichten und regelmäßige Updates über die vorhandenen Potenziale und ihre Profile, Kapazitäten, Ausrichtungen, Wirksamkeiten und Wirkungsrichtungen vorzunehmen. Dabei kommt es darauf an, nicht nur die zivilgesellschaftlichen Tätigkeitsprofile zu betrachten, sondern auch jene im staatlichen Bereich. Den Auftrag führte im März 2017 die *ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH* in Berlin aus, die selbst Außenbereiche in Sachsen, Bayern und in Norddeutschland unterhält.

Hier die aktuellen Erkenntnisse²⁰

4.2.1. Anzahl der Deradikalisierungsinitiativen - Phänomenbereich Rechtsradikalismus

Aktuell konnten 43 Deradikalisierungsinitiativen/-projekte im Phänomenbereich Rechtsradikalismus unterschiedlicher Rechtsträger und Organisationsformen in Deutschland identifiziert werden, die sich auf 16 staatliche Träger und auf 27 Angebote freier Träger²¹ verteilen.

Von den insgesamt erfassten Initiativen sind derzeit hinreichend klar erkennbar 18 Akteure der Deradikalisierungsarbeit mit spezieller identitärer Orientierung auf den Ausstieg aus der

²⁰ Quellen: Erstellt auf Grundlage von Abschlussbericht der Arbeitsgruppe des AK IV unter Beteiligung des AK II zur Bekämpfung des gewaltbereiten islamistischen Extremismus - Erfolgsfaktoren für Aussteigerprogramme "Gewaltbereite Islamisten", Stuttgart; Okt. 2016. Sofern zugänglich wurden darüber hinaus veröffentlichte Zahlen einbezogen. EXIT-Deutschland: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw10-pa-kiko-rechtsextremismus/496580>, 08.03.2017. Aussteigerprojekt SN: LVZ, Von der Aktivistin zur Aussteigerin: Jasmin Apfel bricht mit der Neonazi-Szene, 01.03.2017. Thüringer Beratungsdienst: Thüringer Allgemeine: Knapp 60 Rechtsextreme im Thüringer Aussteigerprogramm, 18.01.2015. Bundesamt für Verfassungsschutz: Zahlen beziehen sich auf 2014 (Drucksache 18/815 und 17/9119).

²¹ Freie Träger sind Organisationen die auf gesetzlicher Grundlage für ihre sozialen Tätigkeiten aus staatlichen Mitteln gefördert werden können. Ihre Grundeigenschaft ist die der Gemeinnützigkeit, die Voraussetzung für den Empfang staatlicher Fördermittel ist.

rechtsradikalen Bewegung und den entsprechenden Radikalitätsstrukturen in Rechtsträgern, Initiativen und Projekten und anderen Strukturen wie Kontakttelefon aktiv sowie weitere 6 im Bereich Distanzierung und Ausstieg. Darüber hinaus wurden 13 Angebote im Bereich der Präemption verortet und weitere 5 in der allgemeinen und gleichzeitigen Familienberatung.

4.2.2. Tätigkeitsprofile der Initiativen

Die Unterscheidung in die vorliegenden Formate der ausstiegsorientierten und ausstiegshelfenden Tätigkeiten ist deshalb gewählt, weil sich auf die einzelnen Bereiche bezogen unterschiedliche Grundmethodiken und Erfahrungen herausgebildet haben. Es entstanden jeweilige Kernprofile, die für sich alleinstehen können, aber auch in Kombination in einem Träger hantiert werden können. Vorliegende Erfahrungen besagen, dass die jeweiligen Kernprofile spezialisiert und fachlich gut untersetzt Wirkungsgrade erreichen können. Dabei ist zu beachten, dass die Unterscheidung in Kernprofile nicht dogmatisiert wird und ausstiegsorientierte und ausstiegshelfende Tätigkeiten in unterschiedlichen Kombinationen der Profile ablaufen können. So kann z.B. Elternhilfe fallbezogen in Ausstiegshilfe übergehen oder Ausstiege können fallbezogen für die Präemption genutzt werden.

Die Tätigkeitsprofile der Träger werden wie folgt differenziert:

- *Präemption* meint die personenbezogene Vorbeugung von ideologisch-politischer Radikalisierung und zugleich auch die Vorbeugung von szenerelevanten Straftaten und Beteiligungen an rechtsradikalen Aktionen
- *Beratung / Familienberatung* ist gerichtet auf Reaktionen von Eltern, anderen Verwandten und Gesellschaft auf die ersten Anzeichen und anwachsende Entwicklungen von Rechtsradikalität bei Kindern, Angehörigen oder anderen betreffenden Personen
- *Distanzierung und Ausstieg* meint (auch niedrigschwellige) Arbeit mit Personen, deren rechtsradikale Einstellungen (zum Teil) noch wenig manifest sind und die Zeichen setzen, sich von der rechtsradikalen Szene lösen zu wollen, am rechtsradikalen Dasein Zweifel haben und wo es lohnend erscheint, mit ihnen ausstiegsorientiert zu arbeiten
- *Ausstieg* meint Arbeit mit Personen, die in rechtsradikaler Ideologie und in Szenezusammenhänge eingebunden sind, ihren Ausstiegsentschluss dargestellt haben und um Hilfen beim Ausstieg nachsuchen.

Von den Trägern werden verschiedene fachliche und methodische Instrumente und Handlungsformate eingesetzt und Ansätze in Bezug auf den Kontakt zur Zielgruppe sichtbar, wie ein *aufsuchender und proaktiver Ansatz* und eine *Komm-Struktur*, die jeweils begründeten Logiken folgen und sich nicht alternativ oder ausschließend zeigen. Es werden unterschiedliche berufliche Professionen genutzt und aus ihnen heraus gehandelt.

Bei den Angeboten und Formaten können ausstiegswillige Personen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Angeboten auswählen.

4.2.3 Staatlichen Träger und freie Träger (NGO's)

Staatliche Träger / Stellen

Erkennbar sind 13 staatliche Träger, die in folgenden Ressorts angesiedelt sind:

Innenressorts - Landesebene

Von den 13 staatlichen Trägern sind die meisten in den *Innenressorts* in Bund und Ländern und dort bezogen auf die Gesamtheit besonders dem *Verfassungsschutz* (7 – Bund (1), Bayern (1), Thüringen (1, nur Kontakttelefon), Niedersachsen (1), Nordrhein-Westfalen (2), Rheinland-Pfalz (1) zugeordnet, gefolgt von den *Landes-Kriminalpolizeien* (4 Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Saarland (nur Kontakttelefon).

Im hessischen Innenressort agiert ein staatlicher Träger mit einem deradikalisierenden, sozialpädagogischen Auftrag, der strukturell nicht in den Sicherheitskontext (Polizei/Verfassungsschutz) eingebunden ist.

Das Innenressort des Freistaates Sachsen steuert das Angebot offiziell über den Landespräventionsrat in einem nicht näher qualifizierten Verbund von zivilgesellschaftlichen Trägern.

Justizressort - Landesebene

In einem *Justizressort* gibt es einen staatlichen Träger (1 - Niedersachsen).

Sozial und Jugendressort - Landesebene

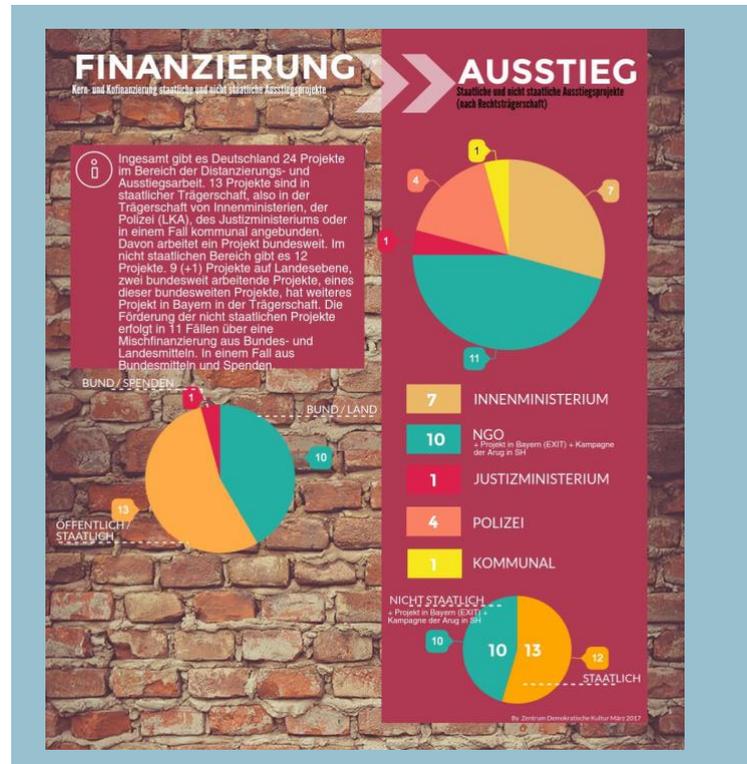
In *Sozial- und Jugendressorts* gibt es zwei staatliche Träger (2 - Hessen, Rheinland-Pfalz).

Kommunen

Es gibt ein Angebot auf der Ebene der *Kommune* (1 - Witten). Das kommunale Projekt ist an eine städtische Einrichtung angebunden und richtet sich – laut Eigenbeschreibung - an Aussteiger aus dem Rechtsextremismus und okkulten Zusammenhängen (Satanismus).

Freie Träger (NGO's)

Im Bereich der freien, gemeinnützigen Träger gibt es derzeit 5 Akteure im Bereich Ausstieg sowie 5 weitere Akteure im Bereich Distanzierung und Ausstieg, wobei hier die meisten der Träger im Segment der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind.



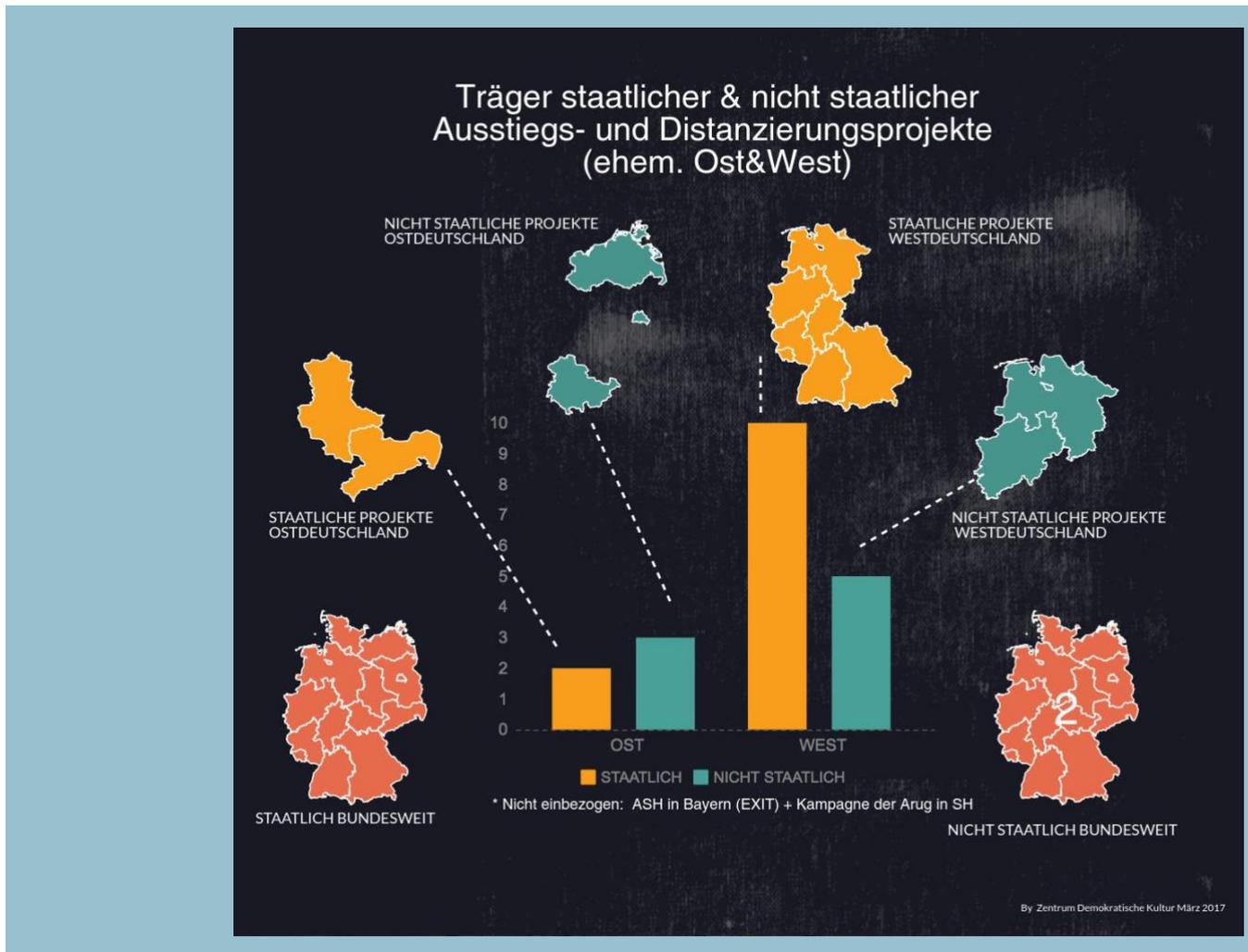
Die Träger arbeiten über ihren Kernbereich hinaus auch in unterschiedlicher Intensität im Bereich der Aus- und Fortbildung, der politischen und wissenschaftlichen Arbeit und im Spektrum der Kriminalitätsvermeidung und -bekämpfung sowie des Justizvollzugs sowie im Mediensegment.

4.2.4. Territoriale Verteilung und Dichte der ausstiegsaktiven Initiativen im Bundesgebiet

Festzuhalten ist eine Konzentration der Stellen in den alten Bundesländern, wo auch die staatlichen Stellen stärker aktiv sind.

Die neuen Bundesländer, einschließlich Berlin, weisen im Vergleich eine geringere Dichte der Stellen insgesamt auf, wobei auffällig ist, dass einige Bundesländer überproportional viele Angebote der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit vorhalten, z.B. NRW mit insgesamt 7 staatlichen und nichtstaatlichen Angeboten auf Landes- und Bundesebene.

Drei Bundesländer nutzen kostenneutral die Bundesangebote ohne eigenes qualifiziertes Angebot. (Berlin, Brandenburg, Saarland (nur Kontakttelefon)).



4.2.5 Tätigkeit von freien Trägern auf Bundesebene

Auf der Ebene des Bundes, dabei jeweils bundesweit und in Ländern, agieren zwei Träger mit mehreren Angeboten im Phänomenbereich *Rechtsextremismus*.

EXIT-Deutschland entfaltet das Kernprofil bundesweit agierender Ausstiegshilfen (EXIT-CaseManagement) sowie eine Vielzahl von Beratungs- und Präemptionstätigkeiten sowie Counter-Activities. Violence Prevention Network e.V. ist im Segment Rechtsradikalismus v.a. im Bereich der Präemption sowie der Distanzierung im Justizvollzug (Verantwortungspädagogik) und dort für den Bund modellentwickelnd tätig und bietet im Bedarfsfall auch Ausstiegshilfen an.

4.2.6 Tätigkeit von freien Trägern auf Landesebene

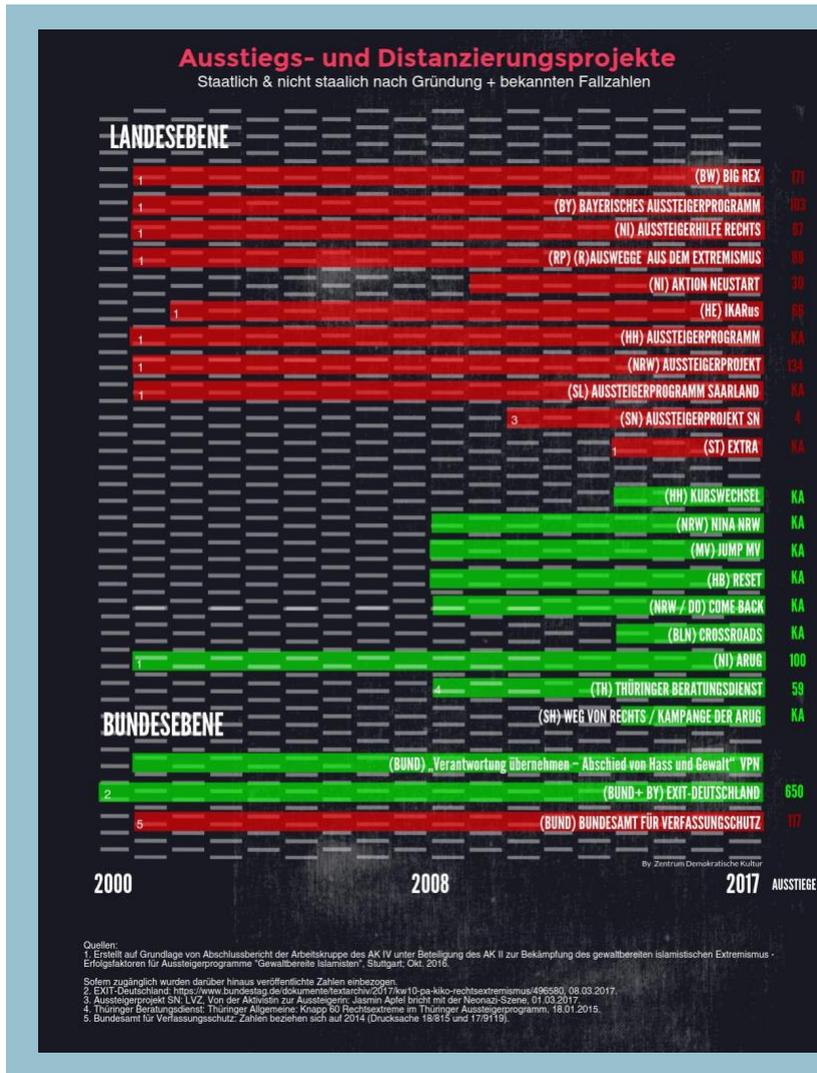
Auf der Ebene der Bundesländer sind 9 freie Träger mit dezidierter Ausstiegsorientierung und insgesamt in allen dargestellten Formaten der ausstiegsorientierten Deradikalisierung im Phänomenbereich *Rechtsradikalismus* tätig. Das heißt nicht, dass alle Formate zugleich absolviert werden. Es gibt Schwerpunktbildungen auf Teilformate der *Deradikalisierung*, nach Zielgruppen, Zielen und Methoden, die bundesweit gedacht, Potenziale für verschiedene deradikalisierungsfachliche Arbeitsteilungen darstellen.



Die meisten der Angebote/Initiativen/Projekte der freien Träger sind aus dem XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) von 2009 bis 2013 hervorgegangen, von dem her sie eine Entwicklungschance erhielten, oft aus anderen Profilen ihrer Träger entstanden und in das Gesamtprojektportfolio eingebunden

wurden - zumeist in die Kinder- und Jugendsozialarbeit sowie in die Bildungsarbeit - und die heute über Mischfinanzierungen arbeiten. (zumeist staatliche Mittel und Spenden, wobei die staatlichen Mittel in unterschiedlichen Proportionen aus Landesmittel/-programmen und aus Bundesmitteln (derzeit aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“) kommen, um die Arbeitsfähigkeit sicherzustellen.

Deshalb liegen von der zeitlichen Chronologie her die Gründungen dieser Stellen im Wesentlichen in der zweiten Gründungsperiode, die mit dem Bundesprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ (BMAS).



4.2.7 Entstehungschronologie

Die Chronologie der Entstehung der ausstiegs- und distanzierungstätigen Träger verweist auf drei Perioden.

Die erste Periode datiert von 2000 - 2007 (verschiedene Bundesprogramme und Landesinitiativen), die zweite Periode von 2008 - 2013 (Laufzeit XENOS-Sonderprogramm) und die dritte Periode datiert ab 2014 mit der Einführung des Bundesprogramms Demokratie Leben!

4.2.8 Transparenzfaktor und nachrichtendienstliche Bezüge

Die Träger der Distanzierung und Ausstiegsarbeit arbeiten nach unterschiedlichen Transparenzkriterien gegenüber Partnern, Verbündeten, Staat, Politik, Medien und Öffentlichkeit, die zum einen im Schutzerfordernis der zu Betreuenden begründet liegen und/oder in politischen Kriterien begründet sind. Daraus resultieren ein sehr differenziertes

Kontakt- und methodisches Verhalten und unterschiedliche Veröffentlichungspolitiken in Bezug auf Arbeitsergebnisse und die Stellung zum Countersektor.

Zur Frage der informationellen Zusammenarbeit oder zum Trennungsgebot in Bezug auf Nachrichtendienste werden unterschiedliche ethische und politische Haltungen eingenommen.

In öffentlichen Debatten werden Transparenzfragen, Rechtskonstruktionen und Finanzierungen der Tätigkeit der Träger immer wieder angesprochen.

4.2.9 Fallzahlen²²



²² Quelle staatliche Träger: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe des AK IV unter Beteiligung des AK II zur Bekämpfung des gewaltbereiten islamistischen Extremismus – Erfolgsfaktoren für Aussteigerprogramme „Gewaltbereite Islamisten“ Beschluss der IMK vom 11./12.12.2014 in Köln zu TOP 4, Stuttgart, den 10. Oktober 2016.)

Sofern zugänglich wurden darüber hinaus veröffentlichte Zahlen einbezogen. EXIT-Deutschland, u.a. veröffentlicht unter:

- <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw10-pa-kiko-rechtsextremismus/496580>, 08.03.2017.
- Aussteigerprojekt SN: LVZ, Von der Aktivistin zur Aussteigerin: Jasmin Apfel bricht mit der Neonazi-Szene, 01.03.2017.
- Thüringer Beratungsdienst: Thüringer Allgemeine: Knapp 60 Rechtsextreme im Thüringer Aussteigerprogramm, 18.01.2015.
- Bundesamt für Verfassungsschutz: Zahlen beziehen sich auf 2014 (Drucksache 18/815 und 17/9119).

Nur wenige Träger geben Auskunft über die Zahl der von ihnen begleiteten Aussteiger. Dabei geht es nicht darum, die Effektivität der Arbeit von Trägern zu messen, sondern eine Darstellung zielt auf die Transparenz ab, was im Zuge der Arbeit an Standards der Deradikalisierungsarbeit Beachtung finden sollte. Die fachspezifische Arbeitsgruppe RAN-Exit hat die Empfehlung von *EXIT-Deutschland* übernommen, objektivierbare Daten zu Aussteigern öffentlich in geeigneter Form darzustellen.²³

Von 13 staatlichen Angeboten sind die Teilnehmerzahlen von drei Angeboten nicht bekannt. Alle anderen veröffentlichen die Zahlen. Bei den nichtstaatlichen Trägern zeichnet sich ein anderes Bild. Von elf Projekten geben drei Träger Zahlen zu ihren Teilnehmern bekannt. Zum Zeitpunkt der Erfassung im März 2017 lagen Angaben zu 1.588 Ausstiegsfällen vor.

Staatliche Träger gaben 776 Fälle an. Auf der Bundesebene waren es 117 und auf der Ebene der Bundesländer 659 Fälle.

Freie Träger gaben 809 Fälle an. Auf der Bundesebene waren es 650 und auf der Ebene der Bundesländer 159 Fälle

Die von den Trägern veröffentlichten Angaben zeigen, dass es einer Anzahl von Trägern gelingt, nennenswerte Unterstützung von Ausstiegen und der Deradikalisierung zu erbringen, was von erheblicher politischer und soziokultureller Relevanz in Bezug auf die demokratische Kultur ist.

Es zeigt sich, dass *Deradikalisierung und Ausstieg* als ein *duales System* von staatlichen und bürgergesellschaftlich/privaten Angeboten ein relevanter Faktor des *Inneren Friedens* und der *Inneren Sicherheit* ist und als wirksamer *Sozialisationsfaktor* und damit als politischer Faktor in nationalem Maßstab fungiert.

4.2.10 Distanzierungs- und Ausstiegsverbünde

In den letzten Jahren entwickelten sich mehr oder minder offen agierende Aktivitäten- und Strukturverbünde, die teils gelabelt sind:

- fallbezogen zwischen von freien Trägern
- zwischen freien Trägern (z.B. BAG Ausstieg zum Einstieg e.V., NORDVERBUND, Kompetenzverbund (KVB) Sachsen)
- zwischen staatlichen Trägern verschiedener Sparten
- zwischen staatlichen Trägern über Bundesländer hinweg (z.B. AG der Sicherheitsbehörden)
- zwischen staatlichen und freien Trägern z.B. (Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen)

4.3 Zusammenfassung Phänomenbereich Rechtsradikalismus

- In Deutschland zeigt sich eine tätigkeitsspektral breit angelegte Aufstellung von staatlichen und freien Deradikalisierungsinitiativen.
- Zu unterscheiden sind langjährig elaborierte Träger und eine Vielfalt junger Akteursstrukturen. Zwei freie Träger davon sind seit Anfang der 2000er Jahre aktiv. Die

²³ Vgl. Draft Ex Post Paper. Setting up an exit intervention, RAN Exit, Berlin, 13.-14. Februar 2017

erste Organisation war EXIT-Deutschland. Die Mehrheit der staatlichen Träger/Initiativen wurde direkt mit dem Jahr 2001/2002 ff. gegründet.

- Die Mehrheit der Akteure ist in den alten Bundesländern aufgestellt, dort vor allem als staatliche Stellen und damit auch verbundene freie Träger mit mehr oder minder großer Distanz zueinander.
- In zwei Bundesländern gibt keine entsprechenden Angebote in Landeshoheit, nur Bundesangebote.
- Es wurden insgesamt vom Jahr 2000 an 1.588 bekannt gewordenen Ausstiegsfälle aus rechtsradikalen Bezügen unterstützend realisiert (809 durch die freien Träger und 776 durch staatliche Träger).²⁴
- Die Finanzierungen erfolgen primär aus staatlichen Budgets aus Bund und Ländern, im Einzelfall aus einer Kommune, flankiert durch Spenden.
- Zwei freie Träger auf der Ebene des Bundes unterhalten Selbstverlage und Fachzeitschriften zur Deradikalisierung²⁵, ein Träger unterhält einen Sektor Counter-Activities.
- Der erkennbare quantitative und qualitative Entwicklungsprozess sollte von den erkennbaren Parametern sinnvoll und systematisiert weitergeführt werden.

4.4 Deradikalisierung – Phänomenbereich Islamismus

Der *Islamismus* wurde schon in den 1990 Jahren verstärkt sichtbar, damals vor allem im türkischsprachigen Bereich (Kalifatsstaat/Kaplan-Bewegung und Milli Görüs). Mit dem 9/11 und dem *Krieg gegen den Terror* wurde eine anwachsende Terrorgefahr in Deutschland konstatiert, die insgesamt und lange Zeit auf einer abstrakten Ebene gesehen wurde. Aufgrund der vor allem im arabischen Spektrum gesehenen Gefahr wurde bis zur Festnahme der sogenannten „Sauerlandgruppe“ im September 2007 die Gefahr für Deutschland als geringer im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern eingeschätzt, da die Mehrheit der Migranten in Deutschland aus der Türkei stammen. Eine Zeit, die heute angesichts der Ereignisdynamik nur als ferne Vergangenheit zu bewerten ist.

Trotz dass zunehmende Veränderungen der religiösen, sozialen und kulturellen Milieus sichtbar geworden waren und sich mit dem *politischen Salafismus* ein neues ideologisches und soziokulturell gegründetes, internationalisiertes und multikulturelles Bedrohungspotenzial, eingeschlossen Religions-/Ideologie-Konvertiten, entwickelte, folgten dem die Deradikalisierungsimpulse als systemisches Format in Staat und Zivilgesellschaft kaum, den potenziellen Erfordernissen deutlich nachteilig, obgleich vielfältige Erkenntnisse und Erfahrungen im Phänomenbereich *Rechtsradikalismus* in einigen Trägern akkumuliert aber nicht ausreichend genutzt sind. Die Ursachen sind vielgestaltig und liegen auf politischer Ebene ebenso wie auf der fachlichen Ebene, insbesondere im kapazitativen Segment und dem zugebilligten haushälterischen Bedeutungsgehalt in Bund und Ländern. Das Maß der Erfordernisse, die schon jetzt im Format der *Deradikalisierung* erkannt sind, ist größer als die im Rahmen eines rigiden Etatismus verfügbaren Möglichkeiten. Hier nur einige Problem- und Entwicklungscluster, so insbesondere:

- Umgang mit politisch-salafistischen, soziokulturellen Druckmilieus und Hotspots- und Hotspottypen des Islamismus/Salafismus - Systemaufstellungen der demokratischen

²⁴ EXIT-Deutschland ist per 31.3.2017 mit 650 Fälle eingeordnet. Die Zahl liegt darüber.

²⁵ Violence Prevention Network e.V. (VPN) und ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH/EXIT-Deutschland

Kultur in der Dialektik von *grundrechtsorientierter Intervention und flexibler Integration*

- Eingrenzung und ausstiegsorientierte *Paralyse von Milieus*, Gruppen und Netzwerken
- *Rekrutierungsbremsen* in radikalierungsanfälligen Milieus insbesondere im Asyl-, Kriegs,- und Flüchtlingsbereich
- Ideologisch/religiöse und mentale *Sublimation und Missionsblockaden* und – Alternierungen
- Gestaltung der Strafsanktionen und ihrer Deradikalisierungswirkungen
- Entwicklung von *Counter Activities* ehemaliger Missionsträger des Islamismus (Dissidenzstrategien), insbesondere über moderne Medien²⁶
- Nutzung von *Integrations- und Normalitätspulsen* durch Belebung subtiler Lebensreformimpulse und *alternierender religiöser Angebote* ohne Schaffung von islamischen Hegemonien

Im Jahr 2010 nahm in der *ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH* mit Unterstützung der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder eine *Arbeitsstelle Islamismus und Ultranationalismus (AstIU)* die Tätigkeit auf. In der Tätigkeit dieser Arbeitsstelle wurde der Schwerpunkt auf das soziokulturelle Territorium gelegt, um Zugänge zu präemptiv – bezogen auf islamistische Personen, Gruppen, Netzwerken, die Bewegungen insgesamt - wirksamen Strukturen und strukturierte Feldzugänge mit Deradikalisierungspotenzial zu identifizieren bzw. zu entwickeln.

Zunächst ging es in dieser auf *Deradikalisierung* gerichteten Arbeitsstelle als Modellprojekt des Bundes um die relative Vielfalt islamistischer Aktivitätsformen im *Territorium*. Einen Schwerpunkt bildeten dabei im Sinne der *Inneren Sicherheit* und soziokulturellen Wirksamkeiten *Al-Kaida* relevante Strukturen und Gruppierungen, unmittelbar an Moscheen angesiedelt und ihre Trägermilieus und Organisationen. Die daraus entspringenden klandestinen und offiziellen Strukturen des *Islamischen Staates* in Deutschland lösten die relative Hegemonie und Bedeutung anderer islamistischer Richtungen ab.

Daneben hinaus wurden auch ideologisch-politisch schimärische Organisationen, wie die *GÜLEN*-Bewegung sowie die *Muslimbruderschaft*, die *Milli-Görüs-Bewegung*, die *Hizb ut-Tahrir* oder die schiitische *Hizbullah* in der Alltagspraxis des Projekts relevant. Insgesamt ging es darum, die islamistischen Radikalitätspotenziale zu bestimmen und ihre Bedeutung für die Gesellschaft und ihre Teilgesellschaften zu erkennen.

Die durch die Ausbreitung des *Islamismus* in Gang gesetzten Prozesse können nicht ohne Intervention bleiben und aus dem Raum demokratischer Kultur und Staatlichkeit nur zur Kenntnis genommen werden, ein Impuls, der nicht selten anzutreffen ist, um die Aggressivität des *Islamismus* als Ideologie- und Handlungssystem nicht herauszufordern. Die in diesem Impuls tragende politische Konstruktion erscheint aus der unmittelbaren Erfahrungen mit dem islamistischen Feld nicht tragfähig zu sein und eine Aufgabe demokratisch-menschenrechtlichen Terrains zu bewirken. *Deradikalisierung* ist in diesem Zusammenhang dagegen ein wesentliches

²⁶ Vgl.: In Bordeaux, France on 26 and 27 June 2017, the RAN C&N and RAN Exit working groups explored the added value of working with formers, by examining their specific qualities and experiences. This ex post paper takes the form of a manual, and contains guidelines (dos and don'ts) for those employing formers as coaches/mentors/practitioners in exit work or as credible messengers in communication. Dos and don'ts of involving formers in PVE/CVE work: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-papers/docs/dos_and_donts_involving_formers_in_pve_cve_work_bordeaux_27_06_2017_en.pdf

Instrument, das Konsequenz bedingt, aber ohne unzumutbare Herausforderungsreize auskommen kann sowie gezielte Repression sinnvoll zu ergänzen vermag. Dabei können die Methoden situativ variabel, bezogen auf konkrete islamistische Akteure und Akteurstypen eingesetzt werden.

Als Zielmarken und Stränge der *Deradikalisierung* im islamistischen Feld wurden folgende Punkte herausgearbeitet und in der Arbeit von verschiedenen Trägerorganisationen in unterschiedlicher Wirksamkeit und Qualität nach den vorhandenen subjektiven und objektiven Möglichkeiten anvisiert:

- *Präemptive Vorbeugung von Radikalität* im Rekrutierungsraum islamistischer Strukturen (Basispräemption)
- Einleitung einer inneren *Distanzierung* von Radikalitätsdimensionen und Bindungen (Alternierung)
- *Präemptive Vorbeugung* von (rechtswidrigen) Handlungen in der und für die *Mission*, wie dem *Jihad* (Missionspräemption), insbesondere offene und kultursubversive Aktionen, Gewalt, Anschläge, Krieg
- *Ausstiege und Ausstiegssicherung* aus islamistischen (extremistischen / terroristischen) Strukturen mit und ohne Ausstieg aus der Religion und Einstellung der Mission (Entbindung)
- *Integration von Ausgestiegenen* in die demokratische Kultur (Integration)
- *Potenzialsenkungen und Auflösung* von Missions- und Jihadhandeln von islamistischen Personen und Strukturen (Potenzial-Entschärfung)

Die herausragenden finalen Ziele sind der *Ausstieg* und die *Entschärfung*, die von erheblicher Bedeutung für die Kampfkraft und den politisch-moralischen Zustand der Missionsträger und ihrer Strukturen sind.

Counter Activity ist im Anschluss an einen Ausstieg ein bedeutsames Instrument von Deradikalisierung. Die ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH hat im Jahr 2016 aus diesem Grund ihren *AKTIONSKREIS ehemaliger Extremisten* für ehemalige Islamisten/Jihadisten geöffnet. Counterpropaganda im Internet (www-ak-exit.de) steht neben Aufklärungsveranstaltungen und Produktion von Publikationen, wie Lebensberichte, die nach vorliegenden Erkenntnissen in der Radikalenszenerie wahrgenommen werden und distanzierende Wirkungen entfalten. In diesen Kontext macht unter bestimmten Voraussetzungen auch die Zusammenarbeit mit ganz bestimmten religiösen Autoritäten Sinn, da religiös-mentale Angebote deradikalisierend wirksam sein können. Die Vorstellung allerdings, dass Deradikalisierung den Imamen vorbehalten sei, ist aus Erfahrung lebensfremd und kann sogar gegenteilige Effekte hervorrufen.

Die rasante Entwicklung des *politischen* und *jihadistischen Salafismus* als vergleichbar relativ moscheeferne Organisations- und Soziokulturbewegung weist viele Parallelen zur völkisch-rassistischen neonazistischen Bewegungsbildung auf, mit einer starken sozialrevolutionären und politästhetischen Komponente, ein entfaltetes mediengestütztes *Situationismus*, der permanent in militante Aktionsmodelle umschlägt und schnelle *Radikalisierungen* nach Rekrutierung von anfälligen Personen – Frauen und Männer - ermöglicht.²⁷ Stringent erscheinende Missionsideologie und Eliteangebote - zu den revolutionären Rettern und Siegern des „Islam“ zu gehören - prägen die

²⁷ Vgl. Mansour, Ahmad (2016): *Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen*. Lizenzausgabe. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 1673).

Szenerie. Zugleich erzeugt eine enorme Bewegungsdynamik Kohärenz und Bindungswirkungen, inclusive einer permanenten Tribunal-Situation für alle Beteiligten.²⁸

Die Entwicklung des *Islamischen Staates* über einen *asymmetrischen Krieg* bis in die heutige Lage hinein, damit verbunden der Bürgerkrieg in Syrien und die Kriegslagen im Irak, Afghanistan und anderen Ländern prägen ab 2011 (und ganz besonders ab Sommer 2014 nach Ausrufung des „Kalifats“ durch den *Islamischen Staat*) Entscheidungen und Entwicklungen im Segment der *Deradikalisierung* in Deutschland:

- Politische Entscheidung für ein *duales System der Deradikalisierung* bei (verhaltener) Anhebung ihres sicherheitspolitischen Bedeutungsgehalts durch Gestaltung von Arbeitsteilung zivilgesellschaftlicher Kompetenzträger und den zuständigen staatlichen Behörden
- Einrichtung eines bundesweiten Systems auf das Umfeld von *Islamisten* gerichteter gezielter und situativer Beratung – besonders für die Herkunftsfamilien - durch zivilgesellschaftliche Kompetenzträger und staatliche Einrichtungen²⁹, u.a. gesteuert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): *„Beratungsstelle Radikalisierung“* beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
 - „Eltern, Angehörige, Freundinnen und Lehrer sind oft die ersten, denen eine Radikalisierung eines jungen Menschen auffällt. Gleichzeitig sind sie auch die letzten, zu denen dieser trotz zunehmender Isolierung Kontakt hält.“³⁰
 - Beginn (2017) der Erweiterung des Systems auf die Bewältigung von Ausstiegen aus islamistischen Strukturen
 - Beginn (2017) einer gefährdungspräemptiven Beratung im Flüchtlingsbereich nach dem Modell der *Mobilen Beratung*

Das System und seine Entwicklung ist *dual* als Zusammenarbeitsmodell - Staat – Zivilgesellschaft und darin enthaltener professioneller Kerne - angelegt und folgt Elementen der Praxis im Phänomenbereich *Rechtsradikalismus*, wo 1992 und 1996 *Mobile Beratung*, 1997 das *Community Coaching* und 2001 die *Familienhilfen* eingeführt wurden, deren Grunderfahrungen in die Konstruktion einfließen, so die relative jedoch nicht apodiktische Staatsferne, bei übereinstimmenden Schutzinteresse von Gesellschaft, Grundrechten und Freiheiten sowie der Sicherheit vor extremistischen und terroristischen Angriffen.

Das BAMF stelle im April 2017 folgende Informationen zur Arbeitsweise und den Ergebnissen aus:

„Seit Schaltung der Hotline Anfang 2012 haben die Mitarbeitenden der Beratungsstelle Radikalisierung mehr als 3.400 Telefonate geführt.

Seit 2013 hat die Zahl der Anfragen sehr stark zugenommen. Im Jahr 2016 hat die Beratungsstelle im BAMF allein über 1.040 Anrufe entgegengenommen. Die Zahlen sind im Vergleich zu 2015 nochmals deutlich gestiegen.

²⁸ Vgl. Dantschke, Claudia; Mansour, Ahmad; Müller, Jochen; Taparli, Alper (2011): „*Das ist bei uns so!*“ *Ergebnisse eines Workshops in Berlin-Neukölln. Lebenswelten und Rollenmuster: Herausforderungen muslimischer Jugendlicher in Familie und Gesellschaft*. Berlin: ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH.

²⁹ Vgl. Dantschke, Claudia; Mansour, Ahmad; Müller, Jochen; Serbest, Yasemin (2011): *„Ich lebe nur für Allah“*. *Argumente und Anziehungskraft der Salafisten. Eine Handreichung für Pädagogen, Jugend- und Sozialarbeiter, Familien und Politik*. Berlin: ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

³⁰ <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Beratung/beratung.html>

Das gesamte Beratungsnetzwerk hat 2016 knapp 740 Beratungsfälle betreut. Dies zeigt einen hohen Bedarf im Arbeitsfeld. Circa 30 Prozent der Fallkonstellationen wurden aus Sicherheitsgründen an die zuständigen Sicherheitsbehörden weitergeleitet.

Nach den islamistisch motivierten Anschlägen in Ansbach und Würzburg hat sich die Zahl der Meldungen bei der Beratungsstelle Radikalisierung erhöht. Nun gehen derzeit pro Monat zwischen 120 und 150 Anrufe ein.

In der Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes arbeiten fünf Personen, die an der Hotline die Fälle aufnehmen und gemeinsam mit den NGOs die Jugendlichen im Blick haben.“

Neben der staatlichen Zentraleinheit im BAMF, die auch eine Vermittlungsstelle in den Sektor *Innere Sicherheit* ist, sind zivilgesellschaftliche Regionalträger installiert worden, die aus dem staatlichen Budget für definierte Leistungen nach dem *Fehlbedarfssystem* gefördert werden. Auf Bundesebene arbeiten neben Zuständigkeiten für Bundesländer mit unterschiedlichen Profilen und Ansätzen über die zugewiesenen Territorien auch auf der Bundesebene zwei Träger.³¹

Das BAMF unterhält darüber hinaus ein Kommunikationsnetzwerk im staatlichen Bereich, das sich auch mit der *Deradikalisierung* im Phänomenbereich *Islamismus* befasst.

In verschiedenen Bundesländern wurden zusätzlich eigene Angebote entfaltet, die derzeit systematisiert erfasst und funktionell geordnet dargestellt werden, um sie besser in Strategiebildungen und Fallbegleitungen einordnen zu können. Einige dieser Angebote auf Landesebene sind bereits in das Beratungsnetzwerk des BAMF integriert.

In beiden Segmenten des Handelns auf den Ebene von Bund und Ländern sind nach dem bisherigen Überblick derzeit mit Stand von März 2017 auf Deradikalisierungsprozesse hin angelegte spezifische zivilgesellschaftliche Organisationen inhaltlich mit sehr unterschiedlichen Ansätzen und Verständnissen im Netzwerk des BAMF relevant tätig, so u.a. IFAK e.V.³² (Nordrhein-Westfalen), LEGATO³³ (Hamburg), SCHURA³⁴ (Niedersachsen) und die ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH/HAYAT-Deutschland³⁵ (Zentrale Berlin) in den Neuen Ländern und in der Stadt Bonn.

Es gibt verschiedene weitere staatliche und zivilgesellschaftliche Träger, die für Deradikalisierungsprozessen relevante Tätigkeiten in den Bundesländern vollziehen und Angebote in unterschiedlichen Profile ausgebildet haben³⁶, wie Violence Prevention Network e.V. (VPN) in Berlin und in den Bundesländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.³⁷

Die spezifischen deradikalisierungsrelevanten Organisationen setzen analog dem Handeln im Phänomenbereich Rechtsradikalismus im Setting des *Community Coaching* insbesondere am und im Umfeld von radikalisierenden und radikalisierten Personen, Gruppen und Netzwerken des Islamismus an und gehen z.T. auch unmittelbar auf Radikalisierte zu und begleiten Aussteiger aus islamistischen/jihadistischen Strukturen. Per 16.5.2017 unterstützte und unterstützt z.B. HAYAT-Deutschland 20 Personen bundesweit mit einer von EXIT-Deutschland adaptierten Methodik. mit dem Schwerpunkt Nordrhein-Westfalen in Abstimmung mit dem BAMF.³⁸

³¹ VPN und HAYAT-Deutschland

³² <https://www.schura-niedersachsen.de>

³³ <http://www.legato-hamburg.de>

³⁴ <https://www.schura-niedersachsen.de>

³⁵ <http://www.hayat-deutschland.de>

³⁶ Eine systematisierte phänomenologische Untersuchung wird derzeit analog dem Rechtsradikalismus vorbereitet.

³⁷ <http://www.violence-prevention-network.de>

³⁸ Ebenda.

Eine inhaltlich wichtige Entwicklung ist die Etablierung eines Modellprojekts der Bunderegierung: dem *Diagnostisch-therapeutischen Netzwerk Extremismus (DNE)* (www.dne-deutschland.de) im Funktionsbestand der *ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH* (www.zentrum-demokratische-kultur.de) in Berlin, das bundesweit tätig ist und sowohl die bundesweit agierende *Beratungsstelle HAYAT* (www.hayat-deutschland.de) in der *Deradikalisierung* und damit verbundenen psychologisch-psychiatrischen Implikationen flankiert wie auch *EXIT-Deutschland* (www-exit-deutschland.de).

Im Jahr 2018 soll das DNE die angebotene *konsiliarische Beratung* auch auf die Träger des Beratungssystems der *Beratungsstelle Radikalisierung* des BAMF erweitert werden. Entsprechende Vorarbeiten laufen.

Du bist schuld:

*Implizite Verbkausalität in Argumentationsstrukturen
ehemaliger Neonazis*

Eva Irene Mac Lean

Masterarbeit

Masterarbeit

Fachbereich I – Psychologie

Abteilung Sozialpsychologie

Erstprüferin: Prof. Dr. Eva Walther

Zweitprüfer: Dipl.-Psych. Simon D. Isemann

Abstract

Die vorliegende Interviewstudie untersucht implizite Attributionsmuster ehemaliger Rechtsextremisten dahingehend, inwieweit Personen, die einst Mitglieder der rechtsextremen Szene waren und diese wieder verließen, Verantwortung für ihre Radikalisierung in den Rechtsextremismus übernehmen bzw. von sich weisen. Es wird zudem analysiert, ob sich die Attributionsmuster der männlichen und der weiblichen Befragten im Hinblick auf die Zuweisung von Schuld unterscheiden. Dazu werden die Aussagen von vier Neonazi-Aussteigern auf Satzebene hinsichtlich der linguistischen Kategorie (State Verbs [SV] vs. Interpretative Action Verbs [IAV]) und der Valenz der Äußerung (positiv vs. negativ) codiert. Die Unterschiede der analysierten Sprachmuster sind nicht signifikant, weisen aber auf eine Tendenz der Aussteiger hin, durch den vermehrten Gebrauch von IAV im Vergleich zu SV Verantwortung internal zu attribuieren und somit eher sich selbst die Schuld für ihren Einstieg in die rechtsextreme Szene zu geben als andere dafür verantwortlich zu machen. Aufgrund der kleinen Stichprobe sind die Ergebnisse der vorliegenden Studie als Pilotprojekt zu betrachten.

1 Einleitung und Definition

Noch immer existiert hierzulande eine der größten und gewalttätigsten rechtsextremistischen Bewegungen, die in keinem Land Europas so gut organisiert wird wie in der Bundesrepublik Deutschland (Köhler, 2014). Dies liegt einerseits daran, dass es der rechtsextremen Szene in Deutschland erfolgreich gelungen ist, durch Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und jüdische Einrichtungen ihre Anliegen mehr und mehr in die Öffentlichkeit zu tragen und so das Klima von Bedrohung und Angst zu verschärfen (Salzborn, 2015). Andererseits ist Salzborn (2015) zufolge die Wahrnehmung vieler Menschen hierzulande geprägt von sozialen, ökonomischen und politischen Ängsten, welche zwar selten rational begründet, aber dennoch in einigen Teilen der Bevölkerung präsent sind und somit für den Rechtsextremismus nutzbar. Neben diesen Ursachen des „Erfolgs“ der heutigen Rechtsextremisten und der verstärkten Hinwendung zum Rechtsradikalismus existieren unterschiedliche Erklärungsansätze für die Radikalisierung in den Rechtsextremismus, die in Kapitel 3.2 eingehend beleuchtet werden.

Neben den meist im Verborgenen bleibenden Provokationen und Diskriminierungen im interkulturellen Alltag kam es in Deutschland immer wieder zu Verletzten und Toten, denen hasserfüllte Gewalttaten zugrunde lagen (Wahl, 2003). Der Mitte Juni 2016 vorgestellte Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern bestätigt diese Entwicklung auch für die gegenwärtige Situation in Deutschland. So umfasste das rechtsextremistische Personenpotenzial Ende 2015 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 22.600 Personen (Bundesministerium des Innern [BMI], 2015), wohingegen im Jahr 2014 noch rund 21.000 Personen in der rechten Szene aktiv waren. Der Anstieg rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten von 990 im Jahr 2014 auf 1.408 im Jahr 2015 demonstriert die Gefahr, die von diesem Spektrum ausgeht. Bereits im Frühjahr 2015 kündigte sich die intensivierte rechtsextremistische Militanz mit den Bedrohungen von Politikern und Journalisten an, steigerte sich mit den Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und gipfelte in versuchten Tötungsdelikten. Die Anzahl militanter Rechtsextremisten ist derart angestiegen, dass mittlerweile mehr als jeder zweite Rechtsextremist¹ als gewaltorientiert einzuschätzen ist (BMI, 2015). Neben dem enormen Anstieg rechtsextremistischer Gewalt ist die zunehmende Anschlussfähigkeit des Rechtsextremismus eine bedeutende Komponente der jüngsten Entwicklungen. So bildete sich eine regelrechte Anti-Asyl-Bewegung heraus, die inzwischen von einer schwindenden Abgrenzung zum Rechtsextremismus und einer zunehmenden Akzeptanz von Gewalt in einigen Teilen der Bevölkerung geprägt ist (BMI, 2015).

In der Rechtsextremismusforschung werden die Begriffe Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, Neonazismus und Neofaschismus konkurrierend verwendet, wobei sie nicht einfach dasselbe Phänomen beschreiben, sondern auf unterschiedliche, teilweise gegensätzliche Wahrnehmungen und soziale wie politische Kontexte verweisen (Salzborn, 2015). Da sich die vorliegende Thesis auf die Verwendung der Begriffe Neonazismus, Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus stützt, sollen diese hier näher erläutert werden.

Neonazistische Gruppierungen können über ihre grundlegende Gewaltaffinität und aktive Gewaltbereitschaft charakterisiert werden. Ihre Aktivitäten sind nicht primär auf Erfolge in den Parlamenten ausgerichtet, sondern konzentrieren sich auf den Straßenkampf und orientieren sich an nationalsozialistischen Verbänden wie z.B. der SS (Schutzstaffel) oder der SA (Sturmabteilung) (Salzborn, 2015). Der Begriff des *Rechtsradikalismus* wurde zunächst in den 1960er Jahren verwendet, um eine Analogisierung von Links- und Rechtsradikalen vorzunehmen, die gleichermaßen eine Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedeuten würden. Zwischen Rechtsradikalen und Konservativen gibt es zudem zentrale ideologische

¹ Zur Erleichterung der Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit fortan stets das generische Maskulinum verwendet.

Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten (Wagner, 2014). Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich im Behördenjargon und im wissenschaftlichen Kontext gleichermaßen der Sammelbegriff des *Rechtsextremismus* als Oberbegriff etabliert (Salzborn, 2015). Wagner (2014) übt Kritik an dieser Begriffswahl, indem er zu bedenken gibt, dass der Begriff rechtlich-politische Kriterien in den Fokus rückt und die Ideologie als zentrales Moment der rechtsextremen Bewegung stark in den Hintergrund drängt. Der Diplom-Kriminalist beschreibt den Rechtsradikalismus als eine „eigene Welt“, in deren Zentrum die „Idee des rassistischen Auserwähltseins und das Streben nach dem Reich und kollektivistischer Volksgemeinschaft“ (Wagner, 2013, S. 3) steht. Im gesellschaftlichen Leben bildet Extremismus eine „Kontrastgesellschaft“ (Wagner, 2013, S. 3), der die jeweilige „Ideologiekonstruktion“ (S. 3) zugrunde liegt und die sowohl als „apart als auch normal“ (S. 2) angesehen werden kann. In rechtsextremistischen Kreisen herrscht ein autoritäres Staatsverständnis vor und es wird die Auffassung vertreten, der Wert eines Menschen werde über die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse“ bestimmt (BMI, 2015). Aus dieser Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit resultieren Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und die Ablehnung der universellen Geltung der Menschenrechte (BMI, 2015).

Durch die Enthüllungen der brutalen Taten des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) und den oben genannten jüngsten Entwicklungen wurde das Thema Rechtsextremismus zwar zu einem allgegenwärtigen Thema in Wissenschaft und Öffentlichkeit, die Radikalisierungsforschung wurde jedoch, bis auf einige wenige Ausnahmen (z.B. Pisoiu, 2013; Köhler, 2014), trotz dieser Entwicklungen noch nicht in angemessenem Maße vorangetrieben, sodass es z.B. an Studien und kohärenten Theorien über Radikalisierungsprozesse für den Rechtsextremismus im Allgemeinen fehlt (Köhler, 2014). Besonders die Neonazi-Szene wurde, im Gegensatz zum relativ gut erforschten legal agierenden Rechtsextremismus (dazu zählt die Nationaldemokratische Partei Deutschlands [NPD], von der wissenschaftlichen Forschung noch nicht erschlossen (Pfahl-Traughber, 2013). Dies liegt größtenteils an der stärkeren Abschottung der Neonationalsozialisten von der Öffentlichkeit und deren praktizierter Isolation. Informationen können meist nur über Internet-Einstellungen und die Presseberichterstattung bezogen werden, es sei denn, es wurden Interviews mit Kadern und Mitläufern (z.B. Thein, 2009) oder ehemaligen Mitgliedern der rechtsextremen Szene geführt (z.B. Köhler, 2014).

Das Forschungsinteresse für die Beteiligung von Mädchen und Frauen an rechtsextremen Mitgliedschaften und Gewalttaten wurde zwar vereinzelt geweckt (z.B. Röpke & Speit, 2011; Birsl, 2013), muss jedoch im Großen und Ganzen noch als Forschungslücke bezeichnet werden. Mittlerweile sind es nicht nur noch die „Heimchen am Herd“ (Amadeu Antonio Stiftung, 2014, S. 4), welche die männlichen Rechtsextremisten in ihren Einstellungen und Taten unterstützen, sondern es sind Frauen, die sich selbstbewusst und energisch in der Öffentlichkeit zeigen und ihr politisches Potential längst erkannt haben (Röpke & Speit, 2011).

Bisherige Annahmen und Forschungsergebnisse sind das Resultat expliziter Befragungen und Interviews, die zweifelsohne wichtige Methoden sind, um mehr über die individuellen Einstiegsgründe in den Rechtsextremismus und die Radikalisierungsprozesse von Menschen zu erfahren. Implizite Beweggründe für den Anschluss an die rechte Szene, die den Frauen und Männern möglicherweise selbst nicht bewusst sind und daher im Gespräch nicht explizit formuliert werden, bleiben bei direkten Fragetechniken jedoch verborgen und können so der weiterführenden Forschung und Entwicklung von Präventionsmaßnahmen nicht nutzbar gemacht werden.

In dieser Arbeit wird daher eine Interviewstudie vorgestellt, bei der ehemalige Rechtsextremisten im Rahmen der Aussteigerorganisation *EXIT Deutschland* in Berlin mit einer Methode zu ihrem Leben vor der Radikalisierung befragt wurden, die es erlaubt, implizite Schuldzuweisung festzustellen. Die Inhalte der Interviews wurden mit dem *Linguistic Category Model* (LCM) von

Semin und Fiedler (1988) hinsichtlich des Phänomens der *Impliziten Verbkausalität* (IVC) (Brown & Fish, 1983) codiert und anschließend ausgewertet. So sollten implizite, nicht direkt erfragte Verantwortungslokalisierungen bezüglich des konkreten Einstiegs in den Rechtsextremismus erfasst werden.

Im ersten Teil der Arbeit wird der Rechtsextremismus als Gegenstand genauer erläutert, Entwicklungsphasen des Phänomens aufgezeigt und dem Rechtsradikalismus zugrundeliegende Werte dargelegt. Außerdem wird die Beteiligung von Frauen an nationalsozialistischen Handlungen und die besondere Rolle der weiblichen Mitglieder in der heutigen Neonazi-Szene erörtert. Darauf folgen die Erläuterung von Radikalisierungsprozessen in den Extremismus und damit der Versuch, Erklärungen für die Radikalisierung von Menschen in den Rechtsextremismus zu finden. Der zweite Teil der Thesis umfasst die Studie zur Untersuchung der impliziten Einstiegsgründe in den Rechtsradikalismus von ehemaligen Mitgliedern der rechten Szene. Schlussendlich werden die Ergebnisse der Studie diskutiert und Hinweise zur Verbesserung der Untersuchung sowie Überlegungen zu künftiger Forschung auf dem Gebiet aufgeführt.

2 Rechtsextremismus in Deutschland

Rechtsextremismus ist nicht allein ein deutsches Phänomen. Im heutigen Europa können verschiedene Erscheinungen des Rechtsradikalismus beobachtet werden, welche eine Bedrohung für das gesamte europäische Sicherheitssystem darstellen (Mareš, 2013). Extrem rechte Gruppierungen sind immer mehr untereinander verflochten, obgleich sie teilweise territoriale Machtkämpfe miteinander führen. So inspirieren sich Rechtsextremisten aus verschiedenen Staaten gegenseitig und teilen gemeinsame Identitäten, wie z.B. die der „europäischen“, „arischen“ oder „westlichen“ Identität (Mareš, 2013, S. 57). Da die Behandlung des europäischen Rechtsextremismus den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde, liegt hier das Hauptaugenmerk auf dem deutschen Rechtsextremismus. Speziell zur rechtsextremistischen Bewegung in Deutschland ist vorab anzumerken, dass in der Bundesrepublik historisch nicht aufgearbeitete und wenig reflektierte Traditionsbestände zu einer weiteren Manifestation des Rechtsextremismus führen (Salzborn, 2015). Dies ist ein wichtiges Merkmal, in dem sich der deutsche Rechtsextremismus von anderen Rechtsextremismen unterscheidet (Salzborn, 2015).

Im Nachfolgenden wird zunächst ein Überblick über rechtsradikale Entwicklungen in Deutschland gegeben.

2.1 Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus in Deutschland lässt sich nach Karsioğlu (2013) grob in drei Phasen unterteilen. In der ersten Phase, die am Ende der 1970er Jahre anzusiedeln ist, entwickelten sich fremdenfeindliche und rassistische Tendenzen zunehmend zu einem gesellschaftlichen Problem in der Bundesrepublik. Spätestens ab diesem Zeitpunkt kam es wiederholt zu fremdenfeindlich motivierten Übergriffen und Gewalttaten gegenüber Migranten, die jedoch erst zu Beginn der 1980er Jahre in den Fokus der Öffentlichkeit rückten, wahrscheinlich weil diese Taten erstmals Todesopfer zur Folge hatten. So erlag ein 26-jähriger Türke im Jahr 1985 seinen Verletzungen, nachdem er von Skinheads durch Hamburg gejagt und zusammengeschlagen worden war. Im selben Jahr wurde, ebenfalls in Hamburg ein 29 Jahre alter türkischer Mitbürger von drei Skinheads erschlagen. Drei Jahre später wurde ein überwiegend von Migranten bewohntes Heim von einem stadtbekanntem Neonazi niedergebrannt. Eine dreiköpfige türkischstämmige Familie und ein deutscher Bürger kamen dabei ums Leben. Rassistisch motivierte Übergriffe wurden zu dieser Zeit oftmals als „Einzeltaten“ und Ausschreitungen rechtsextremer Jugendlicher als

„Rowdytum“ abgetan, wodurch die Gefahr für Menschen nichtdeutscher Herkunft in den 1980er Jahren unterschätzt und das Problem des Rechtsextremismus laut Karsioğlu (2013) verkannt wurde. Nach der deutschen Wiedervereinigung, in der zweiten Phase des Rechtsextremismus, erhielten rechts orientierte Parteien starken Zulauf und fremdenfeindlich, rassistisch und antisemitisch motivierte Taten stiegen stark an. In den Zeitraum zwischen 1990 und 2000 fielen auch die tagelang andauernden Ausschreitungen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, die eine neue „Qualität“ rechtsextremer Gewalttaten offenbar werden ließen: Tausende Menschen unterstützten das Vorgehen der Neonazis, indem sie Beifall klatschten. Dies bestätigte die Rechtsradikalen in ihrer Gesinnung, sodass in den Jahren 1992 und 1993 weitere acht türkischstämmige Menschen in Mölln und Solingen ihr Leben verloren. Die dritte Phase des Rechtsextremismus begann im Jahr 2000 mit der Mordserie des NSU (Karsioğlu, 2013), welcher seit November 2011 die Öffentlichkeit beschäftigt (Wagner, 2014). Mit ihr hatte sich der Rechtsextremismus noch stärker radikalisiert und eine neue Dimension angenommen: die Dimension des Rechtsterrorismus. Insgesamt wurden in den Jahren zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen von der Terrorgruppe NSU ermordet und 23 bei Bombenanschlägen zum Teil schwer verletzt (Karsioğlu, 2013). Zusammengenommen waren es seit 1990 jedoch 184 Menschen, die Todesopfer rechter Gewalt wurden (Magazin Stern & Amadeu Antonio Stiftung, 2012).

Bis zum Jahr 1993 wurden Gewaltdelikte mit rechtsextremem Hintergrund überwiegend von orientierungslosen, nicht organisierten und sozial randständigen Jugendlichen verübt (Wagner, 1993). Diese Betrachtungsweise eines typischen Täters, der sich in einer sozialen Krise befindet, ideologisch verwirrt ist und sich ganz allein für die Belange der extrem rechten Werte einsetzt, ließ Hintergründe rechtsextremer Gruppierungen wie z.B. denjenigen der Skinheads unbeachtet. Seit Mitte der 1980er entwickelte sich der Rechtsextremismus in Richtung rechtsextremen Terrorismus', der sich mithin auf eine deutlich breitere soziale Basis stützen konnte. So bekam das militante Vorgehen der Neonazis mehr System, es kamen immer wirksamere Gewaltmittel zum Einsatz (Wagner, 1993) und die Ausprägung rechtsradikaler Bewegung zeigte sich in unterschiedlichen Facetten wie z.B. territorialen Machtkämpfen, Wahlergebnissen in ostdeutschen Bundesländern und Aufständen gegen den Zuzug von Asylbewerbern (Wagner, 2014). Die Voraussetzungen für diese „Vielseitigkeit“ des Rechtsextremismus' wurden schon in der Spät-DDR mit ihrem Diktaturcharakter und ihren gesellschaftlichen Kontexten und Milieus geschaffen (Wagner, 2014). Wagner, van Dick und Zick (2000) konstatieren neben systematischen alltäglichen Diskriminierungen Unterschiede zwischen demografischen Gruppen. So finden sich vermehrt Vorurteile bei Personen mit niedrigem Bildungsstand und eine stärkere Ablehnung von Fremden im Osten Deutschlands.

Der Politikwissenschaftler Richard Stöss (2010) unterscheidet mit den „Dimensionen des Rechtsextremismus“ (S. 21) grundlegend zwischen rechtsextremen Einstellungen und rechtsextremen Verhaltensweisen. So seien Einstellungen in der Regel dem Verhalten vorgelagert, womit rechtsradikalem Verhalten rechtsextreme Einstellungen zugrunde gelegt werden kann. Zudem postuliert Stöss (2010) eine Wechselbeziehung zwischen diesen beiden Größen. Demnach können, wenn eine rechtsextreme Grundeinstellung vorhanden ist, rechtsextreme Handlungen die Einstellungen bis hin zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild weiter radikalieren. Dies ist bei der im nächsten Unterkapitel dargestellten Herausarbeitung des rechtsextremen Weltbildes insofern von Relevanz, als diese Einstellungen nahezu jedem rechtsextremen Verhalten vorgelagert sind, wie beispielsweise dem der aktiven Mitgliedschaft, dem Wahlverhalten, dem Protest oder der Ausübung von Gewalt (Stöss, 2010).

2.2 Feindbilder und ideologische Werte von Rechtsextremisten

Heute ist auch bei einer Vielzahl von Menschen, die nicht extreme Rechtsradikale sind, die Verwendung rechtsradikaler Sprache und die offene Austragung völkischer Vorstellungen zu beobachten, obwohl solche Menschen die Demokratie von der Idee her nicht ablehnen (Wagner, 2014). So kursieren z.B. bei Personen, die sich selbst zur politischen Mitte zählen, Begriffe wie „Ethnopluralismus“ (S. 52) oder „universalistischer Rassismus“ (S. 52). Damit wird eine Position vertreten, die der Völkervermischung ablehnend gegenübersteht, indem sie auf der Beibehaltung kultureller Traditionen unterschiedlicher Ethnien in dem ihnen angestammten Territorium im Sinne des Erhalts nationaler und völkischer Identität besteht (Möller & Schuhmacher, 2007). Wird die Gleichheit der Menschen als universalistisches Prinzip betont, deklarieren solche Personen dies als „universalistische[n]Rassismus“ (S. 52). Aus völkischen und rechtsradikalen ideologisch-geschichtlichen Erzählungen und Äußerungen wie z.B. dem positiven Bezug auf das „Dritte Reich“, Ausländerfeindlichkeit oder „Vernichtungsphantasien des „Unwertigen“ nach Selektion“ (S. 568) speisen sich vermehrt Feindbilder, welche im täglichen Leben präsent sind, in Handlungen umgesetzt und von Personen und Gruppierungen rasant weiterentwickelt werden (Wagner, 2014). Besonders in den neuen Bundesländern wird laut Wagner (1993) der Übergang von rechtsextremer Militanz zum Terrorismus sichtbar: Kleine ideologisch, kulturell und organisatorisch vernetzte Gruppen funktionieren über die Ritualisierung von Gewalt und über die Identifikation der Gruppe mit Feindbildern. Diese Feindbilder basieren zum einen auf den bekannten geistigen Ansammlungen des Rechtsextremismus‘ und entstammen zum anderen den täglichen Erfahrungen, die bei der Bewältigung sozialer, politischer und geistig-kultureller Konflikte gemacht werden. Das so entstandene Feindbild liefert Erklärungsmuster für die alltäglich gelebte Realität und entwickelt Triebkräfte in Richtung Gewalt. Grundlage der Handlungsorientierungen ist die Vorstellung, von feindlichen Gruppen und Personen bedroht zu werden. Dabei wird das, was nicht ins feindliche Bild passt, ausgeblendet oder verdrängt, um das Vorurteilsgefüge nicht relativieren zu müssen. Auch an Stereotypen wird in Bezug auf Migranten nicht gespart. So sehen extrem Rechte ihren Wohnraum und die „sowieso schon schlechten“ (Wagner, 1993, S. 160) Lebensbedingungen durch Ausländer bedroht und hegen einen Hass gegen jegliche Form von „Nichtdeutschsein“ (S. 160): „Die Afrikaner schleppen AIDS ein und begripschen unsere deutschen Frauen“ (S. 160); „Die Türken und die Neger kommen hierher und machen Randalen; ihre Aggressivität fordert nicht selten sogar Todesopfer unter den Bürgern“ (S. 160); „Die Zigeuner haben schon immer geklaut und nicht gearbeitet, jetzt kommen sie nach Deutschland, klauen wie die Raben und schießen in unsere deutschen Anlagen“ (S. 160); „Und für das alles wird ihnen von der Regierung noch Zucker in den Hintern geblasen [...] S. 160). Aussagen wie „Da man keinen direkten Einfluss auf diese Regierung ausüben kann, muss man sich eben direkt zur Wehr setzen. Jedem Ausländer muss klargemacht werden, dass er von hier so schnell wie möglich zu verschwinden hat“ (Wagner, 1993, S. 161) machen eine Legitimation von Gewalt und den Glauben der Neonazis daran deutlich, dass Gewalt wirklich etwas bewegen kann. Wird aus den aktuellen Geschehnissen die Gefährdung der deutschen Kultur, der Existenz der Familie und des Eigentums abgeleitet, ist es bis zur Umsetzung der vorhandenen Aggression in Gewalthandlungen nicht mehr weit (Wagner, 1993). Jegliche rechtsextreme Vereinigungen gruppieren sich um ein zentrales Grundkonzept, das die folgenden zwei Elemente einschließt: die Ideologie der natürlichen Ungleichheit der Menschen sowie die Gewaltakzeptanz und Gewaltanwendung (Heitmeyer, 1993). Ersteres beinhaltet in seiner Projektion auf äußere Merkmale unter anderem die Betonung des Rechts des Stärkeren, nationale Überhöhungen und rassistische Sichtweisen (Heitmeyer, 1993). Zudem erfolgt eine Projektion auf innere Merkmale, die biologistische und naturalistische Unterschiede zwischen sozialen Gruppen und den Geschlechtern postuliert, worüber soziale Statuszuweisungen und Geschlechterrollen festgelegt und Bilder von Weiblichkeit und Männlichkeit geformt werden (Birsl, 2013). Gewalt wird als adäquates Mittel für den alltäglichen Kampf ums Dasein betrachtet und um ihrer selbst willen

aufgrund der menschlichen Natur und entsprechender Aggressions- und Territorialtriebe akzeptiert (Heitmeyer, 1993).

Nach Kruglanski und Orehek (2011) bilden Ideologien Glaubenssysteme, in denen ein bestimmtes Ideal in den Fokus gerät, welches mit dem aktuellen Status verglichen wird. Herrscht eine Diskrepanz zwischen dem Ist- und dem Soll-Zustand, ist das Individuum motiviert, diese zu verringern. Charakteristisch für terroristische Ideologien im Besonderen ist die Motivation, einen Sündenbock zu finden, der verantwortlich ist für diese unerwünschte Diskrepanz. Neben der Identifizierung eines Schuldigen ist es für terroristische Ideologien bezeichnend, dass Gewalthandlungen an der beschuldigten Person als adäquate Lösung angesehen werden. Zu terroristischen Handlungen kommt es laut Kruglanski und Orehek (2011) dann, wenn die Ideologie eine Begründung für den Angriff von Zivilisten liefert. In der rechtsextremistischen Ideologie bilden die rechtsradikalen Werte das Legitimationsgerüst für die Gewalt (Heitmeyer, 1993). Gewalt dient demnach dazu, den Widerstand der Feinde zu brechen, sie zu vertreiben oder unschädlich zu machen und mögliche, bereits eroberte Positionen zu erhalten (Wagner, 1993). Konkret richtet sich fremdenfeindliche Gewalt gegen alles Andersartige, das heißt gegen Personen, die dem Bild des „guten Deutschen“ nicht entsprechen (Frisch, 1993). Darunter fallen auch Gewalttaten gegen behinderte Menschen, da die Meinung vorherrscht, der „gute Deutsche“ habe keinerlei körperliche Gebrechen, die ihn hilfsbedürftig sein oder nach außen hin entstellt wirken lassen. Eine solche Person hat, auch wenn sie deutsch ist, in der rechtsextremen Weltanschauung keine Daseinsberechtigung. Ähnlich verhält es sich mit Gewalthandlungen gegen Migranten und Homosexuelle (Frisch, 1993).

Wagner (2014) konstatiert, dass der Rechtsradikalismus als „Weltanschauungsbewegung“ (S. 70) durchaus eine innere Logik aufweist, die sich auf ein Prämissengerüst stützt. Diese basale Kernstruktur, die von ihren Anhängern als wahr befunden wird, ist unter anderem umgeben von politischen, religiösen, wissenschaftlichen und ökonomischen Theorien, Bildern, Zeichen und Ritualen. Die ideologischen Strukturen stellen ein Glaubenssystem dar, welches vom Einzelnen und von der Gruppe rezipiert wird und motivierend und handlungsauslösend wirkt. Die rechtsextreme Ideologie ist missionarischer Natur und grundlegend darauf angelegt, Aggressivität zu erzeugen (Wagner, 2014). Sie gliedert die Realität in eine wahre und in eine falsche, unterteilt die Welt und die Geschehnisse in gut und schlecht und sorgt dafür, dass sich Personen und Gruppen der vorgegebenen Ideologie konform verhalten (Wagner, 2013). Jegliche Art von Kritik oder Abweichung gefährdet die psychologische Funktionsweise und Balance des rechtsextremen Systems. Angriffen von außen gegenüber ist dieses System relativ stark, da solcherlei Interventionen jeder Zeit erwartet werden und der Bewegung sogar Aufschwung erteilen, indem zuweilen sehr erfolgreiche aggressive Impulse freigesetzt werden (Wagner, 2013). Anders sieht es jedoch mit dem „inneren“ Bruch aus. Dieser wird als Kraftverlust und Ohnmacht empfunden und erzeugt oft blinde Wut den „Abweichlern“ oder „Verrätern“ gegenüber, was einen Ausstieg aus der rechten Szene oftmals zu einem gefährlichen Unterfangen werden lässt (Wagner, 2013).

Im nächsten Abschnitt wird die weibliche Beteiligung im Neonazismus diskutiert.

2.3 Frauen in der rechtsextremen Szene

Als sich der NSU im November 2011 selbst enttarnte, war das Entsetzen groß – über das Ausmaß der Terrorakte, die Verkennung der Morde als rechtsterroristische Akte und die Tatsache, dass mit Beate Zschäpe eine Frau im Zentrum einer rechten Terrorvereinigung stand (BirsI, 2013). Erst nachdem sich ihre beiden Kumpanen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos Anfang November selbst erschossen, Beate Zschäpe ihre gemeinsame Wohnung gesprengt und sich nach 13 Jahren im

Untergrund der Polizei gestellt hatte (Melzer, 2012), geriet sie in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden und der medialen Aufmerksamkeit. Letzteres jedoch zunächst als „die Freundin von“ einem der männlichen Gruppenmitglieder, als eine politisch uninteressierte und nicht in Planung und Umsetzung der Verbrechen involvierte weibliche Beteiligte (Amadeu Antonio Stiftung, 2014). Beate Zschäpe ist ein Beispiel dafür, wie durch Nichtbeachten des politischen Engagements, der Gewaltbereitschaft und der ideologischen Überzeugungen einer Frau Gewalttaten übersehen und nicht zugeordnet werden (Amadeu Antonio Stiftung, 2014). Eine wichtige Voraussetzung, welche ein solches „Durchs-Raster-Fallen“ möglich macht, ist die Beeinflussung der Wahrnehmung von Frauen durch Stereotype (Radvan & Voigtländer, 2014). So werden Frauen, den verbreiteten Stereotypen entsprechend, häufig als unpolitisch, friedliebend und passiv wahrgenommen, was im Kontext des Rechtsextremismus zu einer „doppelten Unsichtbarkeit“ (Radvan & Voigtländer, 2014, S. 10) führt: Wird bereits in Bezug auf die „normale“ Frau davon ausgegangen, sie sei harmonieorientiert und politisch nicht interessiert, geraten weibliche Personen mit zusätzlich rechtsextremen, rassistischen und menschenfeindlichen Meinungen erst recht aus dem Blickfeld (Radvan & Voigtländer, 2014). Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass der schwachen, friedfertigen und zu beschützenden Frau keine Gewalttaten zugetraut werden und rechtsextremistische Gewalt nach wie vor ein „männliches Phänomen“ darstellt (Radvan & Voigtländer, 2014). Im Zuge der Literatur und Forschung zu rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten überrascht es daher nicht, dass überwiegend von gewaltausübenden männlichen Mitgliedern die Rede ist. Nach der Eingebundenheit von Mädchen und Frauen in das rechtsextreme Umfeld wurde erst gefragt, nachdem ein Anstieg rechtsextremer Gewalttaten und ein verstärkter Zulauf für rechtsextreme Parteien Anfang der 90er Jahre verzeichnet werden konnte (Köttig, 2001). Konkrete Aussagen darüber, wie groß der prozentuale Anteil der rechten Frauen und Mädchen ist, die sich in Gewalthandlungen engagieren, können bis jetzt lediglich aus einer einzigen Studie (Röpke & Speit, 2011) abgeleitet werden, die eine 10-prozentige Beteiligung von Frauen an Straf- und Gewalttaten aufdeckte. Immerhin wird davor gewarnt, rechtsextreme Frauen nicht ernst zu nehmen, und zu erhöhter und besonderer Aufmerksamkeit hinsichtlich des Einflusses von Frauen in rechtsextremen Organisationen aufgerufen (Amadeu Antonio Stiftung, 2014). So steigen das Forschungsinteresse und die Forschungsergebnisse für die Beteiligung rechtsextremer Mitgliedschaften und Gewalttaten von Mädchen und Frauen mittlerweile zumindest teilweise in den letzten Jahren an (z.B. Röpke & Speit, 2011; Birsl, 2013). Es fällt auf, dass junge Mädchen und Frauen bereits seit längerer Zeit auch ohne Begleitung auf Parteiveranstaltungen erscheinen und direkten Einfluss auf Themenwahl und Image dieser Veranstaltungen nehmen (Röpke & Speit, 2011). Aus ihrer nationalistischen Ideologie heraus, aber auch, um Frauen und Mädchen in der Bewegung eine Anlaufstelle bieten zu können, gründeten Frauen im Rahmen der NPD den „Ring nationaler Frauen (RNF)“ (Röpke & Speit, 2011, S. 9). Rechte Frauen unterstützen ihren Freund oder Ehemann, entlasten ihn, wo sie können, damit dieser der politischen Arbeit nachgehen kann. Zudem erziehen sie die Kinder im traditionellen, nationalsozialistisch geprägten Rollenverständnis und sind die „treue Stütze der Kameraden“ (Röpke & Speit, 2011, S. 9). Einerseits präsentieren sie sich in der Öffentlichkeit energisch und selbstbewusst (Röpke & Speit, 2011), andererseits werden sie als diejenigen Mitglieder der Szene beschrieben, die selten mit Springerstiefeln und Bomberjacken auftreten, sondern das Image des „Heimchens am Herd“ (Amadeu Antonio Stiftung, 2014, S. 4) pflegen. So scheint es zunächst, als stünden weiblichen Anhängern der rechten Szene heute beide Optionen offen (Röpke & Speit, 2011). Das gestiegene Engagement von Frauen führt jedoch innerhalb der Szene nicht selten zu Spannungen, da diese auch heute noch als männerdominiertes Milieu gilt. Die männlichen Kader sind sich zwar der Wirkung ihrer Mitstreiterinnen im politisch-öffentlichen Raum bewusst – erreichen doch weibliche Kandidatinnen bei Kommunalwahlen oft schon bessere Wahlergebnisse als die Männer –, intern wird jedoch ein biologistisches Frauenbild gehegt: Das Geschlecht entscheidet über Rolle und Position innerhalb der Szene. Obwohl intern eine solche Frauenfeindlichkeit existiert,

unterstützen engagierte Neonazistinnen größtenteils diese Politik, indem sie die ihnen zugeteilte Rolle mittragen, keine eigenen Forderungen aufstellen und politische Feindbilder wie Feminismus, Emanzipation und Gender Mainstreaming verinnerlichen. Während die Ausübung von Gewalt noch immer eher Männersache zu sein scheint, versuchen die Frauen in pädagogischen Organisationen und mit vermeintlich sozialen Themen wie Bildung und Familie bewusst Mitglieder der pädagogischen Vereinigung für das rechte Gedankengut zu gewinnen. Dies macht deutlich, dass Frauen trotz oder gerade wegen ihrer unterstützenden Eigenschaften eine wichtige Rolle für die rechtsextreme Bewegung spielen, genau wie es im „Dritten Reich“ der Fall war. So waren es Schätzungen von Historikern zufolge 6 bis 9 Millionen Frauen, die Hitlers Politik unterstützten und dadurch die nationalsozialistische Herrschaft funktionieren ließen (Röpke & Speit, 2011).

Die Funktionen und Aufgaben der heutigen Rechtsextremistinnen in Freien Kameradschaften oder subkulturellen Verbindungen sind vielschichtig. Sie wirken durch ihr gut bürgerliches Erscheinungsbild und Auftreten nach außen, schaffen Akzeptanz, tragen zur Stabilität der Gruppe bei, werden selbst gewalttätig oder unterstützen Gewaltakte ihrer männlichen Mitstreiter. Birsl (2013) stellte in ihrem Beitrag zur Herbsttagung des Bundeskriminalamtes im Jahr 2012 drei besonders relevante Wirkungsfelder von Frauen in der rechtsextremen Szene vor. Demnach tragen Frauen zum einen die extrem rechte Ideologie, indem sie diese modernisieren und sich für das völkische Denken stark machen. Zum anderen setzen sie sich aktiv dafür ein, extrem rechtes Denken kulturell vorherrschend werden zu lassen. Dafür organisieren sie Sommerfeste in Schulen, sitzen im Beirat von Schulen und Kindergärten und sind die nette Nachbarin und engagierte Mutter von nebenan. Als drittes Wirkungsfeld nennt Birsl die Entwicklung, dass sich Frauen oder Mädchen mit extrem rechten Einstellungen nicht selten Berufe suchen, mit denen sie auf lange Sicht diejenigen „Kameradinnen“ und „Kameraden“ unterstützen können, die in Schwierigkeiten geraten sind. So lassen sie sich zur Sozialarbeiterin, Therapeutin oder Anwältin ausbilden und haben es demnach auf Professionen abgesehen, mit denen sie zudem Anerkennung in der Gesellschaft finden oder Nachwuchs rekrutieren können (Birsl, 2013). Die Integrationskraft von Frauen nach innen – in die Szene – ist für die „moderne“ rechtsextreme Bewegung ebenso wichtig wie die Möglichkeit, durch sie nach außen zu wirken und gesellschaftsfähiger zu werden (Birsl, 2013).

3 Radikalisierung

Radikalisierung wird als „Veränderungsprozess“ definiert, als „persönliche und politische Transformation von dem einen Zustand in den anderen“ (Christmann, 2012, S. 10). Stark radikalisierte Personen hegen einen extremen Willen, sich für ein höheres Ziel zu verpflichten, wobei sie in Kauf nehmen, dass andere Ziele und Anliegen in den Hintergrund rücken (Kruglanski & Webber, 2014). Es ist anzunehmen, dass dem Eintritt in die extreme Rechte und der Ausführung rechtsextremer Taten ein solcher Prozess der Radikalisierung zugrunde liegt. Dabei muss jedoch ein starkes Maß an Radikalisierung nicht gleichzeitig ein hohes Maß an gewalttätigem Verhalten und Brutalität bedeuten (Köhler, 2014). Es gibt einerseits Rechtsradikale, die sich besonders ideologiegerichtet und gewaltarm zeigen, und andererseits extrem rechte Personen und Zusammenschlüsse, die ausgesprochen gewaltaktiv, aber ideologiearm agieren (Wagner, 2014). Eine Kombination beider Dimensionen, also Personen, die sowohl gewaltsam als auch ideologiegeleitet handeln, gelten als prädestiniert für terroristische Akte. Auch in einer radikalen Szene existieren mehrere Flügel, deren Mitglieder gemäßigte bis militante Einstellungen haben (Erb, 2014). Spätestens, wenn sich der militante Korpus vom gemäßigten isoliert und eine „geheime Elite“ (Erb, 2014, S. 20) bildet oder zu einer Untergrundorganisation wird, wie beispielsweise der zuvor erwähnte NSU, wird es gefährlich. Der Austausch zwischen den Flügeln

wird geringer und die Isolation der Gruppe bewirkt eine wechselseitige Abhängigkeit, die im weiteren Verlauf der Radikalisierung eine immer weitere Verringerung der Kontakte nach außen zur Folge hat – bis sich der Einflusskreis der gemäßigten Mitglieder und Skeptiker letzten Endes auf die Militanten reduziert hat (Erb, 2014).

3.1 Psychologische Prozesse der Radikalisierung

Mit der Radikalisierung geht eine Veränderung in der Person einher, welche unabdingbar die Suche nach Identität mit sich bringt (Christmann, 2012). Diese kann, verstärkt durch externe Aspekte, wie z.B. erlebte Diskriminierung, letztendlich zu einer gewaltbereiten Radikalisierung führen, wenn sich das Individuum mit ähnlich denkenden Menschen sozialisiert. Das Resultat eines systematischen Reviews über die Radikalisierungsforschung bis zum Jahr 2012 (Christmann) ist, dass die Beteiligung an gewalttätiger Radikalisierung ein Gruppenphänomen darstellt, in dessen Rahmen soziale Beziehungen und Netzwerke eine entscheidende Rolle spielen. Mechanismen wie Gruppensozialisation, Gruppenpolarisation und -isolierung sowie sozialer Druck von Gleichaltrigen kann zu Indoktrination und Loslösung moralischer Überzeugungen führen, diese verstärken und möglicherweise einen Einstieg in den Extremismus bedeuten. So ist z.B. die Radikalisierung in erheblichem Maße davon abhängig, ob die eigenen Freunde oder eine favorisierte Gruppe radikale Gedanken und Ideen unterstützt und in welchem Maße diese als nachahmenswert betrachtet werden (Christmann, 2012). Die Identifikation des Einzelnen mit relevanten sozialen Gruppen, Gemeinschaften oder Bewegungen wird in der Rechtsextremismusforschung immer wieder betont (z.B. Frindte & Geschke, 2014). In diesem Zusammenhang spielen auch Stereotype eine Rolle, z.B. wenn es, wie im rechtsextremistischen Kontext, um die Abwertung einer Fremdgruppe im Rahmen der Ideologie geht. Dieser Effekt der sogenannten Fremdgruppenhomogenität (Judd, Ryan & Park, 1991) basiert auf dem größeren Erfahrungsreichtum, den Mitglieder der eigenen Gruppe im Vergleich zur Fremdgruppe miteinander teilen. Seltener Kontakt zu Mitgliedern einer Fremdgruppe kann demnach den Fremdgruppenhomogenitätseffekt vergrößern (Walther, 2014). Für Mitglieder der rechtsextremen Szene ist es nicht von Bedeutung, ob ein in den Fokus das Hasses geratenes Mitglied der Fremdgruppe überhaupt Kontakt zur übergeordneten Gruppe der „Feinde“ hat (Wagner, 1993). Solch fanatische, ideologische Überzeugungen führten dazu, dass ein türkischer Gemüsehändler und seine Familie, die seit 30 Jahren in Deutschland lebten und keinen Deutschen je konkret in dessen Existenz bedrohten, Opfer rechtsterroristischer Gewalt wurden (Wagner, 1993).

Vor dem Jahr 1993 wurden rechtsextrem motivierte Gewaltstraftaten selten als terroristisch bezeichnet (Wagner, 1993). Mittlerweile stützt sich der Rechtsradikalismus jedoch auf eine noch breitere soziale Basis als damals und die Verwendung des Begriffes des „rechtsextremen Terrorismus“ hat Eingang in die Forschung gefunden (Wagner, 1993, S. 157). Kruglanski & Orehek (2011) bieten mit der Quest for Significance Theory die auch als „Model of Radicalization“ (Dugas & Kruglanski, 2014, S. 424) bezeichnet wird, eine Erklärung dafür, warum sich Menschen radikalisieren. Das Modell erklärt die psychologischen Mechanismen für terroristische Gewalt, indem es die universelle menschliche Motivation des Individuums nach Anerkennung und persönlicher Bedeutsamkeit in den Fokus rückt, die Menschen dazu bringt, sich einer sozialen Gruppe anzuschließen und für die Belange und Ziele dieser Gruppe zu kämpfen, wenn nötig mit Gewalt. Ein wichtiger Baustein der Quest for Significance Theory ist, dass die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit und persönlicher Unbedeutsamkeit auf relativer Deprivation basiert, die jeder für sich anders wahrnimmt. So fühlt sich die entsprechende Person z.B. ungerecht behandelt oder hat weniger als sie denkt, verdient zu haben. Die relative Deprivation kann aber auch in Form von Armut, schlechter Bildung oder politischer Unterdrückung auftreten, also für den Einzelnen

persönlichen Misserfolg oder erheblichen persönlichen Verlust (Significant Loss) bedeuten. Eine solche wahrgenommene Diskrepanz bedroht das eigene Gefühl persönlicher Bedeutsamkeit und weckt das Bedürfnis, die Bedeutsamkeit wiederherzustellen. Diese kann wiedergewonnen werden, indem sich das Individuum einer sozialen Gruppe anschließt, deren Ideologie unterstützt und durch Handlungen im Sinne gruppeninterner Ziele verteidigt. Radikalisierung kann nur dann als solche bezeichnet werden, wenn neben dem Erwecken des Bedürfnisses nach Bedeutsamkeit auch gewalttätiger Extremismus als ein effektives Mittel erachtet wird, diese Bedeutsamkeit erreichen zu können. Das Bedeutsamkeitsbedürfnis muss dabei so stark sein, dass die Person alternative Ziele ausblendet und sich alle Aufmerksamkeit auf das Motiv, persönliche Signifikanz zu erlangen, konzentriert. Die Verwirklichung von Taten, die der übergeordneten Ideologie dienen, kann in der Folge zu persönlichem Gewinn (Significant Gain) führen (Dugas & Kruglanski, 2014). Kruglanski und Webber (2014) konstatieren jedoch auch, dass manche Personen allein aus der Motivation heraus zu Terroristen werden, Significant Gain zu erleben, indem sie z.B. den Helden- oder Märtyrerstatus anstreben. Die Autoren stellen hier eine Verbindung zu Personen her, die der deutschen rechtsradikalen Szene angehören, indem sie auf eine Interviewstudie von Köhler (2014) verweisen. Die in dieser Studie veröffentlichten, anonymisierten Aussagen ehemaliger führender Neonazi-Persönlichkeiten verdeutlichen, dass es nicht in erster Linie persönliche Verluste waren, die sie zur Rechtsradikalität motivierten, sondern der Wunsch, sich mitzuteilen, Meinungen zu diskutieren und für eine Sache zu existieren.

Significant Loss führt laut Kruglanski und Webber (2014) zu einem „collectivistic shift“ (S. 385), also zur Hinwendung einer Vereinigung, die ihrerseits extremes Verhalten initiiert. So sind Menschen, die in ihrem Leben Misserfolge oder Verluste erlebt haben und sich durch den Wunsch nach Bedeutsamkeit und der impliziten Sehnsucht nach Wiederherstellung eines Lebenssinnes einer sozialen Gruppe anschließen, eher bereit, Gewalt im Sinne des übergeordneten Gruppenziels gegen Fremdgruppen einzusetzen. Dieser Sachverhalt wird in der Quest for Significance Theory auf terroristische Gewalt gegen Zivilisten bezogen und als Indiz dafür gewertet, dass eine kollektivistische Orientierung terroristische Aktivitäten fördert (Kruglanski & Orehek, 2011).

Diese Befunde sind konform mit Ergebnissen sozialpsychologischer Studien zu Gruppengewalt, die herausfanden, dass eine Gruppenmitgliedschaft das Verhalten Einzelner in verschiedenen Verhaltensdimensionen beeinflussen kann (Pyncheon & Borum, 1999). So ist es z.B. die Anerkennung der Gruppe, die eine Person über sich hinauswachsen und Gewalt anwenden lässt (Wagner, 1993). Die Gewalttäter sind dabei der Überzeugung, dass zur Bekämpfung des Staates und der Feinde „einfache“ Gewalt und selbst Militanz nicht mehr zielführend sind, sodass noch härtere Geschütze aufgefahren werden müssen. Diese Entscheidung ist logische Schlussfolgerung aus der Fanatisierungssituation der Gruppe und des Einzelnen und wird nicht lange diskutiert oder erörtert. Letzteres kann hingegen für die konkrete Ausführung des terroristischen Aktes und die Tatverschleierung sehr wohl angezeigt sein. Die Konfrontation mit dem „Feind“ aktiviert reflexhaft die beständig existierende Gewaltbereitschaft in der Gruppe und beim einzelnen Mitglied. Ist die Anwendung von Gewalt in den Augen Radikaler erfolgreich, bedeutet dies für sie eine Verstärkung der Illusion, in naher Zukunft die Machtübernahme des Staates mit weiterer Gewalt bewerkstelligen zu können. Solch radikalisierte Personen leben für das Soldatendasein und kämpfen für das eigene Volk und seine Rasse. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht (Wagner, 1993), was im Falle von Terroristen auch bedeuten kann, dass sie ihr eigenes Leben zugunsten des Kampfes für das übergeordnete Ziel der Gruppe oder der Vereinigung aufgeben und den Märtyrertod „für die Sache“ sterben (Kruglanski & Webber, 2014). Die geschilderten Befunde machen deutlich, dass Gewalt im rechtsradikalen Kontext nicht der zentrale Faktor von Radikalität ist, sondern im Grunde eine Funktion der Ideologie darstellt (Wagner, 2014).

Im nächsten Abschnitt werden theoretische Ansätze speziell für die Hinwendung zum Rechtsextremismus erläutert.

3.2 Erklärungsansätze für die Radikalisierung in den Rechtsextremismus

Eine monokausale Erklärung, warum Menschen rechtsextrem werden, gibt es nicht. Stattdessen existieren verschiedene Erklärungsansätze, die in der Literatur diskutiert werden. Theorien, die *ökonomische Rahmenbedingungen* und *Deprivation* in den Fokus rücken, postulieren einen Zusammenhang zwischen benachteiligten sozialen Lagen und dem Rechtsextremismus (Becker, 2007). Hintergrund ausländerfeindlicher Einstellungen bilden hier die Interessenkonflikte über die Verteilung von knappen Gütern, wobei eine Unterprivilegierung in Bezug auf Bildung, Beruf oder Herkunft den Kontext rechtsextremer Einstellungen strukturiert. Besonders der Zusammenhang zwischen Bildung und Ausländerfeindlichkeit wurde mehrfach nachgewiesen (z.B. Rabold, Baier & Pfeiffer, 2009; Rippl & Baier, 2005; Fetzner, 2000). Personen in niedrigen Statuspositionen neigen demnach stärker zu Ausländerfeindlichkeit als Personen in bevorteilten Positionen. Es gibt allerdings auch Hinweise darauf, dass dieses Einstellungsmuster nicht nur in den unteren Schichten, sondern vermehrt auch bei Personen aus dem Mittelstand zu finden ist (z.B. Hopf, 1994). Gerade die etwas besser gestellten Personen aus dem Mittelstand entwickeln in zunehmendem Maße ausländerfeindliche Ansichten, da sie die relative Distanz zu den meist statusniedrigeren eingewanderten Ausländern wahren wollen (Becker, 2007). Relative Deprivation im Zusammenhang mit der Hinwendung zum Rechtsextremismus meint die subjektiv empfundene, gesellschaftliche Benachteiligung und das Gefühl, seinen gerechten Anteil nicht zu bekommen bzw. weniger zu bekommen als eine relevante Bezugsgruppe. Eine solche Vergleichsgruppe stellen z.B. Migranten in Deutschland dar (Kleinert & de Rijke, 2001). Hier kann ein Zusammenhang zu den Significant Losses des im letzten Kapitel dargestellten Model of Radicalization von Kruglanski & Orehek (2011) festgestellt werden. Persönliche Misserfolge, das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, oder ein allgemeiner Verlust an wahrgenommener Bedeutsamkeit führt der Quest for Significance Theory nach zu dem Bedürfnis, sich einer terroristischen Vereinigung anzuschließen. Der Rechtsextremismus hat seit den 1990er Jahren zunehmend charakteristische Züge einer sozialen Bewegung angenommen und versucht gezielt, vor allem Menschen anzusprechen, die von Deprivationserfahrungen betroffen und mit dem politischen System, seinen Repräsentanten oder der Parteienordnung unzufrieden sind (Salzborn, 2015). Hier spielt besonders die soziale Attraktivität des Rechtsextremismus bei der Rekrutierung Jugendlicher eine wichtige Rolle (Heitmeyer et al., 1992; Rippl & Baier, 2005).

Eine weitere Theorie ist die der *Modernisierung* und *Desintegration*. Der Desintegrationsansatz wurde vor allem von Heitmeyer et al. (1992) geprägt und beschreibt Individualisierungsprozesse im Zuge der Modernisierung, die bewirken, dass die Menschen traditionelle Bindungen und Versorgungsbezüge verlieren und in der Folge vermehrt auf sich allein gestellt sind. Die Überforderung damit, immer komplexere Lebensaufgaben bewältigen zu müssen (Wahl, 2003) oder nicht mehr sicher zu wissen, welche Anforderungen in der Schule, Ausbildung oder im Studium erfüllt werden müssen, um ein bestimmtes berufliches Ziel zu erreichen (Salzborn, 2015), kann sich in ambivalenten Individualisierungs- und sozialen, beruflichen und politischen Desintegrationsprozessen ausdrücken (Wahl, 2003). Folge dieser negativen Erfahrungen können Orientierungslosigkeit, Angst, Macht- und Hilflosigkeit sowie Abschottung sein (Becker, 2007). An die erlebte Handlungsunsicherheit und die Gewissheitssuche knüpfen laut Heitmeyer (1993) rechtsextremistische Konzepte mit ihren Stabilitätsversprechen und Vorurteilen an. So werden Ohnmachtserfahrungen in der rechten Szene in Gewaltakzeptanz und Vereinzelungserfahrungen in die Suche nach Zugehörigkeitsmöglichkeiten umgeformt, welche die rechtsextremistische Bewegung vor allem über Identifikation und Überlegenheitsangebote bietet.

Die Erklärungsansätze *Autoritarismus* und *Sozialisation* rücken das Individuum in den Mittelpunkt. In diesen Ansätzen wird die Rolle intermediärer Institutionen wie z.B. die Schule, Eltern oder Peergroups, Medien etc. für die Erklärung von Rechtsextremismus betont (Salzborn, 2015). Sozialisationsprozesse bewirken die Verinnerlichung von Werten, Normen und Verhaltensmustern und führen zur Bildung einer individualisierten Persönlichkeit und Charakterstruktur. Die Familie des Individuums nimmt hier ebenfalls eine wichtige Rolle ein, indem sie vermittelt, welche Werte und Normen von Bedeutung sind. Die Verbindung zum Rechtsextremismus besteht bei diesen Ansätzen darin, dass im Sozialisationsprozess eines späteren Rechtsextremisten autoritäre Formen des Denkens und Handelns als Charakterstruktur sozialisiert und verinnerlicht werden (Salzborn, 2015). Nach dem Autoritarismus-Ansatz der Rechtsextremismusforschung (Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson & Sanford, 1950) sind Personen mit hoher Autoritarismusneigung bereit, wahrgenommene gesellschaftliche Konventionen unkritisch zu übernehmen, den Anweisungen von Führungspersonen zu folgen und Abweichlern gegenüber aggressiv zu begegnen. Solche Personen identifizieren sich stark mit der eigenen nationalen oder ethnischen Gruppe, während sie Fremdgruppen ablehnen (Decker & Brähler, 2006). Hoch autoritäre Personen tendieren demnach zu rechtsradikalen Einstellungen, weil sie die Wertevorstellungen der eigenen Gruppe durch die Konfrontation mit Fremden bedroht sehen (Cohrs & Ibler, 2009). Neben diesen offiziell diskutierten Ansätzen zur Erklärung von Rechtsradikalität existieren weitere Studien und Forschungen, die den Einstieg in den Rechtsextremismus zu ergründen versuchen. So entspringt die Bereitschaft zur Übernahme einer radikalen Ideologie nach Richardson (2007) aus *Interesse*, aus *vermeintlicher Erkenntnis*, aus *Betroffenheit* oder aus *Labilität und Verlusten*. Letzteres erzeugt Druck, sich zu definieren und zu identifizieren, was wiederum dazu führt, dass sich der Einzelne mit dem Identitätsbedarf anderer Personen oder einer Gruppe assoziiert. Bjørgo (2012) nennt auf einer Fachkonferenz zum Thema „Rechtsextremismus und Arbeitswelt“ die Einstiegsmotive *Ideologie, neue Erfahrungen, Suche nach Anschluss* und *soziale Frustration*. Die Ergebnisse einer von Köhler (2014) durchgeführten Interviewstudie mit ehemaligen Rechtsextremisten bestätigen teils die gängigen Erklärungsansätze, stellen sie teils aber auch in Frage. So kommt Köhler zu dem Schluss, dass die Radikalisierung in den Rechtsextremismus keineswegs ein pathologischer Prozess sei, der Anomalität, Perversion oder Ähnliches bedeute. Die Radikalisierung kann als eine Selbstrealisierung charakterisiert werden, wie sie in jedem anderen Bereich unserer Gesellschaft auch außerhalb des Rechtsextremismus auftritt. Angetrieben von einem starken Verlangen nach Ausdruck, Moral, Idealen, kollektiver Identität und gleichzeitig Individualisierung, sahen die befragten Personen im rechtsradikalen Umfeld die Möglichkeit sich selbst auszudrücken, ihre Meinungen zu teilen und zu diskutieren. Einen weiteren starken treibenden Faktor stellt der Drang nach sozialem Wandel und politischer Organisation dar. Im Hinblick auf die Entscheidung, Mitglied der rechtsextremen Szene zu werden und sich in dieser weiterzuentwickeln, spielen laut Köhler biografische Merkmale nahezu keine Rolle. Dem entgegen stehen die Positionen von Wagner (2014), Köttig (2004), Lützing (2010) und Birs (2013), die sozialisatorischen und familialen Kontexten durchaus einen Einfluss auf die Hinwendung zum Rechtsextremismus beimessen. Laut Wagner (2014) kann Familie „ein Ort von „völkischen“ Vorstellungen, rassistischen und rechtsradikalen Mustern sein, die sich im Alltag allgegenwärtig vermittelt, Kinder und Jugendliche prägen“ (S. 95).

Eine große Menge der Literatur, die sich mit den Gründen für den Einstieg in den Rechtsextremismus beschäftigt, legt das Augenmerk auf individuelle biografische Verläufe, wobei sich kaum jemand auf die Erforschung der Einstiegsgründe speziell von Mädchen und Frauen konzentriert. Eine Ausnahme stellt hier die Studie von Köttig (2004) dar, in der vor allem die familiären Erfahrungszusammenhänge aufgedeckt und lebensgeschichtliche Hintergründe sichtbar gemacht werden, welche zu rechtsextremen Einstellungen und Gewaltakzeptanz bei Mädchen und Frauen führen. Hinsichtlich der Einstiegsgründe werden auch von Lützing (2010)

zerrüttete Familienverhältnisse, Auffälligkeiten im Schul- und Arbeitsbereich, dysfunktionale Bewältigungsstrategien sowie Gewalt und Unterdrückung in der Familie genannt. Birsl (2013) stellt die Vermutung auf, dass Mädchen und junge Frauen vor allem über Cliques, Peergroups oder eine Liebesbeziehung zu den extrem Rechten finden, spezifiziert ihre Annahme in diesem Zusammenhang jedoch nicht weiter. Ottens (1997) bemängelt in ihrer Arbeit über Erklärungsansätze geschlechtsspezifischer Motive bei der Hinwendung von Frauen zum Rechtsradikalismus die dünne Forschungslage hinsichtlich der Ergründung weiblicher Motive, sich rechtsextremen Ideologien zuzuwenden. Sie kommt zu dem Schluss, dass „rechtsextreme Orientierungsmuster geschlechtsspezifische Merkmale aufweisen und diese auf geschlechtsspezifische Ausformungen von Lebensverläufen sowie eingeschränkte Handlungsspielräume zurückzuführen sind“ (Ottens, 1997, S. 207). Hierbei stützt sie sich unter anderem auf den soziologischen Erklärungsansatz weiblicher Hinwendung zum Rechtsextremismus von Birsl (1994), die konstatiert, dass die Zustimmung zur rechtsextremistischen Ideologie vor allem im Zusammenhang mit der Bewältigung von Lebenslagen interpretiert werden muss. Bezüge können hier insbesondere zu den in diesem Kapitel erläuterten Erklärungsansätzen der Deprivation und Desintegration hergestellt werden. Zunehmende Handlungsspielräume für Frauen führten zu neuen Ansprüchen, die ihrerseits in Widerspruch geraten zu objektiv bestehenden geschlechtsspezifischen Ungleichheitsstrukturen. So möchten sich Frauen zunehmend auf Arbeit und Beruf konzentrieren, was eng an den Wunsch einer eigenständigen Lebensführung geknüpft ist. Dieser kann jedoch nur verwirklicht werden durch eine Flexibilisierung von Rollenverpflichtungen. Da eine solche Aufweichung von Rollenzuschreibungen in der Gesellschaft oftmals jedoch nur oberflächlich stattfindet, haben Frauen mit ihrem spezifischen Rollenkonflikt zu kämpfen, Beruf und Familie zu vereinbaren und sich in befriedigendem Ausmaß selbst zu verwirklichen. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung von Birsl (1994) zeigen, dass insbesondere diese strukturelle Unvereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen als Identitätskonflikt eine wichtige Rolle spielt und in eindeutiger Wechselbeziehung mit Fremdenfeindlichkeit steht. Die tägliche Anforderung, Beruf und Familie zu vereinbaren, oder auch die innere Auseinandersetzung zwischen ihrer beruflichen Position und der traditionellen Frauenrolle werden als individuell zu bewältigende Probleme begriffen. Lassen sich diese Probleme und Konflikte nicht lösen, liegt eine Externalisierung, auf eine andere soziale Gruppe nahe. Hier bieten sich laut Birsl (1994) insbesondere gesellschaftlich diskriminierte Minderheiten wie Migranten, Arbeits- oder Obdachlose an.

Die bisher erforschten und oben erläuterten Erklärungsansätze für die Radikalisierung in den Rechtsextremismus skizzieren verschiedene Wege in die rechtsextreme Szene. Die vorliegende Arbeit versucht im Folgenden, einen Teil der grundlegenden Ursachen und Motive für diese Radikalisierung zu ergründen und zu spezifizieren.

3.3 Unbewusste Einstiegsgründe ehemaliger Neonazis: Das Phänomen der Impliziten Verbkausalität und das Linguistic Category Model

Bisherige Forschungsergebnisse zu den Einstiegsgründen in den Rechtsextremismus basieren auf expliziten Befragungen und Interviews. Unbewusste und somit auf den ersten Blick verborgene Beweggründe für den Anschluss an die rechte Szene können mit solchen Methoden jedoch nicht in Erfahrung gebracht werden.

Eine Methode, die geeignet erscheint, unbewusste Einstiegsgründe von Personen in den Rechtsextremismus zu erfassen, stellt das Linguistic Category Model (LCM) von Semin und Fiedler (1988) dar. Das LCM ist eine qualitative, metasemantische Methode, die mit den psychologischen Eigenschaften interpersoneller Sprache arbeitet und die qualitative Forschung komplementiert, indem sie die Möglichkeit einer quantitativen Auswertung bietet (Coenen, Hedebouw & Semin,

2006). Die Idee, ein sprachbasiertes Modell für die vorliegende Arbeit zu verwenden, liegt in der Tatsache begründet, dass Sprache eine wesentliche Rolle dabei spielt, soziale Interaktionen verstehen zu können, über das Gesprochene implizite Attributionen zu transportieren (Semin, 2012) und dadurch Verantwortungslokalisierungen feststellen zu können. Die Beziehung zwischen Sprache und Ursachenzuschreibung kann als eine sich gegenseitig beeinflussende betrachtet werden: Attributionale Biases können reflektiert werden durch Sprache, sie können jedoch ihrerseits auch von linguistischen Eigenschaften und Strategien beeinflusst oder determiniert werden (Semin & Fiedler, 1991). So kann Sprache gleichzeitig als Quelle und Speicher impliziter Attributionen angesehen werden (Schmid & Fiedler, 1996). Diese Erkenntnisse lassen vermuten, dass sich über die Aufzeichnung, die anschließende Transkription und Codierung der Interviews hinsichtlich des Effekts der Impliziten Verbkausalität (IVC), welcher später in diesem Kapitel näher erläutert wird, Rückschlüsse auf die impliziten Gründe für den Einstieg in die Szene ziehen lassen, die möglicherweise nicht explizit geäußert werden.

Das LCM fokussiert die Attribution in der Sprache und kann genutzt werden, um Verben und Adjektive zu klassifizieren, die im interpersonellen Bereich Verwendung finden und Handlungen (z.B. helfen, betrügen), Zustände zwischen Personen (z.B. mögen, hassen) sowie überdauernde Persönlichkeitseigenschaften (z.B. hilfsbereit, aggressiv) repräsentieren (Coenen, Hedeboom & Semin, 2006). Das LCM unterscheidet vier Kategorien interpersoneller Begriffe, die als Prädikate die Beschreibung von Personen und deren Verhalten vornehmen und eine große Menge attributionalen Wissens enthalten. Die Kategorisierung des Modells beinhaltet Descriptive Action Verbs (DAV), Interpretive Action Verbs (IAV), State Verbs (SV) und Adjectives (ADJ) (Semin & Fiedler, 1991).

Die DAV sind die *konkretesten* Begriffe des Modells. Sie werden benutzt, um ein einzelnes, beobachtbares Ereignis zu beschreiben und die wahrnehmungsgeprägten Eigenschaften des Ereignisses auszudrücken (z.B. „A schlägt B“). Die zweite Kategorie, die IAV, beschreiben besondere beobachtbare Ereignisse. Da diese Verben zu einer allgemeinen Klasse von Verhaltensweisen gehören (z.B. „A verletzt B“) und keine wahrnehmungsgeprägten Eigenschaften eines Ereignisses transportieren, bilden sie *abstraktere* Begriffe. Sie beziehen sich auf ein einzelnes, verhaltensbasiertes Ereignis und besitzen eine positive oder negative Wertigkeit. Ihre Bedeutung ist abhängig von der subjektiven Interpretation des Rezipienten. Die IAV sind mit den SV, die im Nachfolgenden beschrieben werden, die für die vorliegende Studie essentiellen Verbkategorien. SV beziehen sich auf psychologische Zustände, während DAV und IAV dies nicht tun. SV beschreiben typischerweise einen nicht beobachtbaren, affektiven oder mentalen subjektiven Zustand und kein spezifisches Ereignis (z.B. „A hasst B“).

Adjektive (z.B. „A ist aggressiv“) bilden die abstrakteste Kategorie. Sie generalisieren über bestimmte Ereignisse und Objekte hinweg und beschreiben nur das Subjekt. Sie sind durch geringe Kontextabhängigkeit und eine starke konzeptuelle Interdependenz charakterisiert (Semin, 2012). Ehrlich zu sein bedeutet beispielsweise, einen Großteil der Zeit und zu den meisten Menschen ehrlich zu sein, was einen gewissen Grad an Globalität und zeitlicher Stabilität impliziert (Schmid & Fiedler, 1996). Für Action Verbs gilt genau das Gegenteil: Die konkretesten Begriffe verweisen auf die kontextuellen Eigenschaften eines Ereignisses (Semin, 2012). Tabelle A1 in Anhang A gibt einen differenzierten Überblick über die einzelnen Kategorien, präsentiert Beispiele, zeigt charakteristische Merkmale der jeweiligen Begriffe auf und liefert Klassifikationskriterien.

Die häufigste Anwendung fand das LCM im Bereich der Attributionsforschung (Semin & Fiedler, 1991). Ausschlaggebend hierfür waren die Forschungen von Brown und Fish (1983), Semin und Fiedler (1988) und Maass et al. (1989), welche offenbarten, dass linguistische Kategorien in erheblichem Maße korreliert sind mit unterschiedlichen Attributionsmustern. Dies ist nicht

verwunderlich angesichts der Tatsache, dass die semantischen Eigenschaften der Wortkategorien stark an Kelleys (1967) Attributionskriterien des Konsensus (verhalten sich alle Personen so, wie die Zielperson?), der Distinktheit (verhält sich die Person immer so oder nur in dieser spezifischen Situation?) und der Konsistenz (verhält sich die Zielperson zu allen Zeitpunkten gegenüber einer anderen Person in dieser Art und Weise?) erinnern. Auch die grundlegenden Dimensionen des Ortes (ist die Ursache im Handelnden (intern) oder in der Situation (extern) zu finden?), der Stabilität (ist die Ursache stabil oder variabel?) und der Kontrollierbarkeit (ist die Ursache für den Handelnden kontrollierbar oder nicht?) der von Weiner im Jahr 1985 aufgestellten Attributionstheorie sind stark korreliert mit dem Gebrauch unterschiedlicher linguistischer Kategorien und deren semantischen Eigenschaften (Semin & Fiedler, 1991). So steht z.B. der Informationsgehalt von Subjekt und Objekt eines Satzes in korrelativer Verbindung mit den Attributionsdimensionen der Stabilität und der Kontrollierbarkeit (Semin & Fiedler, 1991). Während die Endpunkte der Abstraktheitsdimension (DAV und ADJ) sehr stark korreliert sind mit globalen Attributionen, zeitlicher Stabilität von Verhalten und dispositionalen, der Person inhärenten Merkmalen oder Motiven, unterscheiden sich die mittleren Wortkategorien (IAV und SV) grundlegend in Bezug auf die Verortung der Kausalität (Schmid & Fiedler, 1996). In der Vergangenheit wurde gezeigt (z.B. Semin & Fiedler, 1991), dass die Dimension der Kausalität unabhängig ist von der Abstraktheitsdimension.

Die Semantik der meisten IAV beinhaltet die kausale Inferenz, dass Verhalten im *Satzsubjekt* zu verorten ist (z.B. „Peter verletzt Daniel“, implizierend, dass etwas von Peter verursacht wurde) (Schmid & Fiedler, 1996). Ein Großteil der SV hingegen verortet den kausalen Ursprung im *Satzobjekt* („Peter bewundert Daniel“, Ursache des Verhaltens wird Daniel zugeschrieben) (Schmid & Fiedler, 1996). Diese Beziehung zwischen linguistischen Kategorien und der Zuschreibung von Ursachen wird am besten veranschaulicht durch das Phänomen der Impliziten Verbkausalität (Implicit Verb Causality = IVC) (Brown & Fish, 1983; Fiedler & Semin, 1988), welches in Bezug auf verschiedene Sprachen vielfach in Studien untersucht und bestätigt wurde (Schmid & Fiedler, 1996). Im interpersonellen Rahmen sind laut LCM lediglich die zwei Verbklassen der IAV und SV für Kausalattributionen von Bedeutung (Fiedler & Semin, 1988). IAV werden im Rahmen der IVC als Action Verbs bezeichnet, SV als State Verbs (Semin & Fiedler, 1991). Dabei rufen IAV (z.B. betrügen, helfen) Subjekt-Attributionen hervor, während SV (z.B. hassen, lieben) hauptsächlich Objekt-Attributionen evozieren (Fiedler & Semin, 1988). Dieser Umstand, dass bestimmte Verben ihr kausales Gewicht entweder auf das Satzsubjekt oder das Satzobjekt legen (z.B. fürchten vs. ängstigen) und somit trennen zwischen „Opfer“ und „Täter“, trifft das Phänomen der Impliziten Verbkausalität im Kern und ist von grundlegender Bedeutung für die Kategorisierung und Analyse der in dieser Arbeit erhobenen Gesprächsprotokolle. Wie zuvor schon erwähnt, vermitteln IAV wie z.B. „verletzen“, „helfen“ oder „ermutigen“ den Eindruck, dass der Grund für ein bestimmtes Verhalten im Subjekt des Satzes zu verorten ist (z.B. Marie in „Marie hilft Thomas“). Der vorwiegende Gebrauch solcher IAV impliziert Aktivität, internale Attribution und somit, bei der Verwendung negativer IAV wie beispielsweise „verletzen“, die Übernahme von Verantwortung für dieses nachteilige Verhalten (Schmid & Fiedler, 1996). SV wie z.B. „bewundern“, „verabscheuen“ oder „mögen“ hingegen attribuieren das jeweilige Verhalten auf das Satzobjekt (z.B. Thomas, in „Marie bewundert Thomas“) (Semin & Fiedler, 1991). Der Gebrauch solcher SV impliziert im Gegensatz zu IAV Passivität, externe Attribution und, im Falle der Verwendung negativer SV wie z.B. „verabscheuen“, die Zuweisung von Schuld anstelle von Verantwortungsübernahme (Schmid & Fiedler, 1996).

Die beschriebenen Befunde legen die Vermutung nahe, dass die IVC durch die im Interview gestellten Fragen aktivierbar ist und sich in Form von SV und IAV in den sprachlichen Äußerungen der ehemaligen Rechtsextremisten niederschlägt. So kann über die individuelle Sprache einer jeden interviewten Person herausgefunden werden, wie sie im Hinblick auf die Zeit vor dem Eintritt in die rechte Szene Verantwortung lokalisiert und wem sie demnach Schuld zuweist. Es

wird angenommen, dass über diese Schuldzuweisung hinsichtlich der eigenen, damaligen Situation Rückschlüsse auf die impliziten Gründe der Aussteiger für den Einstieg in die rechte Szene gezogen werden können.

3.4 Fragestellungen und Hypothesen

Die Erklärungsansätze *Deprivation* (Becker, 2007) und die *Quest for Significance Theory* (Kruglanski & Orehek, 2011) konstatieren, dass Significant Losses bzw. relative Deprivation zu einem Gefühl der Unwichtigkeit und Nutzlosigkeit führt. Dieser Punkt im Leben kann laut der geschilderten Ansätze ausschlaggebend sein für den Einstieg in den Terrorismus, da die Aufnahme in eine terroristische Vereinigung Flucht aus der wahrgenommenen Deprivation, das Erschaffen neuer Ziele und somit wiedergewonnene Bedeutsamkeit für den Einzelnen heißen kann.

Das gemeinsame Motiv der beiden Erklärungsansätze, die Überwindung relativer Deprivation in ihren unterschiedlichen Facetten, bildet die erste theoretische Basis für die Hypothesen der vorliegenden Arbeit. Die Zweite umfasst die Theorie von Birsl (1994), die einen Unterschied in den Einstiegsgründen männlicher und weiblicher Personen dahingehend vermutet, dass sich Frauen aufgrund der Doppelbelastung als (erfolgreiche) Berufstätige und Mutter dem Rechtsextremismus zuwenden. Als dritten Pfeiler stützen sich die Hypothesen auf die geschilderten Befunde zur Rechtsextremismus- und Terrorismusforschung.

Übertragen vom terroristischen Kontext auf die Hinwendung zum Rechtsextremismus wird vermutet, dass die befragten Aussteiger aufgrund ihrer möglichen erlebten Deprivation bzw. aufgrund von möglichen erfahrenen Significant Losses äußeren Umständen bzw. anderen Personen die Schuld für ihren Eintritt in den Rechtsextremismus geben, anstatt selbst Verantwortung für ihre Radikalität zu übernehmen. Dieses Muster sollte bei allen befragten Aussteigern, egal welchen Geschlechts, festzustellen sein. Frauen sollten jedoch aufgrund ihres erlebten Konfliktes, Familie und Beruf gleichermaßen erfolgreich zu realisieren, das zuvor geschilderte Muster in verstärktem Maße aufweisen.

Dies führt zur Ableitung der Hypothesen, die in der vorliegenden Arbeit überprüft werden sollen:

- 1.) Die befragten ehemaligen Rechtsextremisten sollten eine Präferenz für die Verwendung negativer SV aufweisen, das heißt, sie sollten insgesamt mehr negative SV im Vergleich zu negativen IAV verwenden. Damit würden sie im Rahmen der Impliziten Verbkausalität (IVC) Schuld external auf das Satzobjekt attribuieren, sich selbst als Opfer darstellen und andere für ihren Anschluss an den Rechtsextremismus verantwortlich machen.
- 2.) Aussteigerinnen sollten das in Hypothese 1 geschilderte Sprachmuster im Vergleich zu den männlichen ehemaligen Rechtsextremisten in verstärkter Form zeigen. Sie sollten demnach eine noch stärkere sprachliche Gewichtung auf die negativen SV im Vergleich zu den Männern legen, was eine verstärkte externe Verantwortungslokalisierung belegen würde.

4 Interviewstudie

4.1 Stichprobe

Teilnehmer der Interviewstudie waren vier ehemalige Rechtsradikale, die mit Hilfe von *EXIT Deutschland*, der ältesten Aussteiger- und Deradikalisierungsorganisation der Bundesrepublik, den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene vollzogen haben. Die befragten Aussteiger waren zwischen 23 und 44 Jahren alt ($M = 34.75$, $SD = 8.84$). Alle Teilnehmer wurden im geschützten

Rahmen der Organisation in Berlin interviewt und jeder Proband erhielt für die Teilnahme eine Aufwandsentschädigung von 30 Euro.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Planung für die vorliegende Studie eine deutlich größere Stichprobe vorgesehen hatte als die vier Aussteiger, die sich zu einem Gespräch bereit erklärten. Dies liegt zum Teil in der Tatsache begründet, dass es sehr schwierig ist, als Außenstehender an ehemals rechtsradikale Personen heranzukommen. Ehemalige Rechtsextremisten verlassen teils unter für sie und ihre Familienmitglieder sehr gefährlichen Bedingungen die Szene, da die erlebte Ohnmacht über den Ausstieg einer Person bei den in der Szene verbliebenen Mitgliedern oftmals auf die „Verräter“ oder Abweichler projiziert und nicht selten mit Gewalt geahndet wird (Wagner, 2013). Besonders Frauen stehen bei einem Ausstieg aus der Szene vor speziellen Problemen – vor allem, wenn sie den Ausstieg mit ihren Kindern vollziehen und der Vater in der Szene verbleibt (Radvan, 2014). Viele Frauen erfahren in der Beziehung zu ihrem Partner in der Szene Gewalt, werden unterdrückt und in ihrer Mobilität eingeschränkt. Teilweise geht es so weit, dass ihnen die Kinder aus dem Kindergarten entwendet, Ausweise abgenommen und die Konten gesperrt werden (Wagner, 2013). Schwierigkeiten in den verschiedenen Bereichen machen in manchen Fällen sogar die Annahme einer neuen Identität und mehrmalige Wohnsitzwechsel erforderlich (Tonn, 2013), was zu einem sehr vorsichtigen Umgang mit persönlichen Daten und vergangenen rechtsradikalen Beteiligungen führt. Interviews mit Aussteigern können daher nur unter dem schützenden Schirm einer Aussteigerorganisation wie *EXIT Deutschland* stattfinden. Vor dem Hintergrund der Gefahr, in die ausgestiegene Personen gebracht werden können in dem Fall, dass Informationen nach außen dringen, scheint es verständlich, dass nicht viele ehemalige Rechtsextremisten bereit sind, über ihr privates Leben vor und während des Einstiegs in den Rechtsextremismus zu sprechen. Zum Teil liegt es jedoch auch an logistischen Problemen, dass Interviews nicht zustande kommen. So wohnen die Aussteiger landesweit verstreut und leben teilweise im Ausland, was eine Anreise nach Berlin zu *EXIT* aus organisatorischen und finanziellen Gründen unmöglich macht. Dies hatte für die vorliegende Studie zur Folge, dass mit einer weitaus geringeren Datenbasis gearbeitet werden musste als erwartet. Aus diesem Grund sollte die vorliegende Arbeit mehr als Pilotprojekt denn als valide Studie betrachtet werden.

4.2 Materialien

Basis für die Befragung der Aussteiger war ein kurzes, halb-standardisiertes, halb-strukturiertes Interview, das sich auf die offenen Fragen eines Interviewleitfadens stützte. Die Interviewmethode verspricht durch die Möglichkeit für beide Parteien, bei Unklarheiten Nachfragen stellen zu können, gleichzeitig die größte Datenfülle und den geringsten Datenverlust. Ein großer Vorteil und essentielle Voraussetzung für die anschließende Codierung auf linguistischer Basis ist, dass den Interviewten genügend Raum für eigene Formulierungen gegeben wird. So wird versucht, sowohl Reichweite als auch Tiefe der sehr persönlichen und teilweise sensiblen Themen abzudecken und Einzelaspekte zu vertiefen, die bei geschlossenem Antwortformat an der Oberfläche verbleiben würden. Zudem sollte durch die vergleichsweise „lockere“ Befragung die Grundlage für einen natürlichen Kommunikationsfluss gegeben sein, der wiederum die Vertrauensbasis zwischen Befragten und Interviewer fördert (Bortz & Döring, 2015). Sozial erwünschten Antworten wurde entgegengewirkt, indem die Interviewerin schriftlich absolute Anonymität sowie die spätere Vernichtung des Daten- und Aufnahmematerials zusicherte und um ehrliche und spontane Beantwortung der Fragen bat. Die Wahrscheinlichkeit, dass bei der Beantwortung von indirekten im Vergleich zu direkt gestellten und somit offensichtlichen Fragen zu den persönlichen Einstiegsgründen gelogen wird (z.B. infolge sozialer Erwünschtheit), wurde durch die implizite Fragetechnik von vornherein auf ein Minimum reduziert.

Um die Implizite Verbkausalität zu aktivieren, wurden den ehemaligen Neonazis Fragen gestellt, welche die Zeit kurz vor dem Einstieg in die rechtsextreme Szene betrafen. So wurde z.B. nach den Zielen und Wünschen der Person, die kurz vor dem Anschluss an die Szene gehegt wurden („Welche Wünsche und Ziele hatten Sie in dieser Zeit?“), der konkreten Kontaktaufnahme mit der rechtsextremen Szene („Wie kam es dann dazu, dass Sie Kontakt bekommen haben zu den Rechten?“) und den vorherrschenden Gefühlen („Im Vergleich zu der Zeit davor – wie haben Sie sich gefühlt? Können Sie mir das näher beschreiben?“) gefragt (vollständiger Interviewleitfaden siehe Anhang B).

Die Gespräche wurden zur anschließenden Transkription auf einem Mp3-Aufnahmegerät aufgezeichnet.

4.3 Durchführung

Die Interviews wurden in Berlin in den Räumlichkeiten von *EXIT Deutschland* geführt. Es wurde mit jedem Aussteiger einzeln und persönlich vor Ort gesprochen. Die Durchführung der Interviews dauerte je nach Teilnehmer zwischen 20 und 45 Minuten.

Nach der Begrüßung wurde jedem Teilnehmer die Anonymität seiner Daten zugesichert und ein kurzer Überblick über den nachfolgenden Gesprächsverlauf gegeben. Zur Einschätzung des zeitlichen Aufwandes wurde den Probanden die ungefähre Dauer des bevorstehenden Interviews mitgeteilt. Zudem erfolgte eine Aufklärung über den Zweck der Gesprächsprotokollierung mit der Bitte um Einverständnis für eben diese. Vor Beginn des Interviews wurden, wenn notwendig, Fragen zum Ablauf des Gesprächs geklärt. Alle Probanden wurden unter gleichen Bedingungen (Raum, Beleuchtung, Lärmbelästigung) befragt und bei den entsprechenden Fragen gebeten, sich mental in die damalige Zeit kurz vor ihrem Kontakt mit der rechtsextremen Szene zurückzusetzen.

4.4 Codiermethode, Design und Analyseverfahren

Die aufgezeichneten Interviews wurden zunächst mit der Transkriptionssoftware f4 (Dresing & Pehl, 2013) nach dem einfachen Transkriptionssystem verschriftlicht. Vorteil dieser Methode ist eine deutliche „Glättung“ der Sprache und die Gewährleistung der für die vorliegende Arbeit essentiellen Fokussierung auf den Inhalt der Gespräche (Kuckartz et al., 2008). Um die Gesprächsprotokolle analysieren zu können, wurden die relevanten Aussagen und Textpassagen im Hinblick auf die Beantwortung der Hypothesen mit der für die computergestützte qualitative Datenanalyse geeigneten Software *f4analyse* (Dresing & Pehl, 2013) thematisch codiert.

Ähnlich wie bei Schmid und Fiedler (1996), welche ebenfalls das LCM als Codier- und Analyseverfahren freier Gesprächsprotokolle verwendeten, erwies es sich bei der Codierung der Prädikate als praktikabel, das Modell von einer rein interpersonellen Eingrenzung auf einen Bereich zu erweitern, der sämtliche Verben, ungeachtet ihrer interpersonellen Bedeutung, einschließt. Dies soll in der vorliegenden Arbeit ebenfalls erfolgen.

Um zu analysieren, wie die befragten ehemaligen Neonazis Verantwortung lokalisieren, wem sie also die Schuld an ihrem Einstieg in den Rechtsextremismus geben, wurden die relevanten Antwortsätze der Interviewten zunächst nach der Methode des Linguistic Category Model von Semin und Fiedler (1988) im Hinblick auf das Phänomen der Impliziten Verbkausalität (Brown & Fish, 1983) codiert. Dazu wurden die Gesprächsprotokolle in diejenigen elementaren Aussagen unterteilt, die aus der Beantwortung der Fragen zum Zeitpunkt unmittelbar vor dem Einstieg in die Szene resultierten. In der Folge standen die wichtigsten Antwortpassagen als Codiereinheiten

zur Verfügung. Jeder essentielle Satz wurde sodann im Hinblick auf die linguistische Kategorie des Prädikates codiert. Bei komplexen Sätzen wurden zwei oder mehr Prädikate als einzelne Propositionen gezählt. Hierbei waren die zwei Kategorien von Interesse, die im Rahmen von impliziter Kausalität eine Rolle spielen: IAV („Da [in der rechten Szene] konnte ich *mich für etwas einsetzen*“) und SV („Die [Ausländer] haben ihre Parallelgesellschaften und versuchen, ihr *eigenes Ding durchzuziehen*“). Eine vollständige Liste aller relevanter Statements inkl. Verben findet sich in Anhang C. Die zweite zu beachtende Variable stellte die Valenz des verwendeten Verbs dar. Diese wurde als negativ gewertet, wenn die pragmatische Bedeutung negativ war, entweder weil die beschriebene Handlung verwerflich war oder weil dem Subjekt des Satzes etwas Schlechtes widerfahren ist. Folgende Sätze wurden z.B. als negative Statements gewertet: „Ich habe mir damals so gedacht: Wie können Eltern nur so *daneben sein?*“; „Anfangs habe ich mich sehr stark *an Adolf Hitler orientiert*“. Auch die folgende Aussage wurde, da sie als letztlich fragwürdiges und unmoralisches Handeln des Vaters gegenüber der Tochter zu werten ist, in die Kategorie der Negativaussagen eingestuft: „Mein Vater hat das unterstützt, mich, in dem ganzen politischen Anfangsdasein“. So unterstützte der Vater der Aussteigerin zwar die Ziele seiner Tochter, da diese Ziele jedoch rechtsextremistischer Natur waren und den Beginn der Radikalisierung bedeuteten, wurde die Aussage von der Verfasserin dieser Arbeit negativ gewertet. Umgekehrt verhielt es sich bei positiven Kategorisierungen: „Ich habe mich *wohlbehütet gefühlt*“; „Ich habe mich bei denen [bei den Hooligans] *wichtig gefühlt*“; „Ich habe *Rückhalt* [in der Szene] *erfahren*“.

Sobald persönliche und freie Gesprächsinhalte, wie die Aussagen der ehemaligen Rechtsextremisten in diesem Fall, Gegenstand der Forschungsmethode sind, kann, trotz guter psychometrischer Eigenschaften des Messinstruments ein gewisses Maß an Unsicherheit bei der Codierung nicht ausgeschlossen werden. Dieser Unsicherheitsfaktor ließ sich auch bei der Codierung der vorliegenden Gesprächsprotokolle mit der Methode des LCM nicht gänzlich eliminieren, sodass einige Codierregeln des LCM in wenigen Fällen abgeändert werden mussten. So konnten beispielsweise Aussagen, in denen der Sprecher alleiniger Akteur des Satzes ist („so habe ich mich Stück für Stück immer weiter selbst indoktriniert“) oder Aussagen, die Zitate anderer Personen beinhalteten („da fielen dann so Sprüche wie „Türken *verrecken*““) nicht im Sinne der impliziten Verbkausalität gewertet werden und wurden in Folge der Auswertung ausgeschlossen. Auch Sätze mit neutralen Verben („als Zwölfjähriger habe ich in diesen Texten meinen Großvater *wiedererkannt*“) wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

Um zu analysieren, ob die ehemaligen Rechtsextremisten sich selbst oder anderen die Schuld für ihren Einstieg in den Rechtsextremismus geben bzw. ob sie negative oder positive Wertungen in Bezug auf ihre damalige Einstiegssituation eher auf sich selbst oder andere attribuieren, wurde ein 2 (Verbkatgorie: SV vs. IAV) x 2 (Valenz: positiv vs. negativ) Design realisiert. Zur Beantwortung der Frage, ob sich die Verantwortungslokalisation bei den männlichen und der weiblichen Befragten unterscheidet, wurde ein weiteres 2 (SV: positiv vs. negativ) x 2 (Geschlecht: männlich vs. weiblich) Design umgesetzt. Als abhängige Variable diente die Häufigkeit der jeweiligen Verbform. Diese Verbhäufigkeiten, die sich durch die Kategorisierung der Interviewaussagen mit Hilfe des LCM ergeben, sollen anhand von Chi-Quadrat-Tests ausgewertet werden.

Die vorgestellten Designs sollten, wie oben bereits erwähnt, aufgrund der kleinen Stichprobe eher als pilotprojektbezogene Versuchspläne denn als valide Studiendesigns betrachtet werden.

5 Ergebnisse

Die Analyse der Gesamthäufigkeit der von den ehemaligen Rechtsextremisten geäußerten Verben ergab, dass auf dem deskriptiven Level eher in Form von negativen (75,5%) als in Form

von positiven (24,5%) Verben über die eigene Situation kurz vor der Radikalisierung gesprochen wurde. Dies bedeutet, zunächst einmal, eine allgemeine Zuweisung von Schuld.

Der in Tabelle 1 verdeutlichte Vergleich zwischen der erwarteten und der tatsächlichen Verbanzahl zeigt einen lediglich geringen Unterschied zwischen der effektiven und der rein auf Zufall basierenden erwarteten Anzahl an SV und IAV und lässt damit bereits ein nicht signifikantes Ergebnis erahnen.

Tabelle 1

Kreuztabelle Kategorie x Valenz. Dargestellt sind die von allen Aussteigern verwendeten State Verbs und Interpretative Action Verbs, aufgeteilt nach Valenz.

			Valenz		
			positiv	negativ	Gesamt
Kategorie	SV	Anzahl	15	31	46
		Erwartete Anzahl	11,3	34,7	46,0
		% innerhalb von Valenz	55,6%	37,3%	41,8%
	IAV	Anzahl	12	52	64
		Erwartete Anzahl	15,7	48,3	64,0
		% innerhalb von Valenz	44,4%	62,7%	58,2%
Gesamt		Anzahl	27	83	110
		Erwartete Anzahl	27,0	83,0	110,0
		% innerhalb von Valenz	100,0%	100,0%	100,0%

Anmerkungen. SV = State Verbs, IAV = Interpretative Action Verbs.

Wie in Abbildung 1 zu sehen, war die Häufigkeit negativer Äußerungen in der Kategorie der IAV mit 52 Wörtern im Vergleich zu 31 Wörtern in der Kategorie der SV am höchsten.

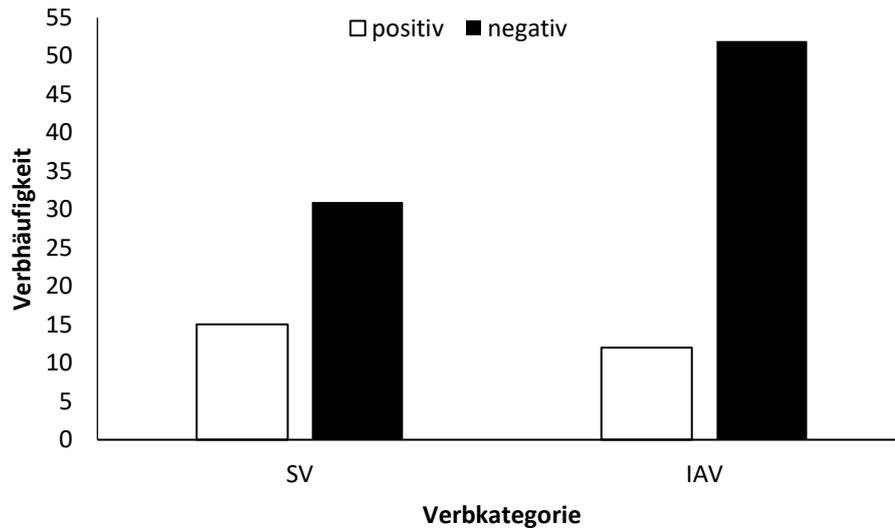


Abbildung 1

Häufigkeiten der von allen Aussteigern verwendeten positiven und negativen Statements.

SV (State Verbs), IAV (Interpretative Action Verbs).

Die Chi-Quadrat-Testung bekräftigte diese Vermutung: Die Interaktion Verbkategorie x Valenz wurde auf dem 5%-Niveau nicht signifikant, $\chi^2(1) = 2.77, p = .09$. Ein genderbasierter Vergleich der codierten Verben ergab ebenfalls ein nicht signifikantes Ergebnis, $\chi^2(1) = .02, p = .89$. Auch hier konnte anhand der Kreuztabelle (Tabelle 2) nahezu kein Unterschied zwischen der tatsächlichen Anzahl und der auf Zufall basierenden erwarteten Anzahl positiver und negativer SV festgestellt werden.

Tabelle 2

Kreuztabelle SV-Valenz x Geschlecht. Aufgeführt sind die von den Aussteigern und der Aussteigerin verwendeten positiven und negativen State Verbs (SV), aufgeteilt nach Valenz.

			Geschlecht		
			weiblich	männlich	Gesamt
SV_Valenz	SV_positiv	Anzahl	5	10	15
		Erwartete Anzahl	5,2	9,8	15,0
		% innerhalb von SV_Valenz	33,3%	66,7%	100,0%
	SV_negativ	Anzahl	11	20	31
		Erwartete Anzahl	10,8	20,2	31,0
		% innerhalb von SV_Valenz	35,5%	64,5%	100,0%
Gesamt		Anzahl	16	30	46
		Erwartete Anzahl	16,0	30,0	46,0
		% innerhalb von SV_Valenz	34,8%	65,2%	100,0%

Anmerkungen. SV = State Verbs.

So gab es keinen statistisch bedeutsamen Unterschied zwischen den männlichen und der weiblichen Befragten im Hinblick auf den Gebrauch von SV und damit auf eine unterschiedlich starke implizite, externale Schuldzuweisung.

Abbildung 2 zeigt, dass die befragten männlichen Aussteiger insgesamt 10 positive und 20 negative State Verbs verwendeten, während die Aussteigerin mit 5 positiven und 11 negativen etwas weniger Verben dieser Kategorie gebrauchte.

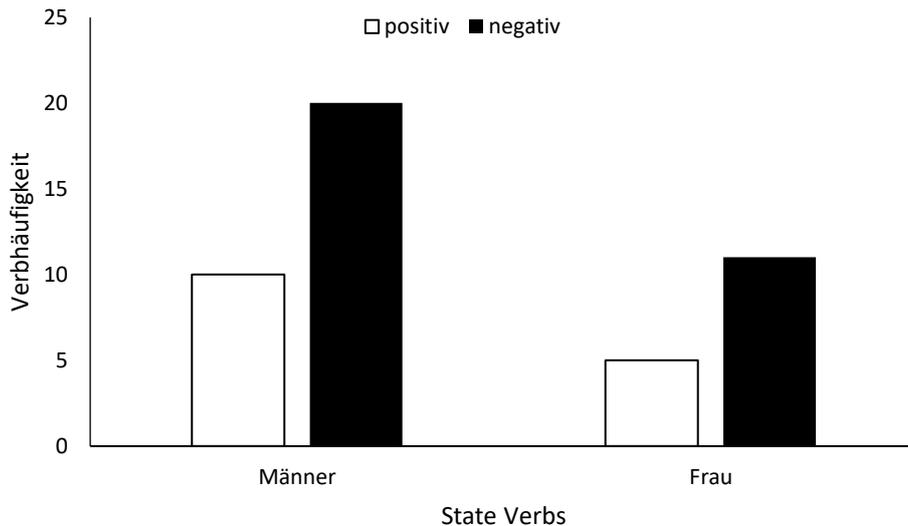


Abbildung 2 Anzahl der von den Aussteigern und der Aussteigerin verwendeten positiven und negativen State Verbs.

Der Vergleich des implizit verwendeten externalen Attributionsmusters in Form der protokollierten negativen SV zeigt eine lediglich leichte und nicht signifikante Tendenz der männlichen im Vergleich zur weiblichen Befragten, Schuld in höherem Maße von sich zu weisen und damit eher andere verantwortlich zu machen für die eigene Radikalisierung.

Wurde der männliche Aussteiger, der mit insgesamt 16 verwendeten SV im Vergleich zu den anderen zwei befragten Männern (6 und 8 SV) als statistischer Ausreißer betrachtet werden konnte, von der Analyse ausgeschlossen, wurde der Unterschied zwischen den verbleibenden Männern und der Frau zwar noch nicht signifikant, aber doch deutlich kleiner, $\chi^2 (1) = 1.09$, $p = .29$.

Den in Anhang D dargestellten Tabellen 2, 3 und 4 a) und b) sind die vollständigen der in diesem Ergebnisteil berichteten Chi-Quadrat-Analysewerte zu entnehmen.

6 Diskussion

In der vorliegenden Arbeit wurden Argumentationsstrukturen ehemaliger Neonazis im Hinblick auf die unbewusste Zuweisung von Schuld untersucht. Auf Basis des Phänomens der Impliziten Verbkausalität und mit Hilfe des Linguistic Category Model wurden die Gesprächsprotokolle zum einen dahingehend analysiert, inwieweit die ehemaligen Rechtsextremisten sich selbst oder anderen die Schuld für ihren Einstieg in die rechtsextreme Szene geben. Zum anderen wurde untersucht, ob sich die Sprachstile der befragten Männer und der Frau unterscheiden. An dieser Stelle sei nochmals der explorative Charakter der vorliegenden Studie betont.

Die erste Hypothese nahm an, dass die Aussteiger bezüglich ihrer Hinwendung zum Rechtsextremismus Schuld externalisieren, also eher andere für ihre Radikalisierung verantwortlich machen und sich selbst somit aus der Verantwortung stehlen. Diese Annahme stützte sich auf Befunde, die eine Radikalisierung in den Rechtsextremismus und Terrorismus mit Erlebnissen relativer Deprivation (Becker, 2007) und persönlich empfundener Bedeutungslosigkeit (Kruglanski & Orehek, 2011) erklären. Da solch innere Zustände oftmals durch äußere Umstände und mithin durch Menschen im Umfeld der Betroffenen entstehen,

nahm die erste Hypothese an, dass die interviewten Aussteiger eben diesen äußeren Umständen bzw. anderen Personen die Schuld für ihren Eintritt in die rechtsextreme Szene geben, anstatt selbst Verantwortung für ihre Radikalität zu übernehmen.

Laut der zweiten Hypothese, die sich auf die schwierige Situation von Frauen bezog, Beruf und Familie zufriedenstellend zu integrieren (Birsl, 1994), sollten sich Rechtsextremistinnen aus ihrem Rollenkonflikt heraus verstärkt selbst als Opfer darstellen und andere für ihr Engagement bei den Neonazis verantwortlich machen. Die Annahme, dass die Aussteiger insgesamt eher anderen die Schuld geben, konnte anhand der Ergebnisse nicht gestützt werden. Auch die Vermutung, weibliche Neonazis würden noch stärker external auf das Satzobjekt attribuieren als ihre männlichen „Kollegen“ und sich somit selbst als Opfer präsentieren, wurde nicht bestätigt. Das Sprachmuster der ehemaligen Neonazis zeigt zwar insgesamt einen stärkeren Gebrauch negativer Verben, jedoch nicht in der vermuteten Kategorie der SV, sondern derjenigen der IAV. Dies deutet, entgegen der ersten und zweiten Hypothese, auf ein internes, schuldbezogenes Attributionsmuster hin. So übernahmen die befragten Aussteiger im Vergleich zur externalen Schuldzuweisung überwiegend die Verantwortung für ihren Einstieg in die rechtsextreme Szene und zeigten somit die Tendenz, im Vergleich zur externalen Verantwortungsattribution eher sich selbst die Schuld zu geben. Dieses Resultat erfährt jedoch aufgrund des nicht signifikanten Ergebnisses keinen empirischen Nachweis.

Ein Vergleich der von den männlichen und der weiblichen Befragten geäußerten negativen SV lässt ebenfalls eine, lediglich auf deskriptiver Ebene und statistisch nicht nachweisbare, stärkere Externalisierung von Schuld auf Seiten der männlichen Aussteiger vermuten. Hier ist zu bedenken, dass die Verben der drei männlichen Befragten *zusammengenommen* in Vergleich gesetzt wurden mit den Verben der einzigen weiblichen Person. Vor diesem Hintergrund ist die Differenz der von der Aussteigerin verwendeten negativen SV gar nicht so groß, wie es auf den ersten Blick scheint. Eine interessante Entwicklung war im Falle der Eliminierung einer befragten männlichen Person zu beobachten: Wurde der Aussteiger mit seinen im Vergleich zu den anderen zwei befragten Männern doppelt so großen Anzahl verwendeter State Verbs als statistischer Ausreißer betrachtet und von der Analyse ausgeschlossen, war der Unterschied zwischen den verbleibenden Männern und der Frau schon deutlich kleiner. Dies bedeutet eine Abschwächung der ursprünglichen Verantwortungsexternalisierung auf Seiten der Männer. Die Tatsache, dass das Ergebnis auch hier nicht signifikant ist, kann an der sowieso schon geringen und durch das Herausrechnen des Ausreißers noch kleineren Stichprobe liegen. Wäre die Stichprobe der ehemaligen Rechtsextremistinnen um zumindest zwei Personen erweitert gewesen, hätte der ursprünglich angestellte Vergleich möglicherweise ein schuld abweisendes Ergebnis für die Aussteigerinnen erbracht. Auch bei einer Überprüfung der ersten Hypothese mit einer repräsentativen Stichprobe wäre abzuwarten gewesen, ob das internalisierende Sprachmuster der Aussteiger reproduziert worden wäre oder ob sie, wie in dieser Arbeit ursprünglich vermutet, Schuld von sich gewiesen und sich selbst als Opfer dargestellt hätten. Dass sie jedoch eher Verantwortung übernehmen, könnte, entgegen der in Kapitel 3.2 geschilderten Befunde und Erklärungsmuster, für eine große persönliche Stärke der befragten ehemaligen Extremisten sprechen, den Einstieg in und auch den Ausstieg aus dem Extremismus als bewusste Entscheidung getroffen zu haben. So hatten sie selbst die Kraft, oftmals gegen den Widerstand von Familie, Freunden und auch staatlichen Institutionen wie der Schule, ihrer neonazistischen Richtung treu zu bleiben, sich in ihr weiterzuentwickeln und hatten letztendlich, trotz aller Gefahren den Mut, die Szene wieder zu verlassen. Dies setzt eine Haltung voraus, die impliziert, eigene Entscheidungen treffen und sich gegen Widerstände verteidigen zu können. Die Einstellung, selbst für sein Glück bzw. Unglück verantwortlich zu sein, könnte das internalisierende Sprachmuster erklären: Wer sich entschließt, aus einer Gruppierung wie derjenigen der rechtsextremen Szene auszusteigen, entscheidet bewusst und mutig über seine Zukunft und hat sich daher möglicherweise auch schon damals bewusst für die Radikalisierung entschlossen. Eine

solche Person durchbricht ihr Muster vermutlich nicht damit, dass sie anderen die Schuld für die eigene Radikalisierung „in die Schuhe schiebt“. Bei einer Stichprobe von aktuell aktiven Rechtsextremisten sollte sich der Gebrauch von IVC relevanten Verben (SV und IAV) auf Basis dieser Überlegungen umkehren, da diese Personen noch keine explizite Entscheidung gegen die Szene und damit für das gemäßigte Leben mit all seinen Herausforderungen (z.B. den Aufbau eines komplett neuen Freundeskreises, die Kontaktaufnahme zu einer Aussteigerorganisation wie *Exit Deutschland* oder die Umschulung bzw. das Erlernen eines neuen Berufes) getroffen haben. An dieser Stelle wäre es in Zukunft interessant, aktive und nicht mehr aktive Mitglieder der extremen Rechten hinsichtlich ihres Sprachmusters direkt miteinander zu vergleichen.

Das zuvor thematisierte Problem der geringen Power mindert nicht die Sinnhaftigkeit und Angemessenheit der verwendeten Methode des Linguistic Category Model (Semin & Fiedler, 1991). Die Beziehung zwischen Attribution und Sprache ist als bilateral zu betrachten: Attributionale Biases können sich in der Sprache, also im verbalen Verhalten von Personen niederschlagen, sie können jedoch auch ihrerseits beeinflusst und bestimmt werden von linguistischen Merkmalen und Strategien (Semin & Fiedler, 1991), sodass Sprache gleichzeitig Quelle und Speicher für implizite Attributionen bildet (Schmid & Fiedler, 1996). Der oben verwendete Begriff des „Sprachmusters“ bedeutet in diesem Kontext nicht etwa das bewusste Anwenden einer Strategie oder die Kenntnis sprachlicher Mittel und deren Effekte. Da Sprachgebrauch unbewusst erfolgt und dieser somit implizit den Attributionstil von Personen beeinflusst, erschien die Methode, Gesprächsprotokolle ehemaliger Rechtsextremisten auf implizite Schuldzuweisungen hin zu untersuchen, als geeignet, um unbewusste Beweggründe für die Radikalisierung in den Rechtsextremismus zu analysieren und damit einen Beitrag zur Präventionsforschung zu leisten. Aufgrund der sehr geringen Probandenzahl in diesem Pilotprojekt können die Ergebnisse jedoch nicht auf andere ehemalige Neonazis verallgemeinert werden. Für eine solche valide Studie wäre eine Stichprobe mit repräsentativem Ausmaß von Nöten, die den Ausgangspunkt für weitere Forschung auf diesem Gebiet darstellen kann.

Die Tatsache, dass die befragten Aussteiger aus der Rolle der Ausgestiegenen heraus die Interviewfragen beantworteten und nicht als Personen, die sich zum Befragungszeitraum in der Einstiegssituation befanden, könnte Erinnerungsfehler mit sich gebracht haben. Um dieses Risiko möglichst gering zu halten, wurden die Befragten vor Beginn des Interviews gebeten, sich in die damalige Zeit zurück- und in ihre Situation kurz vor dem Einstieg in die Szene hineinzusetzen. Die teilweise ausgesprochen emotionalen Antworten der Aussteiger, welche eine Rückversetzung in die Vergangenheit sehr glaubhaft erscheinen ließen, zeugen davon, dass dieser Effekt auf ein Minimum begrenzt werden konnte. Auch die Gefahr, dass die Befragten bezüglich ihrer Einstiegssituation nicht die Wahrheit gesagt haben, ist nicht gänzlich auszuräumen. Allerdings wurden die Personen, die sich zu einem Gespräch bereit erklärt hatten, im geschützten Rahmen einer Aussteigerorganisation befragt, zu der die Probanden meist schon Jahre im Voraus Vertrauen aufbauen konnten. *EXIT Deutschland* ist zudem eine Nichtregierungsorganisation, was ein mögliches Misstrauen und das Anwenden taktischer Verhaltensweisen gegenüber der Interviewerin auf ein Minimum reduziert haben sollte. Die Möglichkeit, dass die Befragten aufgrund des weiblichen Geschlechts der Interviewerin sozial erwünscht antworteten, kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden und könnte die Gefahr einer Verzerrung der Ergebnisse bergen. Ein weiterer Kritikpunkt der vorliegenden Arbeit ist in der jeweiligen Länge des Gesprächsprotokolls bzw. der Dauer des Interviews zu sehen: Je nachdem wie lang die Antworten eines Aussteigers auf die Interviewfragen ausfallen, wie viel er von sich aus spricht, variiert auch die Anzahl der gesprochenen Wörter und somit der interessierenden State Verbs und Interpretative Action Verbs, welche als abhängige Variable in die Analysen einbezogen wurden. So kann eine eher introvertierte Person deutlich weniger gesprochene Verben aufweisen als eine extravertierte Person, was dazu geführt haben könnte, dass die Gesamtmenge des Gesprochenen als Störvariable die Ergebnisse der Analysen beeinflusst hat. Um dem entgegenzuwirken, könnten

die gesprochenen Verben an der Interviewlänge des jeweiligen Probanden relativiert werden. Diese Methode ist jedoch im Rahmen der Chi-Quadrat-Testung, welche für die vorliegenden Werte in Form von Verbkategorien die Methode der Wahl darstellte, nicht zu realisieren, da der Chi-Quadrat-Test nur auf Häufigkeiten und nicht auf relative Werte angewendet werden darf. Bei anderen statistischen Methoden wie z.B. dem T-Test ist es hingegen möglich, eine solche Störvariable herauszurechnen. Ein Ziel zukünftiger Forschung könnte es somit sein, eine Methode zu entwickeln, die die Dauer eines Interviews trotz nonparametrischen Verfahrens berücksichtigt.

Um die Reliabilität der Arbeit zu steigern, könnte bei einem ähnlichen zukünftigen Forschungsprojekt Cohens Kappa-Koeffizient (Cohen, 1960) ermittelt werden. Idealerweise sollten mindestens zwei unabhängige, mit den Regeln des LCM vertraute und gegenüber den Versuchsbedingungen blinde Personen die Gesprächsprotokolle der Aussteiger hinsichtlich der für die Implizite Verbkausalität relevanten Verben codieren.

Die Teilnehmer wurden von derjenigen Person befragt, die anschließend das Datenmaterial analysierte und auswertete. Dadurch, dass die Interviews bzw. Daten nicht in die Hände von Dritten gelangten, wurde ein Höchstmaß an Schutz bezüglich der Privatsphäre der Befragten gewährleistet, diese Vorgehensweise kann jedoch die Objektivität der Untersucherin bezogen auf die Forschungsergebnisse gemindert und das Auftreten von Biases gefördert haben. Da der Schutz der Identität der Befragten jedoch oberste Priorität hatte, war die praktizierte Methode in diesem Fall die einzig mögliche.

Die Befragung der Aussteiger und die Analyse der Gesprächsprotokolle der ehemaligen Neonazis demonstriert, wie wichtig Instrumente wie das Linguistic Category Model sind, um theoretische, psychologische Effekte wie den der Impliziten Verbkausalität im „echten Leben“ außerhalb des Labors zu untersuchen. Nachteil dieser Art der Durchführung stellt dabei die eingeschränkte experimentelle Kontrolle von Störvariablen dar, welche Einfluss auf das Zustandekommen der Gesprächsprotokolle genommen haben könnten. Durch die Konstanthaltung der Gesprächsbedingungen (z.B. gleicher Raum, gleiche Beleuchtung, Kontrolle des Lärmpegels durch Schließen des Fensters, Orientierung an Interviewleitfaden) wurde den möglichen Störfaktoren bestmöglich entgegengewirkt.

Hinsichtlich des theoretischen Erklärungsansatzes der Deprivation und der Quest for Significance Theory wäre es zukünftig interessant zu erfahren, ob fehlender Lebenssinn, das Gefühl, persönlich nicht bedeutsam zu sein, oder erlebte Verluste wirklich Einstiegsgründe in den Rechtsextremismus bedeuten. Die Vermutung von Birsl (1994), ein Einstiegsgrund für Frauen in den Rechtsextremismus seien die Anforderungen, denen Frauen mit Familie heutzutage ausgesetzt sind, müsste an einer deutlich größeren Stichprobe als der hier rekrutierten überprüft werden. Besonders interessant an einer Evaluation dieser theoretischen Annahmen wäre ein Vergleich der Motive rechtsextremer oder aus dem Extremismus ausgestiegener Frauen, die Familie haben oder den Wunsch, eine solche zu gründen, mit Frauen, für die ein Leben mit eigenen Kindern kein persönliches Lebensziel darstellt. Hier sollten, der Theorie nach, nur die Frauen der erstgenannten Gruppe einen solch postulierten Rollen- und Identitätskonflikt erleben, aufgrund dessen eine Radikalisierung hätte erfolgt sein können. Welche Motive die Frauen ohne Kinder- und Familienwunsch zum Rechtsextremismus geführt haben, bliebe zu erforschen. Ein weiterer Punkt, der gegen die Theorie von Birsl (1994) sprechen könnte, wäre die Tatsache, dass es heutzutage deutlich mehr Männer gibt, die sich um den Haushalt und/oder die Kinder kümmern, als es noch vor einigen Jahren der Fall war. So wäre zu prüfen, ob sich das postulierte Muster möglicherweise umgekehrt haben könnte, ob also zumindest diejenigen Männer, die Karriere und Familie kombinieren, ein eher externalisierendes Attributionsmuster aufweisen und andere Menschen oder äußere Gegebenheiten für ihre damalige persönliche Situation verantwortlich machen. Das völkische Rollenbild der Rechtsradikalen spräche hier jedoch

grundsätzlich eher gegen männliche Mitglieder, welche die Rolle der Hausfrau und Mutter „entfremden“, sodass die vorangegangenen Überlegungen auf „moderne“ Rechtsextremisten nicht unbedingt zutreffen.

Die weltwirtschaftliche Konkurrenz, die technologische Entwicklung und die unerträgliche Situation vieler Menschen in ihren Heimatländern stellen in Kombination mit deklassierten, niedrigqualifizierten Bevölkerungsgruppen und der unterschätzten Gefahr weiblicher neonazistischer Beteiligung eine bedenkliche Mischung dar, die weitere Forschung auf dem Gebiet der Rechtsextremismusedwicklung und -prävention nötig machen. Die vorliegende Studie kann hier durch ihren explorativen Charakter einen kleinen, aber dennoch wichtigen Beitrag leisten, indem sie die Schuldzuweisungsmuster von Personen hinsichtlich des Einstiegs in den Rechtsextremismus untersuchte. Das unerwartete Ergebnis, welches die Tendenz ausgestiegener Extremisten aufweist, sich selbst die Schuld für ihre Radikalisierung zu geben, könnte Anreiz einer zukünftigen Untersuchung sein, den ersten Teil des Arbeitstitels der vorliegenden Pilotstudie „Du bist schuld [...]“ an einer größeren Stichprobe von ehemaligen oder gegenwärtig aktiven Rechtsextremisten zu überprüfen. Kritik an der aktuellen Studie sowie Verbesserungsvorschläge und Ideen für zukünftige Forschung in diesem Kontext wurden diskutiert.

7 Literaturverzeichnis

- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Amadeu Antonio Stiftung (2014). *Rechtsextreme Frauen – übersehen und unterschätzt. Analysen und Handlungsempfehlungen*. [Broschüre] Zugriff am 22.06.2014 von <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/rechtsextreme-frauen-uebersehen-und-unterschaetzt/>
- Becker, B. (2007). *Ausländerfeindlichkeit in Ost- und Westdeutschland. Theoretische Grundlagen und empirische Analysen*. Saarbrücken: VDM Verlag.
- Birsl, U. (1994). Lebenssituation und Sozialisation junger Frauen und rechtsextremistische Orientierungen – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. In Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (Hrsg.), *Differenz und Differenzen: Zur Auseinandersetzung mit dem Eigenen und dem Fremden im Kontext von Macht und Rassismus bei Frauen*. (S. 157-184).
- Birsl, U. (2013). Frauen in der rechtsextremistischen Szene. In Bundeskriminalamt, Kriminalistisches Institut (Hrsg.), *BKA Herbsttagung 2012, Bekämpfung des Rechtsextremismus. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung*. (S. 93). Köln: Luchterhand.
- Bjørge, T. (2012). Unterschiedliche Einstiegsmotive – unterschiedliche Ausstiegshilfen. In Ralf Melzer (Hrsg.), *Zusammenfassung der Konferenz vom 30.11.2011 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“ (Ausgabe 1)*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Bortz, J. & Döring, N. (2015). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. Berlin: Springer.
- Brown, R. & Fish, D. (1983). The psychological causality implicit in language. *Cognition*, 14, 237-273.
- Bundesministerium des Innern (2015). *Verfassungsschutzbericht*. Zugriff am 18.08.2016 von <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Multimedia/vsb-2015.html>
- Christmann, K. (2012). *Preventing Religious Radicalisation and Violent Extremism. A systematic Review of the Research Evidence*. England and Wales: Youth Justice Board. Zugriff am 15.08.2015 von http://www.academia.edu/2158177/Preventing_Religious_Radicalisation_and_Violent_Extremism_A_systematic_Review_of_the_Research
- Coenen, L. H. M., Hedeboom, L. & Semin, G. R. (2006). Measuring Language Abstraction: The Linguistic Category Model (LCM). Manual. Zugriff am 09.03.2014 von <http://www.cratylus.org/resources/uploadedFiles/1151434300359-0007.pdf>
- Cohen, J. (1960). A coefficient for agreement for nominal scales. *Educational and Psychological Measurement*, 20, 37-46.
- Cohrs, J. C. & Ibler, S. (2009). Authoritarianism, threat, and prejudice: An analysis of mediation and moderation. *Basic and Applied Social Psychology*, 31, 81-94.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Dresing, T. & Pehl, T. (2013). *Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende* (5. Aufl.). Marburg: Eigenverlag der Herausgeber. Zugriff am 02.04.2016 von www.audiotranskription.de/praxisbuch
- Dugas, M. & Kruglanski, A. W. (2014). The Quest for Significance Model of Radicalization: Implications for the Management of Terrorist Detainees. *Behavioral Sciences and the Law*, 32, 423-439.
- Erb, R. (2014). Biographien, die eskalieren [Abstract]. In W. Frindte (Hrsg.), *27. Jahrestagung Forum Friedenspsychologie e.V. Nationalsozialistischer Untergrund, Rechtsextremismus und aktuelle Beiträge der Friedenspsychologie*. (S. 20).
- Fetzer, J. S. (2000). Economic Self-Interest or Cultural Marginality? Anti-Immigration Sentiment and Nativist Political Movements in France, Germany and the USA. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 26 (1), 5-23.
- Fiedler, K. & Semin, G. R. (1988). On the Causal Information Conveyed by Different Interpersonal Verbs: The Role of Implicit Sentence Context. *Social Cognition*, 6 (1), 21-39.
- Frindte, W. & Geschke, D. (2014). Theorien eines identitätsstiftenden politischen bzw. religiösen Fundamentalismus – empirische Illustration am Beispiel des Rechtsextremismus [Abstract]. In W. Frindte (Hrsg.), *27. Jahrestagung Forum Friedenspsychologie e.V. Nationalsozialistischer Untergrund, Rechtsextremismus und aktuelle Beiträge der Friedenspsychologie*. (S. 23).
- Frisch, P. (1993). Wandelt sich der politische Extremismus? In U. Backes & E. Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 5*. Bonn: Bouvier, S. 51-68.
- Heitmeyer, W. (1993). Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyse. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 43 (B 2-3), 3-13.
- Heitmeyer, W., Buhse, H., Liebefreund, J., Möller, K., Ritz, H., Siller, G. & Vossen, J. (1992). *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Eine Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*. Weinheim und München: Juventa.
- Hopf, W. (1994). Rechtsextremismus von Jugendlichen: Kein Deprivationsproblem? *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 14 (3), 194-211.
- Judd, C. M., Ryan, C. S. & Park, B. (1991). Accuracy in the Judgement of Ingroup and Outgroup Variability. *Journal of Personality and Social Psychology*, 61, 366-379.
- Karsioğlu, H. A. (2013). Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus in Deutschland – eine externe Betrachtung. In Bundeskriminalamt Kriminalistisches Institut (Hrsg.), *BKA Herbsttagung 2012, Bekämpfung des Rechtsextremismus. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung*. (S. 49). Köln: Luchterhand.
- Kelley, H. H. (1967). Attribution theory in social psychology. In D. Levine (Hrsg.), *Nebraska Symposium on Motivation*. Lincoln: University of Nebraska Press, S. 192- 238.
- Kleinert, C. & de Rijke, J. (2001). Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In W. Schubarth & R. Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Opladen: Leske & Budrich.

- Köhler, D. (2014). Right-Wing Extremist Radicalization Processes: The Formers' Perspective. *Journal EXIT-Deutschland (JEX). Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, 1*, 307-377.
- Köttig, M. (2001). Mädchen und junge Frauen aus dem rechtsextremen Milieu. Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze und Konzepte der sozialen Arbeit. *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 56/57*, 103-116.
- Köttig, M. (2004). *Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen – Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Kruglanski, A.W. & Orehek, E. (2011). The Role of the Quest for Personal Significance in Motivating Terrorism. In J. Forgas, A. Kruglanski & K. Williams (Hrsg.), *The Psychology of Social Conflict and Aggression*. New York: Psychology Press. (S. 153-166).
- Kruglanski, A.W. & Webber, D. (2014). The Psychology of Radicalization. Die Psychologie kriminalitätsbezogener Radikalisierung – interdisziplinäre Fachtagung am 8. und 9. Mai 2014 in Trier. *Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik, 9*, 379-388.
- Kuckartz, U., Dresing, T., Rädiker, S. & Stefer, C. (2008). *Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Lützing, S. (2010). *Die Sicht der Anderen – Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Köln: Luchterhand.
- Maass, A., Salvi, D., Arcuri, L. & Semin, G. (1989). Language Use in Intergroup Contexts: The Linguistic Intergroup Bias. *Journal of Personality and Social Psychology, 57 (6)*, 981-993.
- Magazin Stern & Amadeu Antonio Stiftung (2012). 184 Todesopfer rechter Gewalt in den einzelnen Bundesländern [Reportage]. *Mut gegen rechte Gewalt. Das Portal gegen Neonazis*. Zugriff am 25.06.2014 von <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/reportagen/184-todesopfer-rechter-gewalt-den-einzelnen-bundeslaendern-2012-08>
- Mareš, M. (2013). Rechtsextremismus – eine gesamteuropäische Herausforderung. In Bundeskriminalamt, Kriminalistisches Institut (Hrsg.), *BKA Herbsttagung 2012, Bekämpfung des Rechtsextremismus. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung*. Köln: Luchterhand. (S. 55).
- Melzer, R. (2012). *Impulse gegen Rechtsextremismus. Rechtsextremismus und Arbeitswelt: Einstiege, Ausstiege, Interdependenzen*. In Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Ralf Melzer (Hrsg.), Zusammenfassung der Konferenz vom 30.11.2011. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. Zugriff am 03.05.2016 von library.fes.de/pdf-files/do/09001.pdf
- Möller, K. & Schuhmacher, N. (2007). *Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ottens, S. (1997). Eigene Motive – eigene Formen? Erklärungsansätze zu geschlechtsspezifischen Äußerungsformen und Motiven bei der Hinwendung von Frauen zum Rechtsextremismus. In R. Bitzan (Hrsg.), *Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen*. Berlin: Elefanten Press. (S. 191-214).
- Pfahl-Traughber, A. (2013). Forschungsstand und Forschungslücken zum Phänomen des Rechtsextremismus – Eine bilanzierende Einschätzung nach der Aufdeckung der NSU-Serienmorde. In Bundeskriminalamt, Kriminalistisches Institut (Hrsg.), *BKA Herbsttagung 2012*,

Bekämpfung des Rechtsextremismus. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. (S. 31). Köln: Luchterhand.

Pisoiu, D. (2013). Theoretische Ansätze zur Erklärung individueller Radikalisierungsprozesse: eine kritische Beurteilung und Überblick der Kontroversen. *Journal EXIT-Deutschland (JEX). Zeitschrift für Deradikalisierung und Demokratische Kultur*, 1, 41-87.

Pynchon, M. R. & Borum, R. (1999). Assessing Threats of Targeted Group Violence: Contributions from Social Psychology. *Behavioral Sciences and the Law*, 17, 339-355.

Rabold, S., Baier, D. & Pfeiffer, C. (2009). Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter deutschen Jugendlichen. Erkenntnisse einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung. *Forum Kriminalprävention*, 3, 2-8.

Radvan, H. & Voigtländer, H. (2014). Wie werden (rechtsextreme) Frauen wahrgenommen? Ein Blick in die Geschichte. In Amadeu Antonio Stiftung, *Rechtsextreme Frauen – übersehen und unterschätzt. Analysen und Handlungsempfehlungen*. [Broschüre] Zugriff am 22.06.2014 von <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/rechtsextreme-frauen-uebersehen-und-unterschaetzt/>

Richardson, L. (2007). *Was Terroristen wollen. Die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen*. Frankfurt am Main: Campus.

Rippl, S. & Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 4, 644-666.

Röpke, A. & Speit, A. (2011). *Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene*. Berlin: Links Verlag.

Salzborn, S. (2015). *Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Schmid, J & Fiedler, K. (1996). Language and Implicit Attributions in the Nuremberg Trials. Analyzing Prosecutors' and Defense Attorneys' Closing Speeches. *Human Communication Research*, 22 (3), 371-398.

Semin, G. R. (2012). The Linguistic Category Model. In P. A. M. von Lange, A. W. Kruglanski & T. Higgins (Hrsg.), *Handbook of Theories and Social Psychology. Band 1* (S. 309-326). London: Sage Publications.

Semin, G. R. & Fiedler, K. (1988). The Cognitive Functions of Linguistic Categories in Describing Persons: Social Cognition and Language. *Journal of Personality and Social Psychology*, 54 (4), 558-568.

Semin, G. R. & Fiedler, K. (1991). The Linguistic Category Model, its Bases, Applications and Range. In W. Stroebe & M. Hewstone (Hrsg.), *European Review of Social Psychology*, 2, 1-30. Chichester, UK: Wiley.

Stöss, R. (2010). *Rechtsextremismus im Wandel*. In Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Nora Langenbacher (Hrsg.), *Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*, 3. Auflage. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. Zugriff am 12.08.2016 von <http://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf>

Thein, M. (2009). *Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie*. Göttingen: Cuvillier.

- Tonn, K. (2013). Der Fall Tanja P. und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Relevanz und Konsequenzen für Rechtsprechung aus Deradikalisierungsarbeit. *Journal EXIT-Deutschland (JEX). Zeitschrift für Deradikalisierung und Demokratische Kultur, 1*, 154-183.
- Wagner, B. (1993). Terroristische Tendenzen im militanten Rechtsextremismus. In U. Backes & E. Jesse, *Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 5*. Bonn: Bouvier. (S. 156-168).
- Wagner, B. (2013). Kriminalistische Grundlagen der Deradikalisierungsarbeit. Ein einleitender Beitrag zur ersten Ausgabe des Journal EXIT-Deutschland. *Journal EXIT-Deutschland (JEX). Zeitschrift für Deradikalisierung und Demokratische Kultur, 1*, 1-16.
- Wagner, B. (2014). *Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft*. Berlin: Widerschein.
- Wagner, U., van Dick, R. & Zick, A. (2000). Sozialpsychologische Analysen und Erklärungen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. *Zeitschrift für Sozialpsychologie, 32*, 59-79.
- Wahl, K. (2003). *Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention*. Opladen: Leske & Budrich.
- Walther, E. (2014). Wie gefährlich ist die Gruppe? Eine sozialpsychologische Perspektive kriminalitätsbezogener Radikalisierung. Die Psychologie kriminalitätsbezogener Radikalisierung – interdisziplinäre Fachtagung am 8. und 9. Mai 2014 in Trier. *Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik, 9*, 393-401.
- Weiner, B. (1985). An attributional theory of achievement motivation and emotion. *Psychological Review, 92*, 548-573.

8 Anhang

8.1 Anhang A

Kategorie	Beispiele	Charakteristische Merkmale
DAV (Descriptive Action Verbs)	Rufen Treffen Stoßen Küssen	Bezug zu einzelner, konkreter verhaltensbasierter Ereignis; Bezug zu bestimmtem Objekt und Situation; Kontext essentiell für Satzverständnis; objektive Beschreibung beobachtbarer Ereignisse
Klassifikationskriterien: Beziehen sich auf eine bestimmte Handlung und auf ein physikalisch unveränderliches Merkmal des Ereignisses; Ereignis hat klaren Anfang und Ende; im Allgemeinen keine positive oder negative semantische Wertigkeit.		
IAV (Interpretive Action Verbs)	Betrügen Nachahmen Helfen Unterdrücken	Bezug zu einzelner, verhaltensbasierter Ereignis; Bezug zu bestimmtem Objekt und Situation; unabhängiges Satzverständnis; Interpretation über die Beschreibung hinaus
Klassifikationskriterien: Beziehen sich auf allgemeines Verhalten; festgelegte Handlung mit einem Anfang und einem Ende; positive und negative Wertigkeit		
SV (State Verbs)	Bewundern Hassen Verabscheuen Mögen	Dauerhafte Zustände, abstrahiert von Einzelereignissen; kein Bezug zum Kontext; Interpretation über bloße Beschreibung
Klassifikationskriterien: Bezug zu mentalen und emotionalen Zuständen; keine klare Definition von Anfang und Ende; keine Verlaufsform; nicht verwendet in Befehlsformen		
Adj (Adjectives)	Ehrlich Impulsiv Verlässlich Hilfsbereit	Hoch abstrakte Personenmerkmale; kein Objekt- oder Situationsbezug; kein Bezug zu Kontext; stark interpretierend, losgelöst von

spezifischen
Verhaltensweisen

Tabelle 1

Klassifikation linguistischer Begriffe im interpersonellen Bereich und ihre Klassifikationskriterien (aus Semin & Fiedler, 1991)

8.4 Anhang D

Tabelle 2

Werte der Chi-Quadrat-Statistik für die Kategorienhäufigkeit der Verbformen SV negativ und IAV negativ über alle Aussteiger hinweg

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	2,775 ^a	1	,096		
Kontinuitätskorrektur ^b	2,078	1	,149		
Likelihood-Quotient	2,747	1	,097		
Exakter Test nach Fisher				,118	,075
Zusammenhang linear mit linear	2,75	1	,097		
Anzahl der gültigen Fälle	110				

Anmerkungen. a. 0 Zellen (,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 11,29.

b. Wird nur für eine 2x2-Tabelle berechnet.

Tabelle 3

Werte der Chi-Quadrat-Statistik für die Kategorienhäufigkeit der Verbform SV negativ und SV positiv bezogen auf den Aspekt „Geschlecht“

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	,021 ^a	1	,886		
Kontinuitätskorrektur ^b	,000	1	1,000		
Likelihood-Quotient	,021	1	,886		
Exakter Test nach Fisher				1,000	,578
Zusammenhang linear mit linear	,020	1	,887		
Anzahl der gültigen Fälle	46				

Anmerkungen. a. 0 Zellen (,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 5,22.
b. Wird nur für eine 2x2-Tabelle berechnet.

Tabelle 4a

Werte der Chi-Quadrat-Statistik für die Kategorienhäufigkeit der Verbform SV negativ und SV positiv bezogen auf den Aspekt „Geschlecht“ ohne die Ausreißer-Werte der dritten männlichen Person.

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	1,094 ^a	1	,296		
Kontinuitätskorrektur ^b	,452	1	,501		
Likelihood-Quotient	1,098	1	,295		
Exakter Test nach Fisher				,457	,251
Zusammenhang linear mit linear	1,057	1	,304		
Anzahl der gültigen Fälle	30				

Anmerkungen. a. 0 Zellen (,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 5,60.
b. Wird nur für eine 2x2-Tabelle berechnet.

Tabelle 4b

Kreuztabelle SV-Valenz x Geschlecht, bereinigt um die Verben der dritten männlichen Person und ihre Ausreißer-Werte. Aufgeführt sind die von den zwei Aussteigern und der Aussteigerin verwendeten positiven und negativen State Verbs.

		Geschlecht			
		weiblich	männlich	Gesamt	
SV_Valenz	SV_positiv	Anzahl	5	7	12
		Erwartete Anzahl	6,4	5,6	12,0
		% innerhalb von SV_Valenz	41,7%	58,3%	100,0%
	SV_negativ	Anzahl	11	7	18
		Erwartete Anzahl	9,6	8,4	18,0
		% innerhalb von SV_Valenz	61,1%	38,9%	100,0%
Gesamt		Anzahl	16	14	30
		Erwartete Anzahl	16,0	14,0	30,0
		% innerhalb von SV_Valenz	53,3%	46,7%	100,0%

Anmerkungen. SV = State Verbs.

Don't trust anyone:

Verschwörungsdenken als Radikalisierungsbeschleuniger?

Pia Lamberty

Verschwörungstheorien sind spätestens seit der letzten US-Präsidentenwahl in aller Munde: *Chemtrails* vergiften unsere Atmosphäre, die Erde ist wahlweise flach oder eine Hohlkugel, *Reptiloide* versuchen die Menschheit auszulöschen und Nationalsozialisten haben sich nach Neuschwabenland in die Antarktis geflüchtet. Das Kreuzfahrtschiff *Conspira-Sea* bietet Verschwörungstheoretikern und Esoterikern die Möglichkeit, sich fernab jeder Rechtsbarkeit bei vegetarischem Buffet und Yoga über Verschwörungstheorien auszutauschen und im nächtlichen Sternenhimmel nach UFOs zu schauen.

Was auf den ersten Blick skurril und absurd wirkt, ist durchaus weiter verbreitet als man vermuten würde. Verschwörungstheorien stellen keine Randerscheinung der Gesellschaft dar, dafür werden sie von einem zu großen Teil der Gesellschaft befürwortet. Laut einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2012, die im US-amerikanischen Raum gemacht wurde, stimmten 37 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass der Klimawandel eine Lüge sei, 28 Prozent gingen davon aus, dass eine machtvolle Elite die Welt durch eine Neue Weltordnung regieren möchte und noch 13 Prozent glaubten, dass Obama der Anti-Christ sei. Eine von *Welt der Wunder* durch das Emnid Institut durchgeführte Befragung im Jahr 2011 mit über 1000 Befragten ergab, dass fast 90 Prozent der Deutschen davon überzeugt sind, dass die US-amerikanische Regierung nicht die Wahrheit über die Anschläge am 11. September 2001 sagt und 40 Prozent befürchten, dass es eine geheime Weltregierung gibt, die die Strippen zieht (Welt der Wunder, 2011).

In diesem Artikel soll sich damit auseinandergesetzt werden, welche psychologischen Grundlagen der Glaube an Verschwörungstheorien innehat, inwiefern diese mit menschenfeindlichen Aussagen zusammenhängen und welche Rolle sie für Radikalisierungsprozesse spielen können.

Psychologie des Verschwörungsdenkens

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass der Glaube an einzelne Verschwörungstheorien nicht unabhängig voneinander zu sein scheint. Menschen unterscheiden sich darin, wie sehr sie generell an Verschwörungstheorien glauben – unabhängig von der konkreten Verschwörungstheorie. Diese interindividuelle Tendenz beschrieb der Historiker Moscovici (1987) als *Verschwörungsmentalität*. Eine Studienreihe von Wood, Douglas und Sutton (2012) konnte zeigen, dass Menschen, die eine Verschwörungstheorie glauben, auch eher dazu neigen an eine weitere zu glauben, selbst wenn sich beide logisch ausschließen. Menschen, die der Aussage zustimmten, dass Lady Di vom britischen M16 getötet wurde, glaubten mit größerer Wahrscheinlichkeit auch, dass die „Prinzessin der Herzen“ ihren eigenen Tod nur vorgetäuscht hatte. Das spiegelt darüber hinaus wieder, dass der Zweifel an offiziellen Version häufig stärker ausgeprägt ist als der Glaube an eine bestimmte Alternative. Menschen mit ausgeprägter Verschwörungsmentalität wissen, dass machtvolle Gruppen die Gesellschaft hinter das Licht führen wollen, aber nicht unbedingt, welche Alternativerklärung genau zutrifft, was sich auch in Abbildung 1 widerspiegelt.

In den letzten Jahren haben sich verschiedene Forscher damit befasst, wann Menschen stärker an Verschwörungen glauben. Whitson und Galinsky (2008) konnten zeigen, dass wenn Menschen das Gefühl haben, dass sie keine Kontrolle in einer bestimmten Situation erleben, stärker an Verschwörungen glauben und Muster sehen, wo keine existieren. Sie manipulierten experimentell, dass Menschen sich entweder an eine Situation erinnern sollten, in der sie

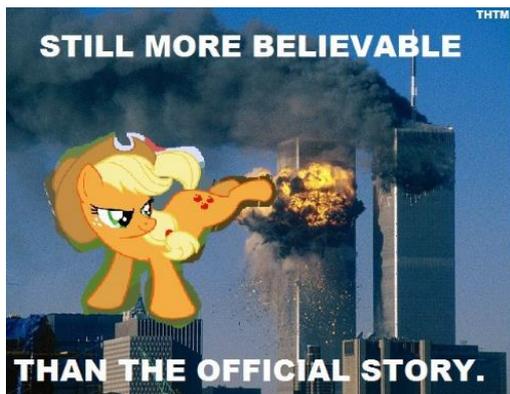


Abbildung 1: Abbildung aus der Facebook Gruppe "Conspiracy Theories and Hidden Knowledge Group"

entweder Kontrolle über ihr Leben hatten oder in der sie nicht beeinflussen konnten, was passierte. Es zeigte sich, dass Menschen in der Bedingung, in der sie keine Kontrolle hatten, stärker an Verschwörungen glaubten. Ein Zusammenhang zwischen Kontrollverlust beziehungsweise Unsicherheitserleben und einem gesteigerten Glauben an Verschwörungstheorien findet sich auch in realen Situationen: In unsicheren Zeiten glauben Menschen mehr an Verschwörungen, Menschen mit unbefristetem Arbeitsvertrag oder ohne Job weisen eine stärkere Verschwörungsmentalität auf als Menschen mit unbefristetem Vertrag (bspw. Decker, Kiess, & Brähler, 2012). Kontrollverlust wird von Menschen als bedrohlich wahrgenommen. Es wird vermutet dass, wenn Menschen nicht in der Lage sind objektiv Kontrolle herzustellen, sie es auf

psychologischem Wege versuchen. Der Glaube an Verschwörungstheorien könnte dabei eine Möglichkeit sein, Kontrolle wiederzuerlangen, da sie den Versuch darstellen, Ordnung ins Chaos zu bringen. Es hat sich darüber hinaus gezeigt, dass Gefühle der sozialen Exklusion den Glauben an Verschwörungstheorien befördern (Graeupner, & Coman, 2017) und dass eine verstärkte Selbstunsicherheit mit dem Glauben an Verschwörungstheorien einhergeht (van Prooijen, 2016).

Häufig wird im gesellschaftlichen Diskurs angenommen, dass Verschwörungstheoretiker verrückt sein müssten oder weniger intelligent als der Gesamtdurchschnitt. Menschen, die daran glauben, dass Flugzeuge giftige *Chemtrails* sprühen, um eine Neue Weltordnung zu installieren oder denken, dass die Erde flach oder innen hohl und mit Aliens besiedelt ist, müssen einfach gestrickt sein, so die Vermutung. Vorangegangene Forschung konnte allerdings zeigen, dass diese Annahme häufig eher ein Stereotyp ist. Denn der Wahrheit entspricht: Verschwörungstheoretiker sind nicht weniger intelligent (Swamit et al., 2011) und haben auch kein größeres Bedürfnis, schnelle Antworten zu finden als andere Menschen. (Need for closure, Imhoff & Bruder, 2014).

Es finden sich auch in den meisten Fällen keine Korrelation mit den sogenannten *Big Five*, den Basisdimensionen der Persönlichkeit (Bruder et al., 2013).

Was sich allerdings zeigt ist, dass Menschen mit ausgeprägter Verschwörungsneigung sich stärker auf mentale Shortcuts wie *Heuristiken* verlassen (Brotherton & French, 2014; Clarke, 2002; Leman & Cinnirella, 2007) und analytisches Denken weniger nutzen (Swami, Voracek, Stieger, Tran, & Furnham, 2014). Heuristiken sind verkürzte kognitive Operationen, sogenannte Daumenregeln, mit denen Schlussfolgerungen gezogen werden, wenn analytisches Denken gerade nicht möglich oder erwünscht ist. Ein Beispiel ist die sogenannte Verfügbarkeitsheuristik, bei der Häufigkeiten oder Wahrscheinlichkeiten auf Basis der Zugänglichkeit relevanter Erinnerungen beurteilt werden. Prinzipiell nutzen alle Menschen diese Art von Daumenregeln, da es schwierig ist, immer alle möglichen Faktoren zu bedenken und in Entscheidungen mit einzubeziehen. Allerdings unterscheiden wir uns darin, wie stark wir uns auf sie verlassen. Schlüsse, die auf Heuristiken basieren, müssen nicht notwendigerweise falsch sein, bergen aber die Gefahr von voreiligen Schlüssen und systematischen Verzerrungen.

In einer Studienreihe zum Umgang mit historischem Wissen konnte allerdings gezeigt werden, dass Menschen mit ausgeprägter Verschwörungsmentalität dem sogenannten Experten-Bias weniger unterliegen: während Menschen mit geringen Werten in Verschwörungsmentalität Experten per se als glaubwürdiger als Laien betrachten, machen „Verschwörungstheoretiker“ diesen Unterschied nicht. Ob YouTuber oder Professorin – für sie sind alle Menschen erst einmal gleich glaubwürdig als Quelle für historisches Wissen (Imhoff, Lamberty, & Klein, 2017).

Was sich ebenfalls gezeigt hat, ist, dass Menschen mit Verschwörungsmentalität ein stärkeres Bedürfnis nach Einzigartigkeit haben (Imhoff & Lamberty, 2017). In einem Experiment lasen die ProbandInnen, dass es eine Pflicht zu Rauchmeldern in Wohnräumen geben würde. In dieser fiktiven Geschichte äußerte ein pensionierter Ingenieur die Vermutung, dass die Geräte Ultraschall aussenden würden, der Übelkeit, Depression und Gastritis verursachen würde, was vom Lobbyverband für eine Rauchmelderpflicht bestritten wurde. Weiter lasen die ProbandInnen, dass entweder eine klare Mehrheit von 81 Prozent glaubten, dass Rauchmelder keinen Ultraschall aussenden oder dass eben diese Mehrheit die offizielle Version bezweifeln würde. Es zeigte sich, dass Menschen mit geringer Verschwörungsmentalität eher der Mehrheit glaubten, während Menschen mit starkem Verschwörungsglauben sich in ihrer Meinungsbildung eher an der Minderheit orientierten.

Gesellschaftliche Bedeutung von Verschwörungsdenken aus psychologischer Sicht

Die Tendenz, Verschwörungen zu wittern ist eng verknüpft mit einem generalisierten Misstrauen gegenüber Institutionen oder Gruppen, die als mächtig wahrgenommen werden (Politik, Stromkonzerne, Wissenschaft, „Schulmedizin“) und sagt in einem nächsten Schritt Vorurteile gegen Gruppen vorher, die als machtvoll wahrgenommen werden.

Es konnte gezeigt werden, dass Verschwörungsdenken für eine Reihe von gesellschaftlich relevanten Variablen eine Rolle spielt. Personen, die stärker an Verschwörungen glaubten, waren auch eher bereit, sich für einen politischen Wandel einzusetzen (Imhoff & Bruder, 2014). Interessanterweise geht der Glaube an Verschwörungen auch mit einem stärkeren Glaube an demokratische Prinzipien, bei einem gleichzeitig verstärkten politischen Zynismus und negativen Einstellungen gegenüber Autoritäten einher, wie eine Studie aus Großbritannien zeigte (Swami et al, 2011). Darüber hinaus zeigen Menschen, die an Verschwörungen glauben, ein verstärktes Misstrauen gegenüber staatlichen Autoritäten.

Verschwörungstheoretiker können demnach als Menschen beschrieben werden, die sich gesellschaftlich engagieren beziehungsweise sehr politisch sind, aber sich vom gegenwärtigen System nicht verstanden und enttäuscht fühlen. Diese Gefühle werden umgemünzt in ein

generalisiertes Misstrauen gegenüber all den Institutionen, die als mächtig wahrgenommen werden.

Am Rande der Demokratie? Verschwörungsmentalität und Zustimmung zu rechtspopulistischen Bewegungen und menschenfeindlichen Einstellungen

Wenn man sich mit Verschwörungstheorien befasst, zeigt sich schnell, dass das Thema Antisemitismus einen zentralen Stellenwert einnimmt. Schon im Mittelalter zeigte sich die Vermischung aus antisemitischen Stereotypen und Verschwörungstheorien in seiner brutalen Form: Während der Pestepidemie in den Jahren 1348 bis 1351 sahen sich Juden verstärkt mit dem Vorwurf der Brunnenvergiftung und der Auslösung der Pest konfrontiert. Der damals grassierende Antisemitismus mündete in zahlreichen Pogromen in Europa mit unzähligen Toten und zerstörten jüdischen Gemeinden.

Aber auch heute findet sich noch eine Vermischung von Verschwörungsdenken und



Antisemitismus (siehe Abbildung 2). Ein in der Gesellschaft prominent diskutierter Fall ist der des ehemaligen *rbb* Radiomoderators Ken Jebsen. Jebsen wurde – nachdem einige seiner Aussagen als antisemitisch kritisiert worden waren – vom *rbb* aufgrund von Verstößen gegen journalistische Standards entlassen, woraufhin er sein eigenes Online-Portal *KenFM* gründete, welches vielfach verschwörungstheoretische Inhalte und Feindbilder bedient. Jebsen zählt als eine der Schlüsselfiguren der sogenannten *Mahnwachen für den Frieden*. Im April 2012 verlautbarte er im Zuge der Debatten um das Gedicht *Was gesagt werden muss* von Günter Grass „Es ist eine mediale Massenvernichtungswaffe, die hilft,

dass wir seit über 40 Jahren die Fresse halten, wenn im Auftrage des Staates Israel Menschen in Massen vernichtet werden“.

Wie lässt sich dieser Zusammenhang zwischen Verschwörungsdenken und Antisemitismus psychologisch erklären? Wie bereits erwähnt, beinhaltet die Verschwörungsmentalität ein generalisiertes Misstrauen gegenüber Gruppen, die als mächtig *wahrgenommen* werden. Das sogenannte Stereotype Content Model befasst sich mit der Frage der Wahrnehmung sozialer Gruppe. Dafür werden zwei zentrale Dimensionen herangezogen: *wahrgenommene* Wärme und *wahrgenommene* Kompetenz. Die Kombination dieser beiden Faktoren erklärt dann in einem nächsten Schritt, welche Merkmale Fremdgruppenmitgliedern in Abhängigkeit von spezifischen Charakteristika *zuschrieben* werden (Fiske, Cuddy, Glick, & Xu, 2002). Soziale Gruppen, denen eine große Kompetenz und eine geringe Wärme zugeschrieben wird, sind dabei eben die Gruppen, denen Verschwörungstheoretiker das größte Misstrauen und die größten Vorurteile gegenüber zeigen: Juden, Reiche, Banker. Dies zeigt sich auch in einem empirischen Zusammenhang zwischen Verschwörungsmentalität, verkürzter Kapitalismuskritik, Anti-Amerikanismus und Antisemitismus (Imhoff & Bruder, 2014).

Der Einfluss von Verschwörungsdenken zeigt sich auch bei der Unterstützung rechter Bewegungen. In der Mitte-Studie von 2016 fand sich, dass eine Befürwortung von *PEGIDA* neben anderen Faktoren wie Islamfeindlichkeit oder Gefühlen von politischer Deprivation von einer gesteigerten Verschwörungsmentalität vorhergesagt wurde (Decker, Kiess & Brähler, 2016).

Aus psychologischer Sicht gibt es aktuell noch kaum Forschung, die die Rolle von Verschwörungsdenken für den Radikalisierungsprozess genauer beleuchtet. Betrachtet man

allerdings den Stellenwert von Verschwörungstheorien in faschistischen oder islamistischen Weltbildern, so wäre es verwunderlich zu glauben, dass sie keinen Einfluss auf den Radikalisierungsprozess hätten.

Insbesondere die Idee einer zionistischen oder jüdischen Weltverschwörung fließt dabei immer wieder in die verschiedenen Gruppierungen mit ein. Al-Qaida sieht das Judentum und Israel als seinen Hauptfeind, in der Charta der Hamas wird sich explizit auf die Protokolle der Weisen von Zion, die vermutlich bedeutendste und einflussreichste antisemitische Hetzschrift des 20. Jahrhunderts, berufen:

“Today it is Palestine, tomorrow it will be one country or another. The Zionist plan is limitless. After Palestine, the Zionists aspire to expand from the Nile to the Euphrates. When they will have digested the region they overtook, they will aspire to further expansion, and so on. Their plan is embodied in the ‚Protocols of the Elders of Zion‘, and their present conduct is the best proof of what we are saying.”

The Covenant of the Islamic Resistance Movement, 1988

Vergleichbare antisemitische Ideengebäude finden sich – was wenig verwunderlich ist – auch im deutschen und internationalen rechtsextremen Spektrum. In der Broschüre *Antisemitismus im politischen Extremismus* des BfV (2016) heißt es dazu: „Antisemitismus ist ein wesentliches Ideologieelement, ein übergreifendes Identifikationsmerkmal im Rechtsextremismus [...]. Rechtsextremisten argumentieren verschwörungstheoretisch und behaupten, ein „Weltjudentum“ mit den Machtzentren USA und Israel („USrael“) boykottiere einen dauerhaften Frieden und strebe nach der Weltherrschaft“ (S. 7). In der jüngsten Vergangenheit hat die sogenannte Reichsbürgerbewegung immer wieder mediale Aufmerksamkeit erlangt. Was zu Beginn oft noch belächelt wurde – man denke an Peter Fitzek und sein Königreich Deutschland –, wird immer mehr als Gefahr wahrgenommen. Schätzungen in Bezug auf die Anhängerschaft dieser Bewegungen liegen deutschlandweit etwa bei 12.000 Personen. Verschwörungstheorien und esoterische Weltbilder stellen für diese Gruppierungen eine wichtige Basis dar: Sie gehen davon aus, dass die Bundesrepublik so nicht existiert, teilweise wird sie sogar als Firma („BRD GmbH“) bezeichnet, was unter anderem dadurch untermauert wird, dass Bürger der BRD einen *Personalausweis* besäßen.

Auch wenn die NPD gerne von sich selbst behauptet, keine antisemitische Partei zu sein (NPD Homepage, 2017), finden sich im Umfeld der als rechtsextrem eingeordneten Partei immer wieder Aussagen, die als antisemitisch verstanden werden können. Horst Mahler, Ex-RAF-Anwalt und ehemaliges NPD-Mitglied, forderte 2000 ein „Verbot der jüdischen Gemeinden in Deutschland“ und bezeichnet den Judentum „als eine tödliche Gefahr für die Völker“ und fiel immer wieder durch Holocaustleugnungen auf, für die er auch verurteilt wurde. Auch von Seiten der AfD wird sich gerne Verschwörungstheorien bedient, um die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren. Es zeigt sich also, dass im Rechtsextremismus antisemitische und verschwörungstheoretische Topoi nach wie vor eine präzente Rolle einnehmen.

Verschwörungstheorien als Radikalisierungsbeschleuniger?

Bartlett und Miller (2010) haben versucht die Rolle von Verschwörungstheorien für verschiedene extremistische Gruppen auf Basis einer Analyse der narrativer dieser Gruppen näher zu beleuchten. Sie bezeichnen Verschwörungstheorien als eine Art Radikalisierungsbeschleuniger, die auch irgendwann zu einer Legitimierung von Gewalt führen können und ihrer Meinung nach insbesondere auf drei Wegen wirksam werden:

Separierung und Dämonisierung: Sie verschärfen ein Freund-Feind-Denken, ein „Wir gegen die Anderen“

- *Delegitimierung:* Kritiker werden delegitimiert und als Teil der Verschwörung markiert
- *Gewaltakzeptanz:* Sie können ein Fundament für gewalttätiges Handeln darstellen, ein rhetorisches Mittel, um Gewalt gegen andere zu legitimieren.

Verschwörungstheorien können die Funktion besitzen, Gruppen vom Rest der Gesellschaft abzuschirmen und andere nur noch als Feindbild zu betrachten. Wie bereits oben berichtet geht mit dem Glauben an Verschwörungen ein Bedürfnis nach Einzigartigkeit einher. Wie psychologische Forschung aufzeigen konnte, geht der Glaube an Verschwörungen mit dem Gefühl einher, dass die eigene Gruppe durch andere Gruppen (oder auch fremde bis unsichtbare Mächte) bedroht wird. Menschen mit gesteigerter Verschwörungsmentalität sehen sich auch stärker als Opfer, die Wahrnehmung als Opfer wird Teil der eigenen Identität (Cichocka et al., 2015). Auf diese Weise können Verschwörungstheorien Mitglieder einer sich radikalierenden Gruppe immer weiter vom Rest der Gesellschaft abschirmen. Dieser Prozess wird dann auch weiter verstärkt durch die Delegitimierung.



Abbildung 3: Deutsche Schlafschafe von ddbnews.wordpress.com

Ein weiterer Prozess, der eine Radikalisierung vorantreiben kann, ist die Delegitimierung all derer, die ein anderes Weltbild haben. In sozialen Netzwerken ist in Verschwörungskreisen beispielsweise oft die Rede von sogenannten Schlafschafen (siehe Abbildung 3). Im rechtsoffenen, verschwörungslastigen, der antifeministischen Männerrechtsbewegung entspringendem Webprojekt WikiMANNia heißt es dazu „Schafe sind dumm, aber glücklich. Dumme Bürger, die aber glücklich mit ihre Situation und der gesellschaftlich-politischen [sic!]Lage sind, werden deshalb manchmal auch Schlafschafe genannt. Damit sind äußerst naive, politisch unbedarfte Menschen gemeint“

(WikiMANNia, 2017). Der Begriff wird in der Regel für Menschen verwendet, die der formulierten Verschwörungstheorie kritisch gegenüberstehen. Damit wird jede Kritik unmöglich gemacht und damit die eigene Gruppe nach innen und außen gestärkt.

Ein dritter Prozess, der durch Verschwörungstheorien unterstützt werden kann, ist die Akzeptanz und Legitimierung von Gewalt gegenüber politische Gegner (Bartlett & Miller, 2010; Kofta & Sedek, 2005). Natürlich wird nicht jeder, der denkt, dass 9/11 von den USA inszeniert wurde, automatisch zum radikalisierten Gewalttäter. Es zeigt sich aber sowohl historisch als auch empirisch, dass Verschwörungstheorien immer wieder eine Rolle gespielt haben, wenn es um verschiedene Attentate oder Pogrome ging. Für die Attentäter auf das Murrah Federal Building in Oklahoma City im April 1995 spielten Verschwörungsdenken durchaus eine Rolle bei der Radikalisierung (Sunstein & Vermeule, 2008). Getrieben wurde der Haupttäter, Mitglied des Ku-Klux-Klan, nach Eigenaussagen durch den Hass auf die Regierung der bis zur Verschwörung reichte. Vor Gericht nannte Timothy McVeigh seine Tat einen Racheakt: Der Anschlag fand an dem Jahrestag der Räumung des Anwesens der Davidianer-Sekte statt, bei der 76 Menschen ums Leben kamen. Bartlett und Miller (2010) argumentieren, dass Teil jedes Verschwörungsnarratives die Idee sei, dass die jeweilige Gruppe in ihrer Meinung unterdrückt und von bestimmten Gruppen oder Mächten bedroht würde. Diese Bedrohungswahrnehmung kann dann wieder als Legitimierung von Gewalt gegen den Feind herangezogen werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es zwar historische Beispiele und erste Indizien zur Rolle von Verschwörungstheorien für Radikalisierungsprozesse existieren, die empirische Basis aber noch lange nicht zufriedenstellend ist. Insgesamt existiert noch zu wenig Forschung, die sich

zum einen gezielt mit der Rolle von Verschwörungstheorien im Radikalisierungsprozess auf empirischer Ebene befasst. Hier sollte weiter angesetzt werden.

Gegenstrategien?

Aus der (psychologischen) Forschung ist bisher nur wenig bekannt, welche Form von Ansätzen gegen Verschwörungstheorien hilfreich sein können. Ein Forschungsteam um Viren Swami konnte zeigen beispielsweise, dass Menschen, die zu analytischem Denken angeregt wurden, weniger an Verschwörungstheorien glaubten (Swami, Voracek, Stieger, Tran, & Furnham, 2014). Im Gegenzug konnte ein Forschungsteam zeigen, dass schon die Darbietung von Verschwörungstheorien dazu führen kann, dass Menschen stärker an Verschwörungstheorien glauben – unabhängig von ihrer Voreinstellung (Jolley & Douglas, 2014). Gezeigt wurde dies am Beispiel von Impfungen. Dies ist insbesondere deswegen problematisch, da sogenannte Impfkritik im Internet durchaus prominent vertreten ist und bei einer Google-Suche als eine der ersten Hits auftaucht.

Auch aus der Praxis gibt es aktuell noch zu wenige Ideen und Projekte, wie Verschwörungsdenken beziehungsweise ihren menschenfeindlichen Inhalten gesellschaftlich effektiv begegnet werden kann. Erste Ansätze aus der pädagogischen Praxis für den Bereich Prävention finden sich beispielsweise beim Berliner Träger KlGA e.V., der für SchülerInnen der Sekundarstufe II einen Workshop zum Thema Verschwörungstheorien anbietet und versucht die SchülerInnen für das Thema zu sensibilisieren. Hier sind „die Jugendlichen dazu eingeladen, anhand einer frei erfundenen Behauptung selbst eigene Verschwörungsgeschichten zu erfinden und „plausibel“ zu begründen“ (KlGA, 2017).

Für den Umgang mit Menschen aus dem Reichsbürgerspektrum werden gehäuft auch Empfehlungen von seitens verschiedenerer Behörden herausgegeben wie beispielsweise die Handreichung Hilfestellungen im Umgang mit Rechtsextremismus: Umgang mit „Reichsregierungen“ und „Reichsbürgern“ vom Landesamt für Verfassungsschutz Hessen oder *„Reichsbürger“ - Ein Handbuch*, von Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung (2015), die in der Regel aber stärker auf einen Umgang mit ReichsbürgerInnen im Kontext von Behörden fokussieren und eine Beschäftigung mit den ideologischen Versatzstücken daher nicht beabsichtigen.

Darüber hinaus finden sich international Projekte, die mehr auf den Umgang mit einzelnen Komponenten fokussieren wie beispielsweise der Online-Kurs *Making Sense of Climate Science Denial*, der Teilnehmende dazu befähigen soll, auf Argumente von Skeptikern des Klimawandels besser eingehen zu können, und wie man mit Fehlinformationen umgehen kann.

Fazit

Insgesamt ließ sich zeigen, dass Verschwörungsdenken beziehungsweise die Verschwörungsmentalität eine wichtige Variable darstellt, wenn es darum geht, gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen. Es sollte nicht übersehen werden, dass Verschwörungsdenken oftmals mit einem antisemitischen Blick auf die Welt einhergehen kann, was Verschwörungstheorien insbesondere aufgrund ihrer Verbreitung in der Gesellschaft gefährlich machen kann. Darüber hinaus können sie als Radikalisierungsbeschleuniger extremistische Gruppen noch weiter radikalisieren.

Literatur

- Bartlett, J., & Miller, C. (2010). *The power of unreason: Conspiracy theories, extremism and counter-terrorism*. London: Demos.
- Brotherton, R., & French, C. C. (2014). Belief in conspiracy theories and susceptibility to the conjunction fallacy. *Applied Cognitive Psychology*, 28(2), 238-248.
- Bruder, M., Haffke, P., Neave, N., Nouripanah, N., & Imhoff, R. (2013). Measuring individual differences in generic beliefs in conspiracy theories across cultures: Conspiracy Mentality Questionnaire. *Frontiers in psychology*, 4.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2016). *Antisemitismus im politischen Extremismus. Ideologische Grundlagen und Argumentationsformen*. Abgerufen unter <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/allgemeine-publikationen/broschuere-2016-02-antisemitismus>
- Cichocka, A., Marchlewska, M., & de Zavala, A. G. (2016). Does self-love or self-hate predict conspiracy beliefs? Narcissism, self-esteem, and the endorsement of conspiracy theories. *Social Psychological and Personality Science*, 7(2), 157-166.
- Clarke, S. (2002). Conspiracy theories and conspiracy theorizing. *Philosophy of the Social Sciences*, 32(2), 131-150.
- Decker, O., Kiess, J., & Brähler, E. (Eds.). (2016). *Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland/Die Leipziger Mitte-Studie 2016*. Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Kiess, J., & Brähler, E.. (2012). *Die Mitte im Umbruch: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Dietz.
- Demos (2015). *„Reichsbürger“ – Ein Handbuch*. Abgerufen von http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Reichsbuerger%20Ein%20Handbuch.pdf
- Fiske, S. T., Cuddy, A. J., Glick, P., & Xu, J. (2002). A model of (often mixed) stereotype content: competence and warmth respectively follow from perceived status and competition. *Journal of personality and social psychology*, 82, 878.
- Graeupner, D., & Coman, A. (2017). The dark side of meaning-making: How social exclusion leads to superstitious thinking. *Journal of Experimental Social Psychology*, 69, 218-222.
- Imhoff, R., & Bruder, M. (2014). Speaking (un-) truth to power: Conspiracy mentality as a generalised political attitude. *European Journal of Personality*, 28(1), 25-43.
- Imhoff, R., & Lamberty, P. K. (in press). Too special to be duped: Need for uniqueness motivates conspiracy beliefs. *European Journal of Social Psychology*.
- Imhoff, R., Lamberty, P.K., & Klein, O. (2017). *Using power as a negative cues: How conspiracy mentality affects epistemic trust in sources of historical knowledge*. Manuscript submitted for publication.
- Jolley, D., & Douglas, K. M. (2014). The effects of anti-vaccine conspiracy theories on vaccination intentions. *PloS one*, 9, e89177.
- Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. (2017). *Workshop "Verschwörungstheorien"*. Abgerufen von http://www.kiga-berlin.org/index.php?page=workshop-verschwoerungstheorien&hl=de_DE

- Kofa, M., & Sędek, G. (2005). Conspiracy stereotypes of Jews during systemic transformation in Poland. *International Journal of Sociology*, 35(1), 40-64.
- Lamberty, P.K. & Imhoff, R. (2017). *Powerful Pharma and its Marginalized Alternatives? Effect of Individual Differences in Conspiracy Mentality on Attitudes towards Medical Approaches*. Manuscript submitted for publication.
- Leman, P. J., & Cinnirella, M. (2007). A major event has a major cause: Evidence for the role of heuristics in reasoning about conspiracy theories. *Soc. Psychol. Rev*, 9, 18-28.
- Moscovici, S. (1987). The conspiracy mentality. *Changing conceptions of conspiracy*, 151-169.
- Sunstein, C. R., & Vermeule, A. (2009). Conspiracy theories: Causes and cures. *Journal of Political Philosophy*, 17(2), 202-227.
- Swami, V., Coles, R., Stieger, S., Pietschnig, J., Furnham, A., Rehim, S., & Voracek, M. (2011). Conspiracist ideation in Britain and Austria: Evidence of a monological belief system and associations between individual psychological differences and real-world and fictitious conspiracy theories. *British Journal of Psychology*, 102(3), 443-463.
- Swami, V., Voracek, M., Stieger, S., Tran, U. S., & Furnham, A. (2014). Analytic thinking reduces belief in conspiracy theories. *Cognition*, 133(3), 572-585.
- Van Prooijen, J.-W. (2016). Sometimes inclusion breeds suspicion: Self-uncertainty and belongingness predict belief in conspiracy theories. *European Journal of Social Psychology*, 46, 267-279.
- Van Prooijen, J. W., Krouwel, A. P., & Pollet, T. V. (2015). Political extremism predicts belief in conspiracy theories. *Social Psychological and Personality Science*, 6(5), 570-578.
- Whitson, J. A., & Galinsky, A. D. (2008). Lacking control increases illusory pattern perception. *science*, 322(5898), 115-117.
- WikiMANNia (2017). Schlafschaf. Abgerufen von <http://de.wikimannia.org/Schlafschaf>
- Wood, M. J., Douglas, K. M., & Sutton, R. M. (2012). Dead and alive: Beliefs in contradictory conspiracy theories. *Social Psychological and Personality Science*, 3(6), 767-773.

Von T-Shirts und unfreiwillig spendablen Neonazis

*Erfolgreiche Gegenstrategien in der Auseinandersetzung mit
freiheitsfeindlichen Ideologien*

Fabian Wichmann

Einleitung

Die ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur arbeitet in verschiedenen Phänomenbereichen von freiheitsfeindlichen Ideologien. Unter anderem ist sie der Rechtsträger von EXIT-Deutschland, einer Initiative, die seit 17 Jahren erfolgreich Neonazis beim Ausstieg aus der Szene hilft. Um diese Arbeit umsetzen zu können, werden Projektbestandteile von EXIT-Deutschland durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. Darüber hinaus ist EXIT-Deutschland für die Umsetzung der Ausstiegsarbeit auf Spenden angewiesen. Eine wichtige und notwendige Unterstützung, die aber NGO's immer wieder vor Herausforderungen stellt. Wie kann man auf die wichtige Arbeit aufmerksam machen sowie notwendige Spenden generieren, gleichzeitig auf gesellschaftliche Missstände hinweisen und Bürger in ihrem Engagement unterstützen.

Ähnliche Herausforderungen kennen auch zahlreiche Städte, Gemeinden und Bürger_Innen. Gedeckt durch das Demonstrationsrecht, marschieren Neonazis regelmäßig quer durch die Republik. So wie z. B. seit über 20 Jahren in der kleinen Stadt Wunsiedel in Oberfranken. Trotz zahlreicher Proteste der Bürger und Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht nutzen Neonazis die oberfränkische Stadt immer wieder als "Wallfahrtsort". Der Grund: Von 1988 bis 2011 befand sich hier die Grabstätte von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. Die Gedenkmärsche wurden dabei zu einer festen Institution der rechten Szene. Die Reaktionen auf diese Formen der Propaganda sind zum Teil sehr ritualisiert und beruhen auf bekanntem oder erwartbarem Kommunikationsverhalten. Insbesondere bei Neo-Nazi Demonstrationen, sind Eskalationen Bestandteil des Konzeptes. Die Inszenierung als ‚Saubermann‘, in Abgrenzung zu den

Gegendemonstranten, hat dabei nicht nur die positive Außenwirkung als Zielsetzung, sondern wirkt auch stabilisierend in die Gruppe hinein.

Ausgehend von dieser Situation galt es zu überlegen, wie man eine Ansprache dieser Gruppen erreichen kann, die nicht aggressiv, jedoch aktiv, mit einer deutlichen Stellungnahme verbunden irritierend wirkt und bekannte Reaktionsmuster hinterfragt. Dabei war es wichtig nicht nur eine Art Protest zu machen, sondern eine Narration zu entwickeln, die auf ironische Art, die vorgefundene Situation konterkariert und ihr eine neue, größere Narration entgegenstellt. Ironie und Witz sind dabei Mittel, die die Möglichkeit bieten, ernsthafte Sachverhalte entsprechend darzustellen und im Sinne des Gegenprotests anschlussfähig zu machen.

Die Ausstiegshilfe von EXIT-Deutschland basiert, auf der Idee der Freiwilligkeit. Der Erstkontakt muss durch die Person, die aussteigen möchte erfolgen. Hierzu muss diese jedoch von unserem Angebot wissen. Um dies zu gewährleisten und eine generelle Auseinandersetzung rund um das Thema Ausstieg in der Zielgruppe - aber auch in der Gesellschaft - zu erreichen, wurden diverse Formen der Zielgruppenansprache und „Gegenpropaganda“ entwickelt. Im Rahmen des Aktionskreis ehemaliger Extremisten' (AK) bzw. EXIT-Deutschland werden z. B. Flyer, Postkarten und Podcasts entwickelt. Für diese Auseinandersetzung wurde u.a. ein Newsblog¹ des AK eingerichtet, der von ehemaligen Extremisten redaktionell betreut wird, die sich dem Thema Ausstieg - national und international - annimmt.

Nachfolgend sollen drei Aktionen des Trägers als Fallstudien beschrieben werden, bei denen versucht wurde, neue Wege in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus aufzuzeigen. Alle Aktionen² wurden zusammen mit der Hamburger Werbeagentur Grabartz&Partner umgesetzt, mit der wir schon seit mehr als 10 Jahren erfolgreich zusammenarbeiten.

Operation Trojaner T-Hemd

Wie erreicht man eine Zielgruppe, die relativ abgeschottet agiert und kommuniziert mit einer Nachricht, die ihre Weltanschauung in Frage stellen soll — und das in gewohnter Umgebung und mit einem Überraschungseffekt? Diese Frage stellten wir uns gemeinsam mit unserem Partner aus der Werbebranche. Die Idee dahinter ist alt und geht zurück auf das trojanische Pferd — unser Trojaner war allerdings kein Pferd, sondern ein T-Shirt. Die T-Shirts bzw. T-Hemden in Szenejargon, wurden am 06. August 2011 in Gera auf dem Rechtsrockfestival „Rock für Deutschland“ von der NPD Thüringen als Veranstalter an der Kasse kostenfrei verteilt. Erst in den eigenen vier Wänden offenbarten die T-Shirts ihre wahre Absicht: Der Aufdruck mit einem Totenkopf, der Aufschrift „Hardcore Rebellen“ und den geschwenkten Fahnen der Freien Kräfte verschwand nach dem ersten Waschen und sichtbar wurde die Botschaft „Was dein T-Shirt kann, kannst Du auch — Wir helfen Dir Dich vom Rechtsextremismus zu lösen. EXIT-Deutschland“.

Umsetzung

Über eine fiktive Person, die vorgab, sich aus dem politischen Kampf zurückgezogen zu haben, aber dennoch den politischen Kampf unterstütze, suchten wir den Kontakt zum Veranstalter des Konzertes, der NPD Thüringen. Um die Authentizität zu haben, eigneten wir uns die Narrative und Sprache der rechtsextremen Szene an und verarbeiteten diese in dem E-Mail-Verkehr mit dem Veranstalter. Nach einigen Nachfragen und einem verschobenen Treffen — das dann doch nicht stattfand — wurde uns wenige Tage vor dem Festival eine Kontaktadresse zugesandt. Die

1 www.ak-exit.de

2 Für Rechts gegen Rechts wurden wir weiterhin durch die Werbeagentur GGH-Lowe unterstützt.

anfängliche Skepsis wich der Freude über die in Aussicht gestellte Spende und etwaige Bedenken, sowie ein gefordertes Treffen, konnten mit einer Ausrede unsererseits verhindert werden. Von nun an ging alles ganz schnell. Die Pakete wurden von uns 4 Tage vor dem Festival bei der Post aufgegeben, die T-Shirts am Eingang von den Veranstaltern verteilt und bereits 24 Stunden später kursierten innerhalb der Szene die erste SMS mit folgender Warnung: „Achtung Fälschung! Gestern wurden auf dem RfD T-Shirts verschenkt, die unter dem Aufdruck Hardcore Rebellen eine Botschaft von Exit, dem staatlichen Aussteigerprogramm haben. Diese Botschaft wird erst nach dem Waschen sichtbar. Exit hat hier mehrere tausend Euro Steuergeld verschwendet“ (sic.). Am Montagmorgen fand sich der Hinweis auch auf der Facebook-Fanseite des Festivals, und die Szene diskutierte die Aktion. Die Beiträge – vom Aufruf die T-Shirts zu verbrennen bis hin zu anerkennenden Kommentaren zeigten, dass die Aktion ihre Zielgruppe erreicht hat. Wenige Stunden später reichte es dem Administrator der Seite offenbar, und die Seite wurde vom Netz genommen. Doch die Diskussion ging weiter. In einschlägigen Foren verbreitete sich die Aktion und die wildesten Konteraktionsideen und Spekulationen kursierten.



Abbildung 1 Das trojanische T-Shirt vor und nach dem Waschen.

Eine maßgeschneiderte Zielgruppenansprache

Die rechtsextreme Szene zeigte sich verunsichert und fragte sich, wie man solche Spenden annehmen konnte und wer dafür verantwortlich sei. Der von der Aktion überrumpelten Veranstalter des Festivals in Gera reagierte zunächst nicht. Erst Tage später ließ der Kreisverband der NPD Thüringen in einer sichtlich unbeholfen geschriebenen Pressemeldung verlauten, dass mindestens „2000 Euro Steuergelder verschwendet“ wurden und weiter „Der Kreisvorsitzende Gordon Richter reagierte mit Unverständnis auf diesen Scherz“. Ein Scherz war die Aktion von EXIT-Deutschland – einem nichtstaatlichen Aussteigerprogramm, allerdings nicht. Mit den T-Shirts wollten wir unser Angebot in der Szene bekannter machen und vor allem die jungen und noch nicht gefestigten Rechtsextremen ansprechen. Weiterhin wollten wir unser Anliegen direkt ins Milieu hineinzutragen – das haben wir erreicht. Die „Operation Trojaner T-Hemd“ war in diesem Zusammenhang ein Element, um die rechtsextreme Szene direkt anzusprechen. Selbstredend werden diese und andere Aktionen in der Situation keinen Rechtsextremisten dazu bringen, seine fremdenfeindliche und antisemitische Ideologie von heute auf morgen zu überdenken, dennoch speichert sich der Name EXIT-Deutschland in den Köpfen ab. Und wenn dann jemand darüber nachdenkt, die Szene zu verlassen, wird er sich an EXIT erinnern.

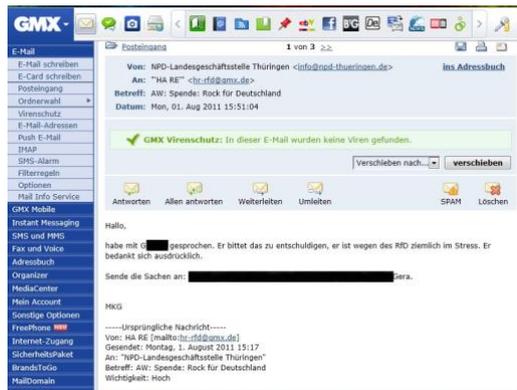


Abbildung 2 Die thüringische NPD bedankt sich für die Spende und nennt eine Adresse für den Versand. Die T-Shirts werden am Eingang an die Gäste verteilt.

„Operation Trojaner T-Hemd“ war der Social-Media-Hit 2011

Mit einem trojanischen Shirt hat EXIT-Deutschland im Sommer 2011 für Aufsehen in der rechtsextremen Szene und darüber hinaus gesorgt. Fast 100.000 Mal wurde der Artikel, den die Süddeutsche Zeitung über die Aktion geschrieben hat, bei Facebook, Twitter und Google+ empfohlen – eine gigantische Zahl, an die 2011 laut ZDF-Hyperland-Charts kein anderer publizistischer Beitrag herankam. Aber nicht nur die Empfehlungen in sozialen Netzwerken waren gigantisch. Mehr als hundert internationale Medien berichteten über die „Operation Trojaner T-Hemd“, darunter Times, Guardian, BBC, Le Monde, die Rachel Maddow Show, The Local, Toronto Sun, Herald Sun oder Chinadaily. Hinzu kamen Berichte in der australischen, neuseeländischen, japanischen, polnischen, russischen und südafrikanischen und arabischen Presse. In Deutschland berichteten über 200 Zeitungen, Blogs und Foren über die Aktion, darunter die Süddeutsche Zeitung, der Stern, der Spiegel und viele andere Tageszeitungen.

Rechts gegen rechts - Der unfreiwilligste Spendenlauf Deutschlands

Rechts gegen Rechts - Der unfreiwilligste Spendenlauf Deutschlands ist eine vom Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) gGmbH entwickelte Form des Gegenprotestes auf Neo-Nazi Demonstrationen. Die Demonstranten geben unfreiwillig, zuvor bereitgestellte Spenden durch ihre Anwesenheit frei.

Die Idee dahinter basiert auf der Subversion des eigentlichen Demonstrationszweckes: Wenn man sie schon nicht davon abhalten kann zu demonstrieren, so soll man sie aber wenigstens für etwas Sinnvolles laufen lassen, zum Beispiel gegen sich selbst.



Abbildung 3 „Wenn das der Führer wüsste!“ Eines der Banner die am Rande der Demonstration installiert worden sind.

Idee

Die entwickelte Idee ist einfach. Sie stellt die Demonstranten vor ein Dilemma: Entweder Abbruch der Demonstration oder unfreiwilliges Erlaufen für einen Verein oder eine Organisation, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert. Die Demonstranten werden dabei zu Statisten ihrer eigenen Demonstration instrumentalisiert und neben der konkreten Hilfe durch die gesammelten Spenden, wird ihr Demonstrationsanliegen satirisch aber friedlich kontaktiert.

Geschichte und Umsetzung

Zu ersten Mal wurde diese Aktion am 15. November 2014 in Wunsiedel umgesetzt. Initiiert wurde der erste unfreiwillige Spendenlauf in Wunsiedel von ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH, Projektstelle gegen Rechtsextremismus Bad Alexandersbad, Bayerischer Verein für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde e.V., Wunsiedler Bündnis gegen Rechtsextremismus, Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus Wunsiedel, Stadt Wunsiedel sowie unterstützt durch zwei Hamburger Werbeagenturen. Für jeden gelaufenen Meter gingen 10 € an EXIT-Deutschland – ein Aussteigerprogramm für Neonazis. Entlang der Demonstrationsstrecke wurden Plakate und Banner befestigt, welche ironisch auf die Aktion mit „motivierenden“ Sprüchen Bezug nahmen. Zum Beispiel: "Wenn das der Führer wüsste" und "Flink wie Windhunde, zäh wie Leder - und großzügig wie nie!" Die Strecke wurde zuvor mit den jeweiligen Spendenständen besprüht. Am Ziel gab es für die Teilnehmer symbolische Urkunden sowie Konfetti.

Im Vorfeld gab es nur einen sehr begrenzten Kreis an Personen, die von der geplanten Aktion Kenntnis hatten. Die Verantwortlichen der Stadt, wie der Bürgermeister, die Polizei sowie die lokale Presse wurden nicht über die Umsetzung in Kenntnis gesetzt. Erst am Morgen des Aufmarsches, als die Banner und Straßenmarkierungen installiert wurden, wurden diese Gruppen darüber informiert. Einige wenige Journalisten wurden im Vorfeld darüber in Kenntnis gesetzt,

dass wir etwas planen, kannten jedoch nicht die genaue Idee. Die gesamte Aktion war bis auf die letzten Stunden konspirativ vorbereitet worden. Dazu gehörten nächtliche Streckenbegehungen, Briefings, das verstecken des Transporters mit den Konfettikanonen sowie ein Sicherheitskonzept, das speziell für den Tag entwickelt wurde.

Um die Rechts gegen Rechts entsprechend umzusetzen, gab es ein Kamerateam vor Ort, das das aufgenommene Filmmaterial umgehend in die eigens eingerichtete Zentrale brachte, wo es verwertet oder für den Film aufbereitet wurde. Weiterhin gab es ein Foto-Team und Streckenposten, die Updates von einzelnen Abschnitten in die Zentrale übermittelten. Aus dieser Zentrale heraus wurde die gesamte Kommunikation betrieben, dort wurden die Statusbeiträge für die Sozialen Medien und den Liveticker verfasst. Gegen 21.00 Uhr wurde dann der Film zur Aktion bei YouTube eingestellt. Was danach geschah, übertraf jedoch all unsere Erwartungen. Innerhalb kürzester Zeit wurde das Video geteilt, kommentiert und verbreitet. Der Anmelder der Demonstration, reagierte anfänglich mit Ignoranz und Realitätsverweigerung. Die angekündigte Live-Kommentierung via Twitter fand nicht statt, bei der Veröffentlichung von Bildern wurde darauf geachtet, dass es keine bildlichen Bezüge zum Spendenlauf gab. In einem ersten Bericht sprach der Anmelder von einem vollen Erfolg der Demonstration, da sich angeblich ein Großteil der Bürger und Bürgerinnen von Wunsiedel an dem Aufmarsch der Rechtsextremen beteiligen wollten, dies aber aus Angst nicht taten. Eine Wahrnehmung, die sich weder durch die Geschehnisse vor Ort noch, durch die Nachberichterstattung bestätigen lässt. Das Gegenteil war der Fall.

Die Aktion löste national und international großes Medieninteresse aus. Diverse Medien im In- und Ausland berichteten über den Protest. Die ursprünglich bereitgestellte Spendensumme in Höhe von 10.000 Euro wurde aufgrund von weiteren Spenden während des Marsches fast verdoppelt. Mit dazu beigetragen hat, das noch am gleichen Abend eingestellte Video, das zu einem Viral-Hit wurde.

Ergebnis

Mithilfe der Wunsiedler Bürger und unseren Partnern machten wir heimlich aus dem Nazimarsch den unfreiwilligsten Spendenlauf Deutschlands. Dafür wurden vorab 10.000 € bei den Bürgern und regionalen Unternehmen eingesammelt und für EXIT-Deutschland bereitgestellt – so wie es bei einem Spendenlauf üblich ist. Das alles wurde als Liveevent im Internet übertragen. Bereits während des Laufs besuchten so 21.000 Menschen die Microsite und konnten dank der interaktiven Karte, des Live-Tickers und der Social-Media-Wall online verfolgen, was in Wunsiedel gerade passiert. Mehr als 800 Presse-Artikel in mehr als 40 Ländern. Insgesamt wurden allein in Deutschland mehr als 24 Mio. Menschen erreicht. Das englische und das deutsche YouTube-Video wurden mehr als 2,5 Mio. Mal angeschaut. Allein über Facebook erreichten die Aktion mehr als 2,1 Mio. Menschen. Bis zum 19.12.2014 betrug der Spendenstand 20.000 Euro von mehr als 230 Spendern.

Nach Wunsiedel sind bereits jetzt - durch diese Mechanik – mehr als 53.000 Euro für Projekte in den Bereichen Migration und Rechtsextremismusprävention gespendet worden. Doch damit nicht genug. Die Aktion Rechts gegen Rechts, wurde die weltweit erfolgreichste Kampagne des Jahres 2014.³ Sie wurde unter anderem für den IndexAward 2015, den Smart Hero Award 2015 nominiert und erhielt den Sonderpreis des Deutschen Fundraising Verbandes, den Politik Award

3 https://www.wuv.de/agenturen/rechts_gegen_rechts_ist_weltweit_erfolgreichste_kampagne

sowie zahlreiche weitere internationale wie auch nationale Preise.⁴ Nach Wunsiedel wurde die Mechanik zu einem „Minifundraising-Tool“ weiterentwickelt und damit weiteren Nutzern und Spendenempfängern zugänglich gemacht. Nutzer können sich auf der Seite anmelden und erhalten, wenn die Aktion umgesetzt werden kann, Zugang zu ihrem Unteraccount, Tipps sowie nach Möglichkeit die Banner als Leihgabe. Über die zur Verfügung stehenden Sozialen-Medien werden die einzelnen Aktionen dann beworben oder Live begleitet.

Seit 2014 wurde Rechts gegen Rechts in diversen Gemeinden umgesetzt, kopiert und hat weitere Akteure und Initiativen inspiriert. 2017 wurde es auch in der schwedischen Stadt Falun umgesetzt, wo schwedische Neo-Nazis - der Idee von Rechts gegen Rechts entsprechend - 12.000 Euro für Projekte gegen Rechtsextremismus erliefen, unter anderem für das Projekt EXIT-Schweden.

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in Deutschland 2015 offenbarte sich in den Kommentarspalten der sozialen Netzwerke unverhohlener Hass und Fremdenfeindlichkeit der Kommentatoren. Aus dieser Situation heraus, haben wir die Idee der unfreiwilligen Spende adaptiert, um Hasskommentare auf Facebook in etwas Gutes umzuwandeln. Die Aktion wurde mit der Unterstützung von diversen Partnern als *Hass hilft* bei Facebook umgesetzt.



Abbildung 4 Markierungen auf der Straße informierten über den aktuellen Spendenstand.

4 <http://zentrum-demokratische-kultur.de/zdk/?c=auszeichnungen>

#HassHilft



Abbildung 5 Einige der Antwort-Memes, die Verfasser von Hasskommentaren erhalten.

Die Idee ist die digitale Fortsetzung von „Rechts gegen Rechts – der unfreiwilligste Spendenlauf Deutschlands“. Die neue Initiative steht unter dem ironischen Motto „Hass hilft“. Denn Hass hilft hier wirklich. Diverse Partner und unzählige Nutzer stellen Mittel zur Verfügung, die in unfreiwillige Spenden verwandelt werden. Für jedes entdeckte Hass-Posting wird ein Euro aus dem bereitgestellten Geld gespendet. Und zwar für die Aktion Deutschland Hilft und EXIT-Deutschland. Je mehr Hass-Postings, desto mehr Spenden für die Aktion Deutschland Hilft und Ausstiagsarbeit von EXIT.

„Unter „Hass-Kommentar“ verstehen wir Äußerungen in sozialen Netzwerken, in denen Menschen erniedrigt, verunglimpft oder in ihrer Menschenwürde herabgesetzt werden bzw. Äußerungen, in denen zu Gewalt aufgerufen oder Menschen Gewalt angedroht wird. Und zwar aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermuteten Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe, ihrer politischen Einstellung, ihrer sozialen Zugehörigkeit oder auch aufgrund rein äußerlicher Merkmale. Dabei richtet sich die Äußerung verallgemeinernd (rassistisch, antisemitisch, fremdenfeindlich, homophob, abwertend gegenüber Behinderten oder Obdachlosen oder sexistisch) gegen die gewählte Gruppe als Ganzes. Hass-Kommentare gilt es im Einzelfall auch auf strafrechtliche Relevanz zu überprüfen.“⁵

Damit stecken nun nach den Neonazis in Wunsiedel auch Online-Hasser und -Hetzer in einer Zwickmühle: Entweder sie hören auf, fremdenfeindliche Kommentare zu posten – oder sie

sammeln mit jedem einzelnen Post Geld gegen ihre fremdenfeindlichen Interessen. Dabei geht es uns nicht um das Zensieren von Inhalten. Die Aktion soll Nutzer dazu anregen darüber nachzudenken, wie im Netz diskutiert wird. Hass darf um den Preis der Menschenwürde nie toleriert werden.

Umsetzung

Mit einem eigens programmierten Tool, das den jeweiligen Facebook-Seitenadministratoren zur Verfügung gestellt wird, kann einfach und praktisch "auf Knopfdruck" jeder Hass-Kommentar in eine Spende umgewandelt werden. Darüber hinaus wurde eine eigene Internet-Präsenz für die Aktion erstellt. Hier ist der aktuelle Spendenstand einzusehen, die letzten Hass-Posts werden veröffentlicht sowie eine "Top-Ten-Liste" der eifrigsten Hass-Poster. Weiterhin gibt es einen umfassenden Abschnitt, der Privatpersonen aufzeigt, welche weiteren Möglichkeiten sie haben, um aktiv zu werden gegen Hasskommentare im Internet. Über die Facebook-Seite der Aktion können die Nutzer Kontaktaufnahmen, die Aktion unterstützen und damit einen aktiven Beitrag in der Auseinandersetzung mit Hasskommentaren im Netz leisten.

Die Seite wird, durch engagierte Personen, ehrenamtlich betrieben und durch den Aktionskreis ehemaliger Extremisten / EXIT-Deutschland unterstützt. Der Aktionskreis will Extremisten ansprechen und in der Öffentlichkeit aufklären, welche Ideen und Theorien den Hintergrund dieser Ideologien und Aktivitäten bilden. Er besteht aktuell zumeist aus Personen mit ehemaligen rechtsextremen Hintergrund, wollen aber perspektivisch auch andere Personen in die Arbeit einbeziehen.

Ergebnisse

Nach mehr als eineinhalb Jahren, wurde die Aktion vielfach ausgezeichnet und bis Mai 2017 konnten 53.000 Euro an Spenden gesammelt und weitergegeben werden. Spenden, mit denen praktische Hilfe geleistet werden kann. Die Reichweite der Facebook-Seite reicht von 250.000 Nutzer die Woche bis zu über einer Million. Täglich interagieren auf der Seite mehrere zehntausend Personen. Insgesamt erreichte die Aktion seit ihrem Start mehr als 40 Millionen Nutzer, allein über Facebook. Sie reagieren auf die Statusbeiträge der Seite oder senden Hasskommentare, nicht selten im Schnitt 30-50 Nachrichten. Seit dem Start 2016 reagierten Nutzer auf 40.000 Hasskommentare. Weiterhin wurde Hasshilfe, wie auch schon Rechts gegen Rechts, unter anderem mit dem Politik Award ausgezeichnet, von der europäischen Kommission in die Best Practice Datenbank aufgenommen und erhielt den deutschen Preis für Onlinekommunikation.



Abbildung 6 Die Facebook-Seite der Aktion.

Anders als bei Rechts gegen Rechts oder dem trojanischen T-Shirt, ist die Zielgruppe in diesem Fall deutlich heterogener. Unter den beantworteten Beiträgen finden sich Nutzer, die keinerlei Bezüge zum organisierten Rechtsextremismus haben, weiterhin sogenannte Trolle und Nutzer, die deutliche Bezüge zur rechtsextremen Szene haben. Abgesehen von diesen Unterschieden, gibt es bei den Nutzergruppen Übereinstimmungen bezüglich ihrer Artikulationen. Die Beiträge, die durch #HassHilft kommentiert werden, entsprechen - unserer Definition folgend - den Kriterien eines Hasskommentars. Betrachtet man sich die Reaktionen der Hasskommentatoren, die angeschrieben wurden, lassen sich unterschiedliche Reaktionen beschreiben:

- **Unterbrechung** - Ein Großteil der Nutzer reagiert nicht auf die humorige Antwort, es werden aber auch keine weiteren Kommentare unter dem Kommentar verfasst.
- **Löschung durch Seite** - Einige Seitenadministratoren löschen die markierten Beiträge, da sie der Netiquette der Seite nicht entsprechen oder die Seite ein anderes Bild nach außen abgeben möchte, als dass durch die Nutzer dargestellt.
- **Löschung durch den Nutzer** - Aufgrund der Antwort mit dem anhängigen Meme, löschen einige Nutzer ihre Beiträge kommentarlos.
- **Entschuldigung** - In wenigen Fällen kam es zu Entschuldigungen durch den Nutzer, der dann darauf verwies, dass entweder Alkohol, ein falsch eingeschätzte inhaltliche Tragweite oder ein Missverständnis die Ursache für den Ausgangspost waren.
- **Weitere Hasskommentare** - Neben sogenannten „Trollen“, Person, die ihre Kommunikation im Internet auf Beiträge beschränken, die auf emotionale Provokation anderer Gesprächsteilnehmer, mit der Motivation, eine Reaktion der anderen Teilnehmer zu erreichen zielt, finden sich andere Nutzer die mit weiteren Hasskommentaren reagieren.

Einige Nutzer sorgten aufgrund ihrer Antworten für einen besonderen Unterhaltungswert, in dem sie mitteilten, dass sie ihren Kontostand und ihre Geldbörse auf mögliche Abzüge oder Ausgänge prüften und feststellten, dass dies nicht der Fall war. Weiterhin konnte beobachtet werden, dass auf eine gezielte Aufforderung bestimmter Nutzer, Hasskommentare zu verfassen, mit dem Ziel diese zu Spenden zu machen, durch diese nicht eingegangen wurde. Die so angesprochenen Nutzer kokettierten zuvor damit, Hasskommentare zu verfassen, da es sie nicht interessierte ob andere Menschen dafür spenden. Wurden diese Personen aufgefordert Hasskommentare zu schreiben, schrieben diese, sofern sie überhaupt welche schrieben, Kommentare die weder beleidigend noch von Hass gekennzeichnet waren.

Generell konnte beobachtet werden, dass vermutlich aufgrund der generell auf Satire ausgerichteten Kommunikation, die Nutzer sich dieser Art der Kommunikation anpassten und in der Regel, weniger eindeutig als Hasskommentare zu bezeichnende Beiträge auf der Seite hinterließen. Das ist besonders interessant, da viele Nutzer die zuvor mit der Spendenantwort der Seite angeschrieben wurden, danach die Seite besucht haben und auch dort kommentierten. Auf der Seite dann aber nicht in der zuvor gezeigten drastischen Ausdrucksweise.

Zusammenfassung

Die beschriebenen Aktionen haben gemeinsam, dass sie das Angebot von EXIT-Deutschland auf eine leichte und witzige Art transportieren. Zum einen an dem Hauptadressaten, potentielle Aussteiger und zum anderen auf humorige Art, auf Probleme aufmerksam machen und dabei Möglichkeiten der Auseinandersetzung aufzeigen. Insbesondere über die satirische Form der Kommunikation werden dabei bekannte, ritualisierte Kommunikations- und Verhaltensmuster gebrochen und das eigentliche Anliegen oder die angestrebte Inszenierung konterkariert. Das Narrativ des Heldengedenken in Wunsiedel wurde über die Aktion dekonstruiert und anschließend zu einem neuen Narrativ rekonstruiert.

Die beschriebenen Beispiele leben dabei von Kommunikation und Interaktion. Daher ist es bei diesen Aktionen essenziell, die primäre Zielgruppe, also den Adressaten der Nachricht, zu kennen und zu analysieren. Die Sprache und Symboliken zu kennen um diese zu nutzen sowie die von den Gruppen genutzten Narrative. Weiterhin muss eine klare Vorstellung des zu erreichenden Ziels bestehen. Die W-Fragen stehen für die erfolgreiche Umsetzung im Zentrum

- Wer ist der Absender? Wer ist der Adressat?
- Was soll die Aktion erreichen?
- Wann soll es umgesetzt werden?
- Wo soll es umgesetzt werden? Welche Medien werden genutzt.
- Warum? Was ist der konkrete Hintergrund.
- Wie soll es umgesetzt werden?
- Wozu? Geht es darum ein Modell zu entwickeln, eine Gruppe zu unterstützen oder auf ein Thema aufmerksam zu machen?

Das klare formulieren einer Zielgruppe und eines Ziels, vereinfacht die Planung und ist maßgeblich für den Erfolg und die Ausgestaltung der gesamten Idee. Bei der Planung und Umsetzung solcher CVEs ist es weiterhin wichtig, über die Distributionswege nachzudenken und die Möglichkeiten der Sozialen-Medien zu nutzen. Doch müssen die eigenen, oder präferierten Medien nicht zwangsläufig der Räume sein, in dem die konzipierte Idee umgesetzt werden kann, da die

Zielgruppe möglicherweise andere Medien nutzt. Zusammengefasst bedeutet das, on- und offline Aktionen miteinander zu verschränken, Zielgruppen und Nutzer orientiert, strategisch, langfristig und professionell zu kommunizieren.

„Re-write the rules instead of playing along“ ist in diesem Sinne wörtlich zu nehmen. Um Irritation beim Adressaten zu erzeugen bieten sich Formen von paradoxer Intervention oder des Reframing an, die die Situation in einem völlig neuen Kontext bringen und den Adressaten zu einem Statisten werden lässt. Diese müssen dabei aber innovativ, emotional und authentisch sein.

Aktionen wie die beschriebenen, sind natürlich nicht ohne Partner umsetzbar. Für die Umsetzung bedarf es verlässliche, interdisziplinär arbeitende, professionelle Partner, wobei in diesem Zusammenhang nicht nur auf die Fähigkeiten des Einzelnen, sondern mehr um das produktive Zusammenspiel aller geht. Letztlich Bedarf es auch etwas Glück und Inspiration. Einschränkungen können in diesem Zusammenhang sogar mal produktiv sein, denn die Suche nach Lösungen kann der Kreativität Vorschub leisten. Die Erfahrung hat darüber hinaus gezeigt, dass diese Art, der durchaus provokanten Intervention, sich nicht negativ auf unsere Ansprechbarkeit für unsere Zielgruppe auswirkte. Das Gegenteil war der Fall. Nach Rechts gegen Rechts in Wunsiedel, haben sich unter anderem Demonstrationsteilnehmer bei EXIT gemeldet und wurden bei Ihrem Ausstieg begleitet.

In diesem Sinne bilden diese Aktionen den Gesamtansatz von EXIT-Deutschland ab. Unserem Motto: „Es gibt immer eine Alternative“ entsprechend, sind wir bemüht, den Anforderungen und Rahmenbedingungen gerecht werdend, der vorgefundenen Situation einen alternativen Entwurf entgegenzustellen und mit konkreter Hilfe zu verbinden.

4 Ways To Turn The Neo-Nazi Agenda On Its Head

Sometimes humor and acceptance are more powerful than confrontation.

Fabian Wichmann

How do you fight right-wing extremism without resorting to aggression or provocation? After a decade of working on the re-education of former neo-Nazis in Germany, I still struggle with that question.

As I watched events unfold in Charlottesville, Virginia, similar questions were being brought up in the United States. The immediate aftermath of that violent night — and the chaos that followed — unleashed a new set of raw emotions across the country. People who saw what happened as contrary to what America stands for wondered how they could battle these white supremacists, neo-Nazis and racists effectively without sinking to their level. Many are still wondering if not physical confrontation, then what?



It may give Americans some solace to know that Germany has come up with an alternative — one that I believe is worth emulating.

“Irony, absurdity and humor are often the best resources to change the narrative of neo-Nazism for the better.”

For years, an annual neo-Nazi march has been held in the town of Wunsiedel, Germany, where I often work, and where the grave of Adolf Hitler’s deputy Rudolf Hess was located until 2011. Because of its historical significance, neo-Nazis flocked here and held commemorative marches. Similar to some of the rallies seen in the U.S., these extremists walked through the streets carrying flags and signs representing their agenda, often with the goal of provoking their opponents to intense frustration and even violence.

But such reactions aren’t so common in Wunsiedel anymore, in part because German citizens and organizations like mine — EXIT Germany — took it upon themselves to find another method of resistance: humor.



Today, Wunsiedel is famous for being the place that pranked neo-Nazis by turning their own march into a charity walkathon. In 2014, townsfolk cheered the neo-Nazis on as they walked, knowing that each step meant more money donated to an organization that opposed the very agenda they were there marching for.

Many people I talk to find it bizarre at first, but I truly do believe this to be an effective form of subversion. Irony, absurdity and humor are often the best resources to change the narrative of neo-Nazism for the better.

Americans trying to figure out what to do post-Charlottesville should take a page from Wunsiedel. These methods of resistance have worked for this town — and for Germany more generally. Here are four ways to fight right-wing extremists and turn their agenda on its head.

#1. Rewrite the rules

It's easy to brand right-wing extremists as "the other," but alienating them won't help.

For anyone who considers himself relatively open-minded to diversity, the natural reaction to racist chants at right-wing extremist marches like those in Charlottesville may be to write those people off as revolting, inhuman, beneath what it means to be a worthwhile member of society. But to do that would be a mistake. As hard as it may be, you can't look at the actions of neo-Nazis and white supremacists and brand them as "the other." Instead, you need to rewrite the rules — show empathy and listen to their grievances when mainstream society expects you to do the opposite.

The only way to truly fight back and change the reality is to understand where these people are coming from — to study the communication and interaction of these right-wing extremist groups. If you want to change lives and perspectives, you need to be able to target their base, their audience. You need to analyze them, to know about the specific symbolism or codes of ethics they believe in, and be able to use those to change the narrative and engage more directly with extremist members on an individual level.

This is where we have seen some shortcomings in the ways some activists in the U.S. have handled recent events. Given the turbulent and unsettling history with white supremacists, the frustration is understandable and even justified. But blindly counterprotesting without a deep knowledge of the mindset of the other side often alienates right-wing extremists and serves little purpose in changing hearts and minds in the long run. It just gives them what they want — more attention and more controversy.

Instead, tackle the issue on a personal level. Use this as a moment to show them that while you may not respect the values of their organization, you recognize them as an individual with their own set of struggles and will not dismiss them entirely as a result.

#2. Turn their agenda in your favor on the ground

In many cases, as we saw with Charlottesville, the first course of action many take is to try and legally shut down white supremacist groups and take away their permits to organize. However, this can prove difficult under laws of free speech. So when one cannot legally prevent right-wing extremists from organizing, let them demonstrate, but channel their efforts to benefit your own instead.

This is what we did in Germany, in Wunsiedel. The idea behind Nazis against Nazis, is that with every step of their march, the extremists inadvertently unlocked funds raised against their cause. As a result, we subverted their real purpose.

The program, a form of counterprotest, presented the neo-Nazis with a dilemma: abandon the demonstration or go ahead with the knowledge that they would be raising money for an organization that is working against their cause. As a result, their exclusive narrative was satirically and peacefully counteracted.

This activity, which has quickly spread to many different cities in Germany and Sweden, could likely be applied to U.S. rallies like the one in Charlottesville. In Germany alone, more than 47,000 euros have been donated to projects working to help refugees and neo-Nazi prevention as a result of this project's resistance efforts.

#3. Convert online hate into support for marginalized groups

The internet has become a big way to spread hate, but that doesn't mean it can't be used for the opposite.

In today's digitally driven, social media-dominated age, countering extremists like neo-Nazis and white supremacists requires more than just ground fighting. In fact, some would argue that the majority of these groups coordinate their efforts online. So how does one combat right-wing extremism in the digital space?

Yet again, the answer is to turn their own hate against them — a digital continuation of the “Nazis against Nazis” counterprotest idea, if you will.

In Germany, we launched, Donate the Hate, an initiative that allows various larger financial partners, such as media companies, professional soccer teams and independent online users to make it possible for us to transform hate speech on Facebook into involuntary donations against far-right and other xenophobic causes. For every intolerant comment encountered, a euro from the sponsor fund goes to a refugee project. The more hatred, the more donations, placing the extremists in another dilemma: either they stop xenophobic comments, or with every new post, they send money directly to causes that combat their xenophobic interests.



After a year and a half, the system has collected more than 50,000 euros of donations. And beyond just the monetary help it has provided to refugees and efforts fighting neo-Nazism in Germany, a friendly comment is issued in response to each hateful one, thanking each commenter personally for their donation to the cause. This hopefully opens people up to a friendly opposing perspective that they are not used to.

In a place like the U.S., where political party polarization is increasingly prevalent in spaces like Twitter, this positive online response to hate is as significant as it is refreshing. It yet again throws the perpetrator of hate off guard, and in doing so, often makes them more willing to read into

the causes of the other side since they've ultimately invested themselves in it one way or another.

#4. Show them that they will be welcomed back into society

But even with all this money raised from prank charity marches and social media trolling, how does one change the hearts and minds of those invested in right-wing extremist causes in the long term?



This brings us back to the first point — empathy. How do we make those shows of compassion more tangible? In order to ensure our little efforts hold weight, those leaving extremist groups need to be aware that they have a place in society if they choose to take it, that there's a chance to actually change if they want to. And that there are organizations willing to help them.

In the aftermath of Charlottesville, it's easy to see the distaste for the white supremacists protesters — just look at the numerous articles detailing the need to take the movement down. One online campaign worked tirelessly to identify and publicly shame those who had participated in the rally. And even if we are showing empathy on a personal level, organizational alienation such as this still pushes right-wing extremists back into the comfort of their extremist groups.

While outing these people may give us satisfaction in the short term — and even lead to arrests of those spouting hatred — from the extremist's perspective, it also solidifies for many of them the thought that they are increasingly isolated from a mainstream, diversity-embracing society.

One way we can show them otherwise is through organizations like the one I work for, EXIT Germany, which focuses on giving right-wing extremists an outlet and support system to escape neo-Nazi culture. Providing spaces like ours for right-wing extremists to feel they can leave and reintegrate into society without judgment is incredibly important. I have seen firsthand how such programs provide an out to many former extremists who felt like the groups they were a part of were the only place they would ever find acceptance.

“The offer of help from the outside in a witty and kind way goes a long way simply because members of extremist groups often don't expect it.”

For instance, in the summer of 2011, we distributed T-shirts for free with a skull, right-wing flags and the words “hardcore rebels” at the right-wing rock festival Rock for Germany. At first glance,

the shirt seemed to support the sentiments of right-wing rock fans. But the surprise effect became visible after the T-shirt was washed. A different message appeared: “What your T-shirt can do, you also can do — We help you to free yourself from right-wing extremism.”

The goal here was to ensure that members of these extremist groups know that they have options like EXIT Germany to turn to — even if they aren’t looking — which will provide a non-judgmental space for them to grow and change outside of the neo-Nazi community. This is particularly true for many of the youth who have not yet firmly settled in the neo-Nazi scene just yet.

It is important to note that while at first small things like the shirt may get scoffs from those who read it, the message sticks with them and eventually has an impact. In fact, even though the program was only implemented once, the number of people who have called EXIT Germany asking for help to leave the right-wing extremist movement has tripled.

These four resistance efforts together convey a message that works because they challenge right-wing extremists by shocking them at their very core. The offer of help from the outside in a witty and kind way goes a long way simply because members of extremist groups are often unused to it and don’t expect it.

In such contentious times, I urge U.S activists to take note of these lessons and empower themselves to allow love and acceptance to triumph over hate. Some already have, and this gives me hope. There is no doubt that white supremacists in cities like Charlottesville and online spaces will expect to be met with hostile aggression and hate. Break those barriers down, and construct a whole new narrative. One that recognizes the absurdity of the situation and allows them to feel welcome back in society. One of compassion, of understanding and maybe even forgiveness. One that reminds all of us that, in the end, we are all human.

Grauzonen

Rechte Lebenswelten in Fußballfankulturen

*Schnittstellen zwischen unpolitischen und extrem rechten
Szenen*

Dr. Bernd Wagner

Rezension

Dem Team *Antje Grabenhorst, Daniel Jacobi* und *Michael Weiss* gebührt mit ihrer *antifaschistisch* angelegten und im Jahr 2016 über den *ASP – Agentur für soziale Perspektiven e.V.* veröffentlichten Broschüre das Verdienst, Ausschnitte aus dem Alltag in den Fußballstadien und ihn tragender Milieus aufgearbeitet zu haben. Sie gehen davon aus, dass es kulturelle Lebensweisen gibt, die sich nicht allein auf unmittelbar politisch-ideologisch extremistische Verhaltensweisen und Intentionen reduzieren lassen. Sie beziehen sich dabei auf einen Phänomenbereich der gemeinhin als *rechts* bezeichnet wird.

Dass die Phänomene betreffende differenzierende Herangehen erscheint als der beobachtbaren Lebenswirklichkeit entsprechend sinnvoll. Sie greifen dabei in ihrer Darstellung besonders auf Verhaltensweisen zurück, die sich auf *ideologische Narrationen* und auch daraus generierte *Feindbilder* stützen, die in größeren Verbänden geteilt werden und identitären kulturelle Formate prägen. Sie identifizieren Elemente von Menschenbildern, die die Gleichwertigkeit menschlicher Existenz in Frage stellt, Einteilungen nach Wertigkeitsvorstellungen vornimmt und das selbstgedachte und gelebte Kulturformat als höherwertig einordnet. Daraus resultiert in solchen Milieus die Vorstellungen der Angegriffenheit durch das vermeintlich, besser gesagt postulierte ‚Minderwertige‘ und des Erfordernisses der Unterdrückung der ‚Wertminderen‘, auch mittels Aggression und Gewalt.

Durch die Darstellung der *Erscheinungsformen* von *Ab- und Aufwertungsnarrationen* gelingt es dem Autorenteam den Lesenden rhetorische und symbolische *Identifikatoren* aufzunehmen und im Bewusstsein abzuspeichern. Das eröffnet die Orientierung für den Sitz und die Laufwege der *ideologischen Narrationen* in Ereignisverläufen, Bewegungen, Personenzusammenschlüssen in und um die Fußballstadien, in Verkehrsmitteln, Gaststätten und anderen gesellschaftlichen Sammlungs- und Lebenspunkten. Dabei ist es wohl nicht entscheidend, dass es gelingt, ein generelles oder situatives Schema der Zuordnung zu politischen Formationen zu erschaffen, die mit politischen Begriffen wie *rechts*, *rechtsradikal* oder *rechtsextrem* gerahmt werden. Die Narrationen sprechen in ihrem Gehalt für sich und zeichnen ihre Protagonisten als Zeitgenossen aus, die ihr Menschentum deutlich verfehlen, solange sie in diesem Modus leben und zu ihrer Leitkultur erheben.

Es bedürfte also nicht ausdrücklich einer Rückkoppelung auf die Ideologie- und Politikwelt des *Antifaschismus*, um den freiheitsfeindlichen und die Menschenwürde brechenden Wesensgehalt der Narrationen sichtbar zu machen.

Die Verstärkung des sittlich-moralischen und oft auch rechtlichen Unrechtsgehalts der *Leitkultur der etikettierenden und bekämpfenden Minder- und Unwertigkeit* durch die dezidierte politische Ideologie des *Antifaschismus* erscheint in diesem Zusammenhang als verzichtbar und mitunter sogar als künstlich, als eine identitäre Konstruktion, um sich *besonders* zu sehen, vor allem gegen jene die nicht real oder symbolhaft ein *#anti-Verhalten* an den Tag legen. Trotzdem ist der Hinweis auf *Rechtsradikalität* als konzentratives geistiges Medium von sozialen und geschichtlichen Ideen und Heilswartungen mit *völkischem* Grundverständnis als Herkunfts- und zugleich Sammlungsort inhaltlich völlig berechtigt, wengleich die Maßverteilungen und Konzentrationen, Intensitäten und Organisationsweisen in sozialen Milieus und Individuen sehr verschieden sind, ihre Irrationalität und Rationalität sowie ihre Normalität in einem Maß enthalten sind.

Vor diesem Hintergrund wird eine theoretische Konstruktion sichtbar, die mit dem Einsatz des Begriffes *rechts* ohne die konkrete Bezeichnung der relevanten freiheitsfeindlichen Narration zu einem Sampler wird, dessen Gefäß definitorisch recht beliebig gefüllt werden kann. In der Realität geraten durch diese Methode nicht selten Menschen durch den Anschein des ideologisch-politisch Amorphen vermitteln oder solche die, nur temporär in massenhysterischen Situationen zu relevanten Artikulationen hinreißen lassen, in das Fadenkreuz einer *#anti-Betrachtung* oder auch mitunter in den Fokus einer *#anti-Aktivität*. Umgekehrt können bekennende *Rechtsradikale* und staatlich sogar beobachtete *Rechtsextremisten* in dieser ‚Wolke‘ akzentarm verschwinden oder durch verschiedene Verantwortungsträger hinfort definiert werden. Tatsächlich ist sich die Autorengruppe dessen aus einem anderen Sichtwinkel bewusst.

Die Arbeit befindet sich in einem Dilemma, was die politische Theorie betrifft. Das soll jedoch den empirischen und aufklärerischen Gehalt der konkreten Faktenbeschreibung nicht grundsätzlich einrüben, wenn die Lesenden davon abstrahieren können. Dieses Dilemma lebt schon seit vielen Jahren fort und wird sich angesichts der politischen und soziokulturellen Entwicklungen noch weiter verstärken, was neue Konstellationen und aggressive Fronten erzeugt.

Es zeigt sich nicht nur aus der vorliegenden Arbeit heraus ein grundlegendes Erfordernis, die Aufarbeitung der Phänomenologie und Differenzierung der lebensweltlichen Theorien der *Ungleichwertigkeit* in der Fußballwelt und ihrer politisch-ideologischen Vernetzung weiter fortzusetzen und verschiedene kasuistische Projekte anzulegen, die den Weg von Abstrakten zum Konkreten durchlaufen und auf diese Weise auch zu Möglichkeiten konkreterer Auseinandersetzung führen können. Ausgangspunkt könnte jenseits komplexer politischer Theorien auf der Basis einer Aufbereitung der rechtsförmigen *Persönlichkeitsrechte* sein, die

demokratischer Freiheitskultur als Lebensform auch im Sport und seinem sozialen Umfeld unterliegen sollten. Die Artikel 1-19 des GG dieses Landes gibt dafür die entscheidenden Hinweise auf die geltende Moral- und Verhaltensphilosophie.

Vor diesem Hintergrund und weniger aus sich selbst heraus werden die Phänomene, wie Heimat-, Claim-, Männlichkeitskult, ‚Gutmenschen‘- Aversion und modularer Hass gegen Juden, ‚Zigeuner‘, Linke, Schwule, insgesamt gegen alles ‚Undeutsche‘ usw. zu bewerten sein. Ideologisch-mental homogenistische Gemeinschaften werden dann gesellschaftlich hochrelevant, wenn sie den Feindbildern folgend beginnen organisiert und als reinigende Mission verstanden Leben und Freiheit anderer zu zerstören, im Kleinen wie im Großen. Dazu gehört auch der klandestine und offene Krieg mit den gesetzlichen staatlichen Schutzmächten der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte, insbesondere der Polizei. Insofern ist ein Banner wie ‚Bullen schlachten‘ mitnichten ein proletarischer Scherz aus dem ‚Ruhrpott‘, sondern eine Kriegserklärung.

Über das Spektrum des sogenannten *Rechten* hinaus gibt es Narrationen, die in andere Ideologien und ihren Familien eingebunden sind. Auch im autoritären *Antifaschismus* hatten drastische Feindlichkeiten wie *Rassismus* und *Homosexuellenfeindlichkeit* ihren Platz und die Gewalt gegen Andersdenkende eine lange und verheerende Tradition, die staatlich gesehen mit der DDR bis 1989 anhielt. Zu reden sein muss auch über *Judenfeindlichkeit* und *Homosexuellenfeindlichkeit* in religiösen oder religiös verbrämten kulturellen Tradierungen und Bezügen, wie im Spektrum des *Islam* und dort speziell auch in den freiheitsfeindlichen militanten Formaten des *Islamismus* oder in gentil geprägten Lebensweisen unterschiedlichster Landschaften und Traditionen. So erscheinen auf der Oberfläche *HOGESA*-Radikale und *Salafisten* als ‚Spiegelbrüder‘ mit Schnittmengen von Gemeinsamkeit.

Neue Konflikte erfahren zurzeit eine ideologische Aufbereitung und Zuordnungen von Narrativen zu neuen *Feindbildern*, die nicht mit dem klassischen *Rechts*-Begriff nicht einfach erfassbar sind. Zugleich verschaffen sich an die Globalisierungstendenz gebundenen neue Affekte einen Weg in eine aggressive Realität, wie sie jüngst in den Gewalttaten von Dortmunder *BVB*-Aggressoren gegen Anhänger des *RB Leipzig* sichtbar wurde. Im Zusammenhang damit erlangt die theoretische Konstruktion der Autorengemeinschaft einen Vorteil in der fortschreitenden Analyse, über die identitäre Verwendung des *Rechts*-Begriffes als Selbstdefinition von Personen und Personenzusammenschlüssen, als *in-side / out-side – Schema* zu arbeiten, um die Selbstzuordnungen als Identifikatoren zu nehmen, wie es bei der Selbstzuordnung ‚ich bin rechts‘ mit und ohne Erklärungskaskade geschieht. Derartige Einlassungen haben einen ernsthaften Hintergrund, da sie nicht nur auf eine ideologische Orientierung ausweist, sondern auch eine im Verhalten sichtbare Konstante wird, die Persönlichkeit, ihre Bindungen, Tätigkeits- und Zeitbudgets und gezielt aufgenommene Informationsbestände strukturiert.

Der tradierte *Antifaschismus* hat den neueren Narrationen und deren Gewaltaufkommen gegenüber derzeitig insgesamt wohl keine hinreichenden Antworten, will er nicht angesichts der oft anzutreffenden Affektanalysen und Klagen über einen universell aufstehenden *Faschismus* selbst eine analysearme neue *Glaubensideologie* ausbilden, ein Trend der sich seit einiger Zeit verstärkt. Die Folge ist die Hegemonie von Ab-, Ausgrenzungs- und Gewaltstrategien sowie nicht selten gewalttätige Protestlandschaften gegen fast jedermann zu positionieren, was eher zur Verstärkung freiheitsfeindlicher und humanitätsfreier Denk- und Verhaltensweisen beiträgt und den anzutreffenden allgemeinen *Grundwertenihilismus* verstärkt.

Die vorliegende Analyse ‚*Grauzone*‘ kann jedoch als in Ansatz gelungener Versuch gelten, die eigene Begrenzung über eine fortzuschreibende Phänomenologie freiheitsfeindlicher Ideologien, Narrationen und kulturalisierten Verhaltens und lebensweiseformen problematische Felder zu

bestimmen und gegenläufige Aktivitäten auf ihre Wirksamkeiten zu hinterfragen und aus dem eigenen Wertekanon heraus zu evaluieren, der öffentlich besprochen und auf seine Freiheitstauglichkeit geprüft werden muss.

Die in der Gegenwart und in der Zukunft bedeutsame Frage wird sein, ob dieser politisch gebundene Kanon sich einer Dogmatik enthält, die die das Gute will aber das Böse schafft, ein Karma, was dem historischen und realen *Antifaschismus*, besser gesagt ‚Ismen‘ aus der Konstruktion heraus innewohnt und oft Voluntarismus und Rigorismus hervorbringt. Es ist zu wünschen, dass die Redaktionsgruppe und die Autoren der ‚Grauzonen‘ nicht diesen – verzichtbaren - Weg nehmen und ihre gute Vorlage in neue Interventionsstrategien hineinentwickeln, die von einer Assoziation pluralen und zugleich kollektiven Handelns der Anhänger der freiheitlichen Werte der Person und sie sichernder Strukturen substantiell gemeinsam getragen werden können.

AK-Exit. Eine Website als Chance für außen und innen.

Maik Scheffler

Im viel umwobenen Kampf gegen -Rechts- befindet sich so mancher. Die gängige Vorgehensweise reicht von investigativer Öffentlichkeitsarbeit über Mainstream konformen Außendarstellungen bis hin zu aggressivem Verfolgen, Outen und Prangern. All diese Seiten öffnen dem Nischen-Denken und Schubladen-Markt Tür und Tor. Sind sie aber wirksam gegen ein gesellschaftliches Phänomen? Helfen sie Opfern extremistischer Handlungen? Sind sie geeignet, die demokratische und mitmenschliche Gesellschaftslandschaft wieder attraktiv für diejenigen zu machen, welche im Extremismus Antworten, Ventil oder Anerkennung suchen? Die aktuelle Entwicklung verschiedenster extremistischer Strömungen verneint das klar und bei genauerer Betrachtung ergibt sich bei organisierten medialen Netzwerken mittlerweile schon ein Existenzmodell, bei dem sich der Kämpfer am Feind eher nährt als den Frieden zu suchen..... Armeen, die nicht ohne Gegner sein können.

AK-Exit sieht sich weder als Plattform der reinen Darstellung mit subjektiver Normenvorgabe noch als weitere New's unter vielen, zur Bedienung von Phantasmagorien und der menschlichen Einordnung nach einer ideologisch und gesellschaftlichen Momentaufnahme. Der Arbeitskreis ehemaliger Extremisten im Aussteigerprogramm Exit (AK-Exit) beschäftigt sich mit den Ansätzen der Psychologie, der Soziologie und der Politikwissenschaft zum Phänomen Rechtsextremismus und nutzt die individuellen Erkenntnisse sowie einen neu geschaffenen Wirklichkeitssinn der Aussteigerinnen und Aussteiger um mit derer Situationsanalyse in die Szenen der extremistischen Parallelgesellschaft gleichermaßen zu wirken, wie in die geschlossenen Lebenskonstrukte ideologischer Matrizen. Neben dieser Wirkung nach außen findet aufgrund der therapeutisch sinnvollen Offenlegung der einzelnen Schlüsselerlebnisse aus der aktiven Vergangenheit und den Gedankenwelten zu aktuellen Strategien und Geschehnissen des Rechtsextremismus auch eine geistige Auseinandersetzung mit der vertretenen Ideologie, der praktizierten Weltanschauung sowie des geprägten Menschenbildes statt, welche einen Aussteiger erst zum ehemaligen

Extremisten formt und nachhaltig in die demokratische Werte- und Normengemeinschaft (re-)integriert.

Der psychologische Ansatz wirft z.B. einen Blick auf persönlichkeitsbezogene Merkmale des Einzelnen, als auch von Gruppen.

Diese sind im Extremismus, anders als pauschal verbreitet, durchaus verschieden. Es geht oft nicht um rein historisch-ideologisch geprägte Überzeugungen als eher um ausgesprochen negative soziobiographische Hintergründe. Aussteiger, die durch ihre Gewaltaffinität zum Extremismus fanden, analysieren so ihre eigene psychosoziale und intellektuelle Entwicklung um sie in ihrer Selbsterkenntnis aktuell aktiven Extremisten vor Augen zu führen. Auch charakterliche und geschlechterspezifische Unterschiede ergeben sich aus der Verschiedenheit der Berichte.

AK-Exit verarbeitet neben dem Individuellen auch das gesellschaftliche Umfeld mit seinen vielfältigen Einflüssen um daraus entsprechende Handlungsstrategien und Kompetenzen zu entwickeln, welche gesellschaftlich vorbeugen können. Gesellschaftliche Veränderungen in ihrer derzeit rasenden Geschwindigkeit haben eine zunehmend Identität stiftenden Wirkung, welche schwer unterschätzt wird und in die Ausprägung des eigenen Selbstwertgefühls eingreift. Der Arbeitskreis macht so in die Szene hinein deutlich, wie z.B. Verunsicherung und Ersatzsuche für (vermeintlich) verloren gegangene kollektive Identitäten entstanden sind und wie sie die Rekrutierer des Rechtsextremismus nutzen um durch Manipulation neue Realitäten zu schaffen.

Auch ehemaligen Extremisten waren zum Teil einmal Rekrutierer und nutzten besonders die medialen Möglichkeiten. Politikwissenschaftlich berichtet AK-Exit, wie die Gesellschaft die „Wirklichkeit in der Gesellschaft“ tatsächlich wahrnimmt und darauf reagiert bzw. wie man diese Wirklichkeit perfide steuerte um Meinungen zu schaffen. Die Akteure der Website aber auch Projekte von Exit-Deutschland, wie „Hass hilft“ oder „Rechts gegen Rechts“ sind aktiv in den sozialen Netzwerken unterwegs um diese Strategeme aufzudecken und abzuschwächen.

Extremistisches Gedankengut kommt wie der bekannte Computervirus durch Hintertüren. Diese Seite ehemaliger Extremisten kann vorhandene Schutzprogramme verbessern und neue Firewalls aufbauen um die gesellschaftlich-demokratische Grundordnung zu schützen. Dabei entwickeln sich Website und Akteure gleichermaßen weiter, wovon unsere Gesellschaft so viel Nutzen ziehen kann, dass sie den Rechtsextremismus real und nachhaltig schwächen kann.

*EXIT-Deutschland Botschafter und 20 Jahre Zentrum
Demokratische Kultur*

EXIT-Deutschland

Vor nunmehr 20 Jahren wurde das Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) in Berlin gegründet. Die Gründung erfolgte mit dem Ziel, die Grundrechte und Grundfreiheiten als Kern demokratischer Kultur allseitig zu verteidigen und als freie sowie kompetente Organisation extremistischen Bestrebungen entgegenzutreten.

Wir können auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Wichtige Arbeitslinien und Projekte wurden etabliert: EXIT, HAYAT und DNE als Arbeitskerne, eine Zeitschrift, Homepages, Publikationen und anderes mehr flankieren und wirken vielfältig. Vielen Menschen konnte geholfen werden, extremistische Bewegungen zu verlassen. Doch: Demokratische Kultur ist vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen wichtiger denn je. Angesichts verstärkter extremistischer Aktivitäten und sichtbarem Grundwertenihilismus gilt es mehr denn je, die Grundwerte und -freiheiten als zu bewahrende und gestaltende lebendige Größen gegen die alten und neuen Angriffe gezielt zu sichern.

Im Rahmen einer Feierlichkeit haben wir an diesem bedeutenden Tag über die aktuellen Ergebnisse der Initiative #HassHilft berichten und sehr verdienstvollen Menschen mit der Ernennung zum EXIT-Botschafter gedankt.

EXIT Botschafter 2017

Aktives bürgerschaftliches Engagement ist in seiner Bedeutung für die Stabilität einer demokratischen Kultur kaum zu überschätzen. Das Eintreten für Freiheit und Würde von Menschen und damit gegen demokratie- und freiheitsfeindliche sowie menschen-verachtende Ideologien im Alltag erfordert Mut – Mut, Gesicht zu zeigen, sich einzumischen, beharrlich Fragen zu stellen und sich dem öffentlichen Diskurs, der Kritik und manchmal auch Bedrohung zu stellen. EXIT-Deutschland konnte seit nunmehr 17 Jahren über 650 Ausstiege aus der rechtsextremen Szene erfolgreich begleiten, Impulse für die Wissenschaft zu setzen und präventive Bildungsarbeit leisten. Die Arbeit wurde ermöglicht dank vielfältiger Unterstützung unterschiedlicher Partner in der Öffentlichkeit und hinter den Kulissen.

Für diesen Mut wollte sich EXIT-Deutschland, bei Partnern und Unterstützern bedanken und ihn mit einer Auszeichnung würdigen. Der „EXIT-Botschafter“ versteht sich als Würdigung des Engagements des Einzelnen und zugleich als Repräsentant der Idee von EXIT-Deutschland. Zusammen mit Gästen wurden zum zweiten Mal, EXIT-Botschafter für ihr Engagement und ihren Mut geehrt.

**Gerhart Baum**

Bei einem Mann wie Gerhart Baum weiß man nicht, wo man anfangen soll, um seine Verdienste für die Gesellschaft auch nur annähernd zu beschreiben, seine Ämter aufzuzählen und seine Leitungen abzubilden. Es wäre eine lange Liste, und dennoch würde sie ihm nicht gerecht werden. Wir versuchen es dennoch.



Gerhart Baum, Bundesminister von 1972 bis 1994 und Mitglied des Deutschen Bundestags, ist Rechtsanwalt, Publizist, Bürger- und Menschenrechtler.

Gerhart Baum war für die UNO tätig und befasste sich als Bundestagsabgeordneter mit Bürgerrechten, Umweltschutz und Kulturpolitik. Heute ist er in verschiedenen Menschenrechtsorganisationen tätig und nimmt zu Tagesgeschehen und zu den grundlegenden Fragen der Entwicklung der Demokratie Stellung, wie jüngst zur Debatte um die deutsche Leitkultur. Unabhängig davon, ob pro oder kontra, immer sind die Beiträge von einer jeweiligen tiefen Wesensschau des Humanen und Freiheitlichen und auch in der Sache treffsicheren Argumenten geprägt.

Gerhart Baum prägt Politik und Geschichte aus einer Generation heraus, die den II. Weltkrieg und das Hitlerreich erlebte und nach dem Niedergang ein neues Deutschland aufbaute – ohne Nazismus, Diktatur und Krieg und in einem Geist von menschlicher Werthaltigkeit und Freiheit – eine Aufgabe, die politisch, wirtschaftlich und geistig-kulturell höchst unterschiedlich angegangen und gemeistert wurde. Auch heutige gilt es wieder, angesichts der vielen Probleme in und mit der Demokratie, für ihre Sicherung und Entwicklung nicht nur als Ordnung, sondern auch als funktionierender Rechtsstaat und Alltagsgut – als demokratische Kultur – zu streiten. Dies ist erforderlich und dieser Aufgabe hat sich Gerhart Baum immer verschrieben. Neben den vielen Ehrungen, die Gerhart Baum erfahren hat, kommt nun eine vergleichsweise kleine Auszeichnung hinzu, vielleicht sogar die kleinste, die uns aber, und allen damit in Verbindung Stehenden sehr wichtig ist:

Gerhart Baum wird EXIT-Deutschland Botschafter 2017. Damit danken wir ihm für die vielen Jahre, in denen er in besonderem Maße mit der Initiative EXIT-Deutschland verbunden ist. Gerhart Baum hat uns auf diesem Weg stets in besonderer Weise begleitet und unterstützt, denn immer war Gerhart Baum mit den Fragen des Extremismus als Angriff auf die menschlichen Grundwerte und demokratische Kultur befasst, als Bundesinnenminister ebenso wie heute, einer Zeit neuer und anwachsender Bedrohung durch die verschiedenen extremistischen Kräfte. Ich denke, die Auseinandersetzung mit der Roten Armeeaktion (RAF) und anderen Linksextremisten sowie mit dem zeitgleichen Rechtsterrorismus, der heute ausschließlich mit dem NSU verbunden

wird, aber viele Vorläufer und Vorbilder hatte und auch dort staatliche Behörden eine nicht selten problematische Rolle einnahmen, wie das Beispiel Oktoberfestattentat zeigt.

In der Auseinandersetzung mit dem Extremismus suchte er nie die Lösung im Exzess oder im Ausnahmezustand, sondern war stetig ein Mann der Besonnenheit und Angemessenheit, zugleich der Konsequenz und der Vermittlung da, wo dies möglich erschien. Und er setzte auf die Kraft der Demokraten, politisch und im Alltag.

Diese differenzierende und auf den inneren Frieden der Demokratie und wertegebundene Freiheitlichkeit gerichtete Haltung, ohne Duldung von ideologischem Hass und Gewalt, ist für alle Mitstreitenden von EXIT-Deutschland ein Vorbild.

Einem ehemaligen Feind auch die Hand reichen zu können, ihn in die Gestaltung der Demokratie mitzunehmen und dies nicht nur, wenn es die taktische Lage erfordert. Darin unterscheidet sich Gerhart Baum von vielen ehemaligen und gegenwärtigen Politikerinnen und Politikern.

Gerhart Baum geht es um jeden Menschen, der sich an der Freiheit, Würde und Gleichwertigkeit orientiert, auch um jene, die das vormals in Abrede gestellt haben und es heute – aus gutem Grund – besser wissen.

Und damit möchte ich Gerhart Baum nun mit der Auszeichnung zum EXIT-Botschafter von Herzen danken.

Steffen Schroeder

Steffen Schroeder stammt aus München, ist Schauspieler und Familienvater. Nach einer Schauspielausbildung war er zunächst Ensemblemitglied am Wiener Burgtheater, dann beim Berliner Ensemble. Er wirkte in Fernsehserien wie «Der Kriminalist», «Bella Block» und «Tatort» sowie in Kinofilmen wie «Der Rote Baron» oder «Keinohrhasen» mit.

In der erfolgreichen ZDF-Serie «SOKO Leipzig» spielt er seit 2012 den Polizeioberkommissar Tom Kowalski, ein ‚Polizeianarchist‘, mit menschlichem Antlitz mir als ehemaligen Kriminalisten als Gestalt sehr sympathisch. Die Rolle passt zur Person.

Steffen Schroeder spielt nicht nur das lebendige Leben, sondern mischt sich neben Beruf und Familie ein, sozial, politisch. Er sucht nicht das rechthabende Wort oder die Prophezeiung strahlender Zukunft, sondern die Tat, die im Kleinen groß ist. Er ist Partner von EXIT und Vollzugshelfer in Berlin. Er betreut einen Mörder, der ein Nazi, ein Hammerskinhead war.

Micha, der mit zwei weiteren jungen Männern brutal tötete, ein heute bald 40-Jähriger, der seine 15 Jahre hinter Gitter schon hinter sich hat.

Ein hartes Brot. Eine andere Welt, die es in den ‚normalen Kreisen‘ nicht gibt, real kaum vorstellbar. Aber der Einsatz für den Mann ist, wie ich glaube, sehr sinnvoll.

Ich kenne Micha aus dem Erzählungen seines verstorbenen Vaters nach der Mordtat, ihn selbst seit 2011, als er mich auf dem Handy aus Tegel anrief,

nicht so gut wie Steffen Schroeder, aber genug zu sehen, dass er die Zuwendung verdient, einer, der vom Lauf der Geschichte sichtbar gezeichnet ist, bis auf die Haut und die Seele, ohne sentimental zu sein. Und der Verantwortung lange nicht erkannte und sich als Outlaw und Gewalttäter aufführte und doch nicht grundlegend unmenschlich ist, ein Mensch, der noch eine Chance hat, nicht als Täter zu enden. Steffen Schroeder besucht Micha, nimmt seine Aufbrüche und Verzweiflungen wahr, seine Konflikte mit dem Vollzugssystem und mit sich selbst.

Er richtet Micha auf und ist oft selbst ratlos, improvisiert oft mit erstaunlichem Erfolg. In seinem jüngst erschienenen Buch, „Was alles in einem Menschen sein kann“ verarbeitet er die Erfahrungen mit Micha. Sein Interesse am Menschen und sein Engagement für Menschen, die schwere und nicht entschuldbare Fehler gemacht haben, zeichnen Steffen Schroeder im besonderen Maße aus.

Ich glaube, Steffen Schroeder spürt, wie fragil die Existenz ist, wie dünn das Eis, in das jeder einbrechen kann, wenn er nicht auf sich und seine Mitmenschen achtet, verantwortlich und auch frei lebt, eine Freiheit, die gestaltet werden will und gestalten kann. Er versucht zu verstehen ohne zu entschuldigen, zu erfahren, wie der einzelne Mensch seine Chance auf eine Veränderung des Lebens zum Besseren erkennen und umsetzen kann.

Sein Engagement für Micha, dem ehemaligen Nazi, einen Mörder und Menschen, macht ihn zu einem Botschafter, der die Arbeit von EXIT nicht nur kennt, sondern sie umsetzt.

Ein EXIT-Mann, ohne Blauäugigkeit, robust und zugleich sensibel genug.

Und wir freuen uns sehr, ihm heute dafür danken zu können.



EXIT Botschafter 2013

Bisherige Preisträger: Hans Ulrich Jörges, Andreas Petzold, Ulrich Hauser, Irmela Mensa-Schramm, Anja Stubbe.

Meinen eigenen Weg gehen

Marius Augustin

Meinen eigenen Weg gehen und nicht dem Mainstream zu folgen, war mir immer wichtig. Aber damit ist das nicht automatisch gut: Ich habe zwar einige Jahre nicht blind dem Mainstream gefolgt – aber dennoch war mit Ideologie und Einstellung gefährlich. Ich selber habe tatsächliche und vermeintliche Missstände in der Gesellschaft kritisiert und immer getan als hätte ich die Lösung für alle Probleme in der Tasche. Mein Feindbild stand fest: das „BRD-System“ oder die „Linken“ waren schuld.

Jedoch stellt diese Selbstreflexion keine Abrechnung, keinen zornigen Rückblick dar und kein Versuch mich im Nachhinein zu rehabilitieren. Ich war in meinen Funktionen und in meinen Tätigkeiten zu keinem Zeitpunkt Opfer irgendwelcher Missstände. Nein, ich war ein Täter! Ich war von dem was ich tat überzeugt und wollte andere Menschen überzeugen. Meine Vorstellungen vom Nationalismus waren die einfache Antwort auf alle Probleme und braute an diversen Stellen an einer braunen Suppe mit die ungenießbar ist, wenn sie verwirklicht werden sollte. Das ist meine klare Verantwortung, der ich auch nicht ausweiche.

Mein politisches Interesse begann in meiner Schulzeit in Hongkong, in der ich mich als stellvertretender Klassensprecher für meine Mitschüler einsetzte und unter anderem ein Hockeyturnier in der Schule organisierte, aber auch zur Zufriedenheit meiner Mitschüler Probleme mit Lehrern verursachte. In dieser Zeit veranstaltete ich auch ein Seminar für den Schutz von Tieren.

Später in Deutschland schaute ich mir dann, inzwischen 17 Jahre, mehrere Veranstaltungen der damals im Landtag in Baden-Württemberg sitzenden Parteien an. Dabei stellte ich eine chronische Überalterung bei den großen Parteien fest. Das junge Mitglied war bestenfalls ein Aushängeschild. Die pseudopolitikwissenschaftliche Sprache schreckte mich damals eher ab.

Nicht so bei den *Republikanern*, die damals im Landtag vertreten waren. Diese Partei weckte mein Interesse. Ich besuchte eine Veranstaltung, auf der Hans Hirzel - Widerstandskämpfer aus dem Umfeld der „Weißen Rose“ - zum Thema „Widerstand gestern und heute“ sprach. Hier waren auch einfache Leute und Leute in meinem Alter und es gab auch einen gewissen „Wohlfühleffekt“, was mich dann dazu brachte, nach dieser Veranstaltung unüberlegt und überschnell meinen Mitgliedsantrag zu unterzeichnen.

Ich fand zwar nicht alles gut was die *Republikaner* vertraten, aber Vieles klang für mich einfach und logisch. Aber welche Partei vertritt auch einhundert Prozent genau das, was einem selber wichtig ist. Da sind Kompromisse überall notwendig. Ich träumte von einer politischen Karriere im Landtag. Für die *Republikaner*, so meine Idee, könnt ich vielleicht einmal selbst als Landtagsabgeordneter einziehen.

Ich hatte selber zu Deutschland sehr viele Fragen: Warum soll ich mich schämen – Deutscher zu sein? Warum machen viele Ausländer einen blöd an? Dass das auch Deutsche machen, war mir in diesem Zeitpunkt gar nicht so klar. Warum denken manche bei dem Wort Deutschland immer gleich an ein „Viertes Reich“? Dass jedoch die *Republikaner* mit Ihrer Parole „Deutschland zuerst“ ein einseitiges und menschenfeindliches Weltbild hatten, blendete ich aus. Da standen mir aus meiner Sicht damals die *Republikaner* näher, als diejenigen die „Nie wieder Deutschland“ schreien. Anfangs war es noch naive Rebellion, denn wer traute sich schon ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Deutschland wird ewig leben“ in der Schule zu tragen? Mit einem ‚Che Guevara T-Shirt‘ war man schon „Fast-Normalo“.

Meine Eltern waren sehr gegen mein Engagement in der rechten Szene. Ich fand, dass sie es wie viele machten: „Mit Nazis redet man nicht“. Das ließ mich jedoch nicht nachdenken, umgekehrt führte diese Ausgrenzung und die „Spannung des Verbotenen“ zu Verfestigung meiner Vorstellungen und Vorurteile, meiner falschen Gedanken. So wird es rechtsextremistischen Gruppen einfach zu leichtgemacht, ihren Einfluss zu sichern. Ich dachte immer, da sie mit mir nicht reden wollen, fehlen Ihnen die Argumente und ich fühlte mich im Recht. Nach und nach geriet ich immer weiter in das braune Fahrwasser hinein, ohne das anfangs zu überblicken. Je mehr andere – in einem mir entgegnetretenden Geist der damaligen Zeit - Deutschland kritisierten, desto mehr fühlte ich mich zu einer Rechtfertigung dessen gezwungen, was ich unter Deutschland verstand, so dass ich dann in der Folge auch die Untaten des Nationalsozialismus ausblendete. Kritische Fernsehberichte über ‚rechte Aktivitäten‘ führten dazu, dass ich es toll fand aus der Masse herauszustechen und „Mut“ zu zeigen.

Nachdem die *Republikaner* sich aus Enttäuschung über die Abwahl aus dem Landtag bei uns im Landkreis auflösten, fusionierten wir damals mit der *Deutschen Partei* auf Kreisebene. Programmatisch veränderte sich dadurch nichts, jedoch merkten wir recht schnell, dass wir mit dieser Partei, die in der Öffentlichkeit kaum präsent war und bundesweit etwa 500 Mitglieder hatte, nicht viele Möglichkeiten hatte und sich eher als niedersächsische Regionaltraditionspartei sah.

Da die *NPD* zunehmende Erfolge hatte, traten mehrere Mitglieder unseres damaligen Vorstands in die *NPD* ein. Selber lernte ich einige Führungspersonen der *NPD* kennen und stellte für mich fest, dass ich nicht das Recht hätte eine ganze Partei zu beurteilen, weil mir einzelne Mitglieder nicht zusagten. Die Vorstellung allerdings, bei der *NPD* wären nur primitive, ungebildete Dumpfbacken, wird den Tatsachen nicht gerecht. Es gibt in der *NPD* durchaus Leute mit hohem geistigem Potenzial. Mit einem einfachen Zerrbild wird man auch in der Auseinandersetzung mit den menschenverachtenden Zielen der *NPD*, durch das Bedienen von einfachen Klischees, nicht erfolgreich sein, wenn es darum geht in den Köpfen von *NPD*-Anhängern Nachdenken zu erzeugen.

Ich lernte Ärzte, Psychologen, Unternehmer, Bankfilialleiter etc. kennen. Allerdings stieß ich in der Basis der *NPD* auch auf eher politisch schlicht denkende und einfach gestrickte Menschen, die offenbar eine Ersatzfamilie gesucht haben, wie ich wahrscheinlich auch. Zwischen der Basis und der Führungsebene der *NPD* gibt es große Unterschiede. So machen viele *NPD*-Kritiker einfach den Fehler, dass sie die Basis mit den Funktionsträgern verwechseln. Dies nutzten die eloquenten *NPD*-ler natürlich aus, wenn Leute auf einmal an einem Infostand stehen und feststellten: „Ich rede nicht mit einer Dumpfbacke, sondern mit einem Unternehmer und hilfsbereiten Bankkaufmann“. Auf dieser Ebene gab es Vorstellungen, die *NPD* zu verändern. Ich, wie auch andere, hegten die Hoffnung, dass sich die *NPD* in Richtung rechts-konservativer Politik, wie z.B. die *FPÖ* in Österreich, entwickeln ließe. Das war jedoch ein Traumgebilde, das völlig an der Realität vorbeiging. Das war mir zu dem Zeitpunkt jedoch nicht klar, denn ich hatte ganz andere Bezüge. Zunächst wurde ich Funktionär: Mein *NPD*-Kreisverband war insgesamt eher ein Rentnerclub. Deswegen wurde ich aus einer Notlösung heraus stellvertretender Kreisvorsitzender. Da es, wie auch in anderen kleineren Parteien, kaum Leute gibt, die ein Amt übernehmen wollen, lief alles schnell auf mich zu. So kam auch Freude auf, wenn sich „junge Kameraden“ engagierten.

Heute weiß ich, dass es keinen zukunftssträchtigen völkischen Nationalismus geben kann, sondern dieser immer wieder in der Sackgasse des Totalitarismus enden wird. Dieser Nationalismus kann nicht zukunftssträchtig sein, er führt letztlich immer zu Ausgrenzungen von großen Menschengruppen und damit zu Gewalt der bestimmenden Machttakteure, um einem statischen Ideal zu entsprechen. Unsere Welt ist viel zu komplex geworden als dass es völkisch-nationalistische Lösungen der vielfältigen Probleme geben könnte. Das war mir aber damals egal. Ich berief mich gern auf das Erbe von diversen Menschen, die versucht hatten, die Welt zu verändern und mir war klar, dass die wirklichen Weltveränderer immer in der Minderheit sind. So hoffte ich, dass irgendwann der Rest mitziehen würde, um die nationalistischen Ziele zu erreichen.

Trotz dass ich diesem überlebten völkischen Nationalismus anhing, war gegenüber dem, was ich in der Gegenwart ablehnte, für mich der historische Nationalsozialismus niemals eine wirkliche Alternative, wenngleich sich Anschlusspunkte ergaben, wie ich heute weiß. Den in NS-Gruppen gängigen Themen wie Leugnung des Holocausts, die Kriegsschuldfrage oder Diskussionen über die Frage: „Wie hätte Hitler den Krieg gewinnen können?“ folgte ich nicht. Trotzdem geriet ich immer mehr in die Nähe dieses Leute. Ideologisch und auch persönlich. Es ergab sich, dass ich einen Funktionär der verbotenen nazistischen *FAP*¹ kennenlernte, der ebenfalls überhaupt nicht dem Klischee eines „Nazis“ entsprach, stets freundlich, hilfsbereit, zuverlässig war – und sich neben seinem *NPD*-Engagement auch noch als gläubiger Anhänger einer buddhistischen Glaubensgemeinschaft engagierte. Er beeindruckte mich in seinem Sinne schon, wie auch *NPD*-Funktionäre, was mich immer wieder an diese Gruppen band. Ich erinnere mich an meinen damalige *NPD*-Vorsitzenden, der definitiv kein primitiver Dummkopf ist, allerdings politisch sehr eingeschränkt, in seinen Thesen und NS-Nostalgie fest gefangen.

Dass der Weg und die Ziele der *NPD* wieder in Unterdrückung führen würden, wollte ich als Tatsache damals nicht sehen. Wie nahe ich jedoch selber an Anknüpfungspunkte zum Nationalsozialismus gestoßen bin, war mir nicht bewusst. Meine Ablehnung des historischen Nationalsozialismus war von meiner Seite durchaus ernstgemeint, aber gedankenlos. Ebenso stieß mich das kriminelle Gebaren der Nazi- und *NPD*-Kreise immer mehr ab. Wie kann ich Gutes für Deutschland wollen und mich damit brüsten als Söldner in Bosnien Frauen vergewaltigt zu haben, um später dann *NPD*-Landesvorsitzender zu sein?

¹ Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei

Nachdem ich selber zwei epileptische Krampfanfälle hatte, beschäftigte ich mich mehr mit Epilepsie und musste feststellen, dass im Faschismus Menschen mit Epilepsie verfolgt und ermordet worden sind. Irgendwann Mitte 2007 erkannte ich, dass es schwarz und weiß nicht gibt: dass das Leben aus Nuancen besteht, die sich irgendwo dazwischen bewegen und dass sich diese Zwischentöne auch in einem selbst befinden. Warum muss ich meine Epilepsie verheimlichen? Würden die mich, wenn ich auf einer Veranstaltung einen Krampfanfall haben, vielleicht sogar sterben lassen? Mir wurde klar, dass bei allem demokratischen Bekennen, die Zeit des historischen Nationalsozialismus nie als ein dunkles Kapitel in unserer Geschichte betrachtet wurde. Auch wenn nicht alle Mitglieder der *NPD* Nationalsozialisten sind, waren hochrangige Funktionäre nie bereit, ein öffentliches Bekenntnis gegen das NS-Regime abzulegen, da dies ein Schlag gegen den Kopf und Bekenntnis vieler Parteimitglieder gewesen wäre.

Ebenso wollte ich doch irgendwie auch individuell sein und mich nicht blind einem Konstrukt namens „Volksgemeinschaft“ unterwerfen - aber wer seinen Willen der Menschheit kollektiv aufdrücken will, plant zwangsweise Verbrechen, da sich diesem niemals alle Menschen freiwillig anschließen werden. In einem derartigen Regime gibt es keinen freien, individuellen Menschen mehr, sondern dieser wird komplett vom Staat vereinnahmt – Individualität, Kreativität und Freiheit haben so keinen Platz. In so einem System werden zwangsweise Repressionen und Unterdrückungen Platz finden. Wer versucht Menschen von außen zusammenzuschweißen, vergeht sich an der Freiheit und ich habe jahrelang an einer Vorbereitung eines Verbrechens mitgewirkt, indem ich den Menschen eine „nationale Volksgemeinschaft“ aufdrängen wollte.

Nach intensiven Überlegen im Spannungsfeld zwischen Individualitätswunsch und meiner neurologischen Erkrankung, habe ich dann 2009 die Konsequenzen gezogen und alle Gruppen verlassen, allen Gruppen eine Unterstützung versagt, die bewusst oder unbewusst eine Verherrlichung der NS-Diktatur, Rassismus und Antisemitismus, mangelnde Distanz zu Gewalt und Gewalttätern ausübten.

Es ist aus meiner Sicht absolut falsch, sich gegenüber anderen Völkern und Menschen zu überhöhen, Menschen und Völker nach Wertigkeit zu unterteilen und manche sogar als Untermenschen oder Ungeziefer hinzustellen, wie es nicht nur im Nationalsozialismus geschieht. Heute ist mir, klar, dass sich niemand aussuchen kann, wo er geboren ist und welche „Nationalität“ er hat. Es ist ein Merkmal, dass ich mir als Mensch nicht aussuchen kann und daher für mich überhaupt keine Bedeutung hat. Es ist mir heute schlichtweg scheissegal.

In der Öffentlichkeit wird die *NPD* als Partei nicht selten als gewalttätig dargestellt – was jedoch eine Fehleinschätzung ist. Auch ich habe mich damals als Funktionär klar von Gewalt distanziert. Das war immer ernst gemeint, ebenso wie von vielen meine damaligen Mitstreiter. Das heißt nicht, dass ich damit die ideologisch-politische Radikalität der und in der *NPD* verharmlosen will. Ich selbst, mit einer Ideologie als Waffe, war gefährlich und ich sehe auch meine Hauptschuld darin, dass ich in Schulungen, Publikationen oder Vorträgen jungen Menschen Vorstellungen vermittelte, die in Hass und Militanz hineinführen. Ich habe unzufriedene Menschen bestätigt und bestärkt im Sinne der rechtsradikalen Bewegung zu handeln.

Es scheint paradox: Auch wenn ich das Programm der gut *NPD* gelesen, an Seminaren teilgenommen, selber Seminare geleitet und Texte verfasst hatte, vielleicht auch gerade deswegen, war ich verblendet und verbohrte um festzustellen, welche Ziele und Mechanismen ich damit eigentlich unterstützte. Jedoch – so seltsam es klingt – ich habe wirklich damals voller Überzeugung gedacht, etwas Gutes für Deutschland und die Deutschen zu tun und das trieb mich auch immer wieder an. Das ‚Schwarz-Weiß-Schema‘ gab mir Halt und Sicherheit.

Nach meiner Abkehr habe ich meine ganzen Positionen durchdacht und mir ist der innere Zusammenhang zwischen den rechtsradikalen Zielen und der zwingend aufkommenden Diktatur

gegen die Freiheit des Menschen aufgegangen. Ich bin froh darüber, dass diese Ziele bis heute nicht umgesetzt werden konnten, auch wenn ich über den aktuellen Rechtsruck in der Gesellschaft sehr schockiert bin und es wichtig finde, dass Menschen sich dagegen gezielt und wirksamen Punkten engagieren. Dazu einige Überlegungen:

Es wäre aus meiner Sicht sehr wichtig, sich mit dem Geist der Unfreiheit klar und deutlich auseinanderzusetzen. In einer öffentlichen Auseinandersetzung würden viele braunen Revolutionäre mächtig ins Schwitzen kommen. Diese mangelnde Diskussionsbereitschaft hat bei mir zur Verfestigung eigener Vorurteile und falscher Denkmuster geführt.

Nichts fürchten Neonazis und andere Rechtsradikale mehr wie ‚totgeschwiegen‘ zu werden. Deswegen dient man sich immer wieder mit Provokationen der Öffentlichkeit an. Leider springen dann viele über die von den Nazis hingehaltenen Stöckchen. Ein plastisches Beispiel zur Illustration: Als die NPD ankündigte, in München auf dem Christopher Street Day einen Stand zu machen, war der dortige Kreisverband mit 70 Mitgliedern wieder ein paar Tage prominent in der Presse. Keiner von uns hatte je ernsthaft vor, dort einen Stand hinzustellen, aber der wilde Aufschrei motivierte wieder für einige Zeit unsere Mitglieder.

Jemand wegen eines Verhaltens, das man absolut nicht gut findet, gleich dann auch komplett zu isolieren, lächerlich zu machen oder einfach im Internet zu verleumden, ist in meinen Augen eine absolute Unsitte, die heute viel zu stark verbreitet ist, letztlich die Frontbildung verstärkt und motiviert und leider auch in Gewaltspiralen mündet.

Es kann keine wirklich demokratische Haltung sein, Stigmatisierungen zur Politik und sittlichem demokratischem Verhalten zu erheben, mit gesellschaftlicher Ausgrenzung und Gewalt zu verbinden. Dazu gehören auch oft vorgetragene Beschuldigungen und Verfolgungen von Aussteigern aus dem Rechtsradikalismus, mit reaktiven Schnellausschlüsse, Vorverurteilungen und Distanzierungen, immer neuen Unterwerfungsforderungen und Akzeptanzvoraussetzungen, die ab einem Punkt nicht mehr ausführbar sind.

Die immer wiederkehrenden und immer neuen Forderungen führen zu einem unumkehrbaren Verlust von persönlicher Identität und freiheitlicher Würde, einer Dauerstrafe gleich. Vor ein paar Monaten meinte jemand zu mir, er könnte ich mich als Aussteiger nur akzeptieren, wenn ich mich von der Fußballnationalmannschaft distanzieren würde, ein sicher absurdes Stück von Scharade, aber ernst gemeint und auch in manchen Kreisen durchaus verbreitet.

Ob es sinnvoll ist, einfach alle rechten Parteien und Gruppen zu verbieten, weiß ich wegen der vielfältigen Abwägungen von den Positionen der Grundrechte aus nicht, dazu habe ich noch keine für mich abschließende Position. Zumal Ideologie schon aus lebenspraktischen Gründen vom Staat nicht wirklich verboten werden kann, was die Geschichte des NS-Staates und der DDR schon allein belegen, was auch durch die Verbote von NS-Organisationen heute belegt wird: Ideologie und Organisation leben in anderer Gestalt weiter. Es geht wohl zuerst um die Bedingungen ihrer Virulenz.

In Gewalttaten umgesetzte menschenverachtende Ideologien und Thesen bedürfen eine sehr zügige, konsequente und angemessene gesellschaftliche Reaktion und auch Repression und Solidarität mit den Opfern als Menschen, nicht als Symbole, sind gefragt.

Ich war als Rechtsradikaler in einem politischen Geschichts- und Politikghetto gefangen, wo es fatal war, dass sich niemand mit meinen Thesen auseinandersetzte. Die Vergangenheit kann man nicht ändern, auch die meine nicht, so sehr ich mir das heute wünschen würde.

Mein berufliches Leben, meinen Bekanntenkreis, meine liebe Frau, meine Freunde – alles habe ich hinter mir gelassen. Ich fühlte mich danach ziellos.

Heute - ich versuche mir ein neues Leben aufzubauen, ein schwieriges Unterfangen - wo ich auch mit jüdischen Menschen befreundet bin, die teilweise Verwandte in Auschwitz verloren haben, habe ich erkannt, wie dumm und vor allem anmaßend, verletzend und frech es ist, dass Leid von Familien einfach beiseite zu schieben und zu tun, als wäre es alles nicht so schlimm oder gar nicht so gewesen.

Nach meinem Ausstieg, der für mich so wichtig war und wohl auch für die Gesellschaft, spürte ich leider nur Ablehnung und stoße immer wieder „eifrige Menschen“, die meinen mich aus einer Wächterposition heraus „googlen“ und sofort danach anprangern zu müssen. Nie habe ich Menschen direkt dazu angehalten Menschen zu verprügeln, durch Straßen zu jagen oder zu töten. Ich bin bis heute niemals wegen einer Straftat verurteilt worden.

Jeder Straftäter hat Anspruch auf eine Resozialisierung und es wird schon per Gesetz versucht, ihn wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Aussteiger aus extremistischen Organisationen und aus der menschenverachtenden Ideologie werden als Dauertäter gebrandmarkt, wie Aussätzige, als Mensch ohne Würde behandelt. Es gilt weitläufig das Motto „Einmal Nazi, immer Nazi“.

Es ist eine Zwickmühle: Ich musste die Erfahrung machen, wenn ich Menschen nicht gleich am Anfang erzählt habe, dass ich einige Jahre „Nazi“ war, sie sich 'belogen' vorkamen und wenn ich es Ihnen die Vergangenheitslage gleich eröffnete, umgehend die menschliche Ablehnung und Ausgrenzung einsetzte. Ich kann diese Zwickmühle im Alltag nicht auflösen. Alle Erklärung mündet in einem Nichts und wirkt in solchen Situationen wie eine billige Rechtsfertigung. Übles Nachreden, tratschen, lästern, engherzige und peinliche Abgrenzungsrituale prägen mein Leben seit dem Ausstieg. Beispielsweise wurde mir die Mitgliedschaft in einem Tischtennisverein verwehrt.

All das, als scheinhafter Antifaschismus verbrämt, nutzt niemanden, außer den Rechtsradikalen und psychopathischen Voyeuren. Wenn man Menschen überzeugen möchte die rechtsradikale Ideologie und Politik und die darauf bauende Gewalt zu verwerfen, die Szene zu verlassen, gilt es auf sie aktiv zuzugehen, diese als Menschen in ihren Widersprüchen und Möglichkeiten ernst nehmen, natürlich mit einem hinreichenden Maß an Skepsis.

Dazu gehört bewusst zu sehen: Ja, es geht um einen an eine falsche Sache geglaubt habenden Rechtsradikalen. Ja, er war Akteur einer gefährlichen menschenrechtsfeindlichen Ideologie. Ja, er war ein überzeugter Nationalist, verbohrte, vollkommen verblendet und politisch felsenfest von seinem Tun überzeugt Er war dabei kein Opfer der ‚entschuldbaren‘ Umstände, einer ‚schwere Kindheit‘ hatte oder getrennter Eltern. Ja, er hat gelernt. Ja, er will für andere Werte einstehen und sich in die demokratische Gesellschaft einbringen.

Seit 2009 merkte ich wie mein Leben immer mehr in geordnete Bahnen läuft, auch wenn ich meine Partnerschaft nicht retten kann. Zuviel Lügen, Halbwahrheiten und mangelnde Transparenz meinerseits, haben vieles kaputtgemacht. Jedoch in einer Gesellschaft wo es kein Verzeihen gibt, bleibt nur die Rache, welche zu neuem Unrecht führt.

Ich scheue mich nicht, Schuld einzugestehen und Verantwortung dafür zu übernehmen, aber ich bin vor ein paar Jahren wieder ins Leben zurückgekehrt und möchte meine Fehler wiedergutmachen und auch verhindern, dass andere Menschen, in die rechtsradikale Szene rutschen und sich für eine Sache einsetzen, die in letzter Instanz in Diktatur und Verbrechen münden wird.

Wir können auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Wichtige Arbeitslinien und Projekte wurden etabliert: EXIT, HAYAT und DNE als Arbeitskerne, eine Zeitschrift, Homepages, Publikationen und anderes mehr flankieren und wirken vielfältig. Vielen Menschen konnte geholfen werden, extremistische Bewegungen zu verlassen. Doch: Demokratische Kultur ist vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen wichtiger denn je. Angesichts verstärkter extremistischer Aktivitäten und sichtbarem Grundwertenhilismus gilt es mehr denn je, die Grundwerte und -freiheiten als zu bewahrende und gestaltende lebendige Größen gegen die alten und neuen Angriffe gezielt zu sichern.